

Jens Müller

Übersiedler von West nach
Ost in den Aufnahmeheimen
der DDR am Beispiel Barbys

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

	INHALT
Vorwort	2
1. Einleitung	3
2. Das System der Aufnahmeheime	6
2.1. Rückkehrer und Zuziehende	6
2.2. Arbeitsweise der Aufnahmeheime, das Aufnahmeverfahren	11
2.2.1. Aufnahmestellen	11
2.2.2. Aufnahmeheime	12
3. Gesellschaftliche Eingliederung der Übersiedler	29
4. Beobachtung, Überprüfung und Benutzung der Übersiedler durch die Sicherheitsorgane	34
4.1. Die Aufgaben der Deutschen Volkspolizei	36
4.2. Das Ministerium für Staatssicherheit	60
4.2.1. Struktur und Aufgaben der MfS-Tätigkeit	60
4.2.2. Abwehr- und Aufklärungsarbeit und der Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter	76
4.2.3. Besonderer Tätigkeitsschwerpunkt: „Camp King“	98
5. Das Zentrale Aufnahmeheim in Barby	100
5.1. Die Errichtung des Heimes	100
5.2. Die Tätigkeit des Aufnahmeheimes Barby	103
6. Beispiele	129
6.1. Die Operative Personenkontrolle M. St.	129
6.2. Der „Vorlauf-Operativ“ – Ermittlungen wegen <i>Schleusung</i>	138
6.3. Der IM „Anton“	141
Quellenverzeichnis	154
Abkürzungsverzeichnis	155

Redaktioneller Hinweis: Zitate sind in kursiver Schrift dargestellt. Die in Abschriften aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-„Organe“ enthaltenen orthografischen und grammatischen Fehler wurden beibehalten.

Vorwort

Die Deutsche Demokratische Republik empfand sich immer als der bessere Teil Deutschlands. In der Bundesrepublik hingegen wurde schon einmal Kritikern der Satz entgegen gehalten: „Dann geh doch rüber!“ Dieser Aufforderung kamen jedoch nur Einzelne aus den unterschiedlichsten Gründen nach. Im Verlauf der Jahre wurden es immer weniger. Die Flüchtlingsbewegung von Ost nach West war wesentlich stärker. Die Zahl der „Rückkehrer“ und „Zuziehenden“ ist gegenüber den jährlich aus Ostdeutschland Ausreisenden zu vernachlässigen.

Unter denen, die anfangs in die Sowjetisch besetzte Zone und später in die DDR kamen, waren unter anderem katholische und evangelische Pfarrer, welche sich den ostdeutschen Gemeinden verpflichtet fühlten; einige Kommunisten; junge Menschen, die nicht zum Wehrdienst eingezogen werden wollten, sowie Menschen, die zu ihren Familien zogen. Einige versuchten sich auch auf diese Weise einer Gefängnisstrafe zu entziehen. In den letzten Jahren der DDR kamen zum größten Teil Rentner. Die Gründe hierfür konnten in der vorliegenden Studie nicht endgültig geklärt werden.

Die Broschüre schildert die Sicherheitsüberprüfungen und Filter, welche die an der Grenze ankommenden Personen durchlaufen mussten: Neben dem Ministerium für Staatssicherheit ermittelten monate- und in vielen Fällen jahrelang verschiedene Abteilungen des Ministeriums des Innern, wie z. B. die Volkspolizei, die Abschnittsbevollmächtigten und die Abteilungen für Innere Angelegenheiten. Sie ergänzten sich zum Teil, ermittelten aber auch parallel. Das enge und abgestimmte Zusammenwirken zwischen den Sicherheitsorganen, dem Staatsapparat und den Gliederungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird dadurch verdeutlicht, dass für die Gesamtheit dieser Einrichtungen an einigen Stellen das Kürzel „DDR“ verwendet wird. Die Angst dieser Organe vor dem Einwandern „andersdenkender“ Menschen und die übergroße Furcht vor Sabotage von außen scheint durch alle Dienstanweisungen hindurch. Die Statistiken belegen, dass viele der Antragsteller zurückgestellt wurden.

Jens Müller ist Student der Geschichte. Er hat sich neben seinem Studium mit der Geschichte der Aufnahmeheime der DDR befasst. Besonders deutlich wird in dieser Arbeit auch die Propaganda, welche die DDR mit der Aufnahme der neuen Staatsbürger betrieb. Sie stand in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit. Trotzdem bleibt auch die Übersiedlung von West nach Ost ein Teil der deutsch-deutschen Geschichte. Herrn Müller gebührt Dank für ihre Dokumentation am Beispiel des Aufnahmeheimes Barby.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

1. Einleitung

Im ersten Augenblick scheint für viele Menschen die Vorstellung seltsam, dass Bewohner der Bundesrepublik in die Deutsche Demokratische Republik übersiedelten. Noch immer sind die Bilder von 1989 frisch in der Erinnerung, welche Tausende DDR-Bürger bei der Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zeigten. Im Gedächtnis sind die Zahlen der Mauertoten und die einem selbst bekannten Menschen, welche in den Westen übersiedelten. Doch auch umgekehrt wurde dieser Weg gegangen. Von West nach Ost siedelten in den 40 Jahren der Existenz des Arbeiter- und Bauernstaates mehrere hunderttausend Deutsche in die DDR über. Vor allem in den 50er und 60er Jahren sogar in größerer Zahl. Ein Bericht des Ministeriums des Innern (Mdi) der DDR sprach zum Beispiel 1961 von mehr als 460 000 Übersiedlern, die in dem Zeitraum von 1953 bis 1960 in die DDR kamen.¹ Doch diese Zahl konnte nie den Verlust durch „Republikfluchten“ ausgleichen, allein 1958 und 1959 flohen zusammen mehr als 310 000 Menschen aus der ostdeutschen Republik.²

Aber dennoch waren diese Übersiedler für die Berliner Staats- und Parteiführung wichtig, zum einen ersetzten sie zum Teil den Arbeitskräfteverlust, zum anderen versuchte die DDR-Führung damit, eine Imageverbesserung zu erreichen. Wenn sogar Westdeutsche in die DDR zögen, konnte doch der Staat so schlecht nicht sein. Nachdem aber die Menschen eine *Entscheidung für den Staat der Zukunft* und eine *Absage an die Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft*³ getroffen hatten, wurden sie zunächst in der DDR in sogenannte **Aufnahmeheime** gesteckt. Derer gab es in der DDR in den 50er und 60er Jahren fünf plus einem *Intelligenzheim* in Ferch, die aber mit den stetig sinkenden Übersiedlerzahlen nach dem Mauerbau ab den 70er Jahren reduziert wurden. In den 80er Jahren existierte dann nur noch eines in Röntgenthal bei Berlin.

Die Aufnahmeheime sollten vordergründig der Eingliederung der Übersiedler aus der Bundesrepublik Deutschland dienen. In den Heimen wurden die Rückkehrer, sprich ehemalige DDR-Bürger, die dann in der Bundesrepublik eine Zeit lang lebten und Zuziehende, also jene, die sich erstmals dazu entschlossen, im Arbeiter- und Bauernstaat zu leben, auf die *arbeits- und wohnraummäßige Unterbringung* in der DDR vorbereitet. Der Sinn der Heime könnte aber auch mit dem Motto: „Anleitung und Kontrolle“ beschrieben

1 Vgl. BAArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 23865.

2 Vgl. ebenda.

3 BAArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 31857.

werden. Der Staat selbst wollte bestimmen, wer in ihm leben sollte und wer nicht erwünscht war, außerdem versuchten die zuständigen Organe, Wissen aus den Übersiedlern zu ziehen. Unter Anleitung kann die Form der gesellschaftlichen Eingliederung der Übersiedler gesehen werden. Der Staat entschied, wo die Rückkehrer und Zuziehenden zu wohnen und zu arbeiten hatten. Außerdem begann schon im Heim eine intensive ideologische Beeinflussung. In Foren, Aussprachen, Vorträgen sollten sie auf die sozialistische Gesellschaft vorbereitet werden. Selbst nach dem Heimaufenthalt setzte sich diese Anleitung und Kontrolle fort. Dabei wurden Übersiedler regelrecht überwacht, vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS), der Volkspolizei (VP), z. B. durch den Abschnittsbevollmächtigten (ABV) oder in den Betrieben.

Ergänzt wurde das System der Zentralen Aufnahmeheime (ZAH) ab 1960/61 durch die **Bezirksheime**. Diese gab es in jedem Bezirk der DDR, hier wurden Personen untergebracht, deren Überprüfung länger andauerte oder deren wohnraum- und arbeitsmäßige Unterbringung Schwierigkeiten verursachte. In den Heimen betrug in den 60er Jahren der Aufenthalt teilweise über 3 Monate. Im heutigen Sachsen-Anhalt befand sich im Schloss Barby/Elbe ein Zentrales Aufnahmeheim. Von 1959 bis 1979 wurden hier Rückkehrer und Zuziehende betreut. Ab 1969 bis zum Ende der DDR existierte in Barby außerdem das Bezirksheim für den Bezirk Magdeburg, welches zuvor in Loburg lokalisiert war. Mehrere zehntausend Übersiedler wurden in Barby betreut, nachdem das zunächst genutzte Aufnahmeheim in Schönebeck-Salzelmen 1958 an die Grenzen seiner Kapazität gestoßen war.

Diese Arbeit soll versuchen aufzuklären, wie Aufnahmeheime und die Eingliederung von Übersiedlern funktionierte, welche Rolle die Sicherheitsorgane der DDR (VP und MfS) in diesem Prozess spielten. Sie möchte zeigen, wie die Rückkehrer und Zuziehenden im Sinne der DDR beeinflusst werden sollten, aber auch, dass die Staatssicherheit bereits in den Aufnahmeheimen versuchte, Inoffizielle Mitarbeiter (IM) zu werben und „Staatsfeinde“ ausfindig machte. Die vorliegende Arbeit nutzt dabei in erster Linie die Akten des Rates des Bezirkes Magdeburg/ Abt. Innere Angelegenheiten (heute im Landesarchiv Magdeburg) und der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) (ebenfalls Landesarchiv Magdeburg), des Bundesarchives Berlin mit den Beständen der Abt. Innere Angelegenheiten des Innenministeriums der DDR sowie dem Weisungsbestand des Innenministers. Außerdem werden die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit in die Arbeit einbezogen (heute beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – BStU, Außenstelle Magdeburg und BStU Berlin, Zentralarchiv des MfS sowie Arbeiten von Absolventen der Juristischen Hochschule (JHS) der Staatssicherheit in Potsdam). Hinzu kommen Aussagen ehemaliger Übersiedler.

Diese Forschungsarbeit befasst sich zum ersten Mal intensiver mit dem bis dato kaum beachteten Thema der Übersiedlung in die DDR. Auch ist in Vergessenheit geraten, dass in der Bundesrepublik ein ähnliches System von Aufnahmeeinrichtungen für ostdeutsche Bürger bestand, so in den Notaufnahmeflagern (z. B. in Gießen). Natürlich lassen sich beide Institutionen schwerlich gleichsetzen, interessant erscheint jedoch, dass westliche Geheimdienste (egal ob der amerikanische oder bundesdeutsche) ebenso wie die Staatssicherheit der DDR im Zeichen der Systemkonfrontation die Menschen, welche von Ost nach West oder West nach Ost zogen, für sich auszunutzen wussten. Informationen aus dem jeweils anderen Lager sollten zum eigenen Vorteil ausgenutzt werden. Nicht zuletzt wurden unter den Übersiedlern „Informanten“ angeworben. (siehe Kapitel 4.2.)

Die Arbeit beschreibt zunächst das System der Aufnahmeheime, das Aufnahmeverfahren, die gesellschaftliche Eingliederung (Kapitel 2 und 3). Der anschließende Abschnitt behandelt die Arbeit der Sicherheitsorgane (Polizei und MfS, vor allem der im Heim befindlichen Arbeitsgruppen – AG), dabei werden immer wieder die Linien der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen gezogen. Die beiden letzten Kapitel dienen der Illustration des zuvor eher theoretisch Dargestellten. Kapitel 5 beschreibt das Zentrale Aufnahmeheim in Barby und in Kapitel 6 werden die Geschichten zweier „operativ“ von der Staatssicherheit bearbeiteter Personen dargestellt, ebenso wie eines IM, der im Heim als Polizist seinen Dienst nicht nur im Auftrage der DVP versah. Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Heime Orte des Misstrauens waren, Misstrauen gegenüber allem Unbekannten, Neuen, Unkontrollierten, Unbeaufsichtigten.

Ohne die Unterstützung vieler Menschen wäre diese Arbeit nicht denkbar gewesen, von den Mitarbeitern der einzelnen Archive über die auskunftswilligen Übersiedler und die Korrektoren des Textes bis zur Landesbeauftragten Frau Ahrberg, sowie Herrn Nowotzin. Ihnen gilt mein Dank.

2. Das System der Aufnahmeheime

2.1. Rückkehrer und Zuziehende

Der Eingliederung der Rückkehrer und Zuziehenden räumten die DDR-Behörden in den 50er und 60er Jahren einen hohen Stellenwert ein. Die Führung glaubte, dass aufgrund der *Entwicklung der Lebensverhältnisse in den beiden Teilen Deutschlands* immer mehr Menschen in die DDR übersiedeln würden. In einem Seminarplan des Innenministeriums der DDR von 1966 hieß es, dass sich die DDR zu einem *Anziehungspunkt* entwickelte, *weil sie den Bürgern eine friedliche Perspektive schafft*.⁴ Die Übersiedler trafen daher eine *Entscheidung für den Staat der Zukunft und weil sie aus einer überlebten Gesellschaftsordnung kommen, finden (sie) sich in unserer Gesellschaft teils schwer zurecht*.⁵ Daher setzte die DDR auf eine genaue Führung, Eingliederung und Einplanung der Übersiedler.

Neben der Imageaufpolierung brachten die Übersiedler einen ökonomischen Nutzen. Zum Zeitpunkt des Seminarplanes, also 1966, fehlten der Volkswirtschaft der DDR mehr als 700 000 Arbeitskräfte. Unter den Rückkehrern und Zuziehenden waren zu dieser Zeit noch mehr als vier fünftel im oder bald im erwerbsfähigen Alter. Jede neue Arbeitskraft schaffte der DDR-Wirtschaft einen Nutzen.⁶ Eine sicher nicht für alle Jahrgänge entsprechend anwendbare Analyse des Mdl/Abt. Innere Angelegenheiten von 1960 ergab zum Beispiel, dass lediglich 30% der Übersiedler zunächst nicht in das Erwerbsleben eingegliedert werden konnten. Die anderen 70% waren zu weit mehr als die Hälfte Arbeiter und nur 0,7% Bauern oder Angehörige der Intelligenz.⁷ Doch bevor die Übersiedler Nutzen bringen konnten, wurde ihre Eingliederung vorbereitet. Außerdem musste überprüft werden, ob der entsprechende Übersiedler überhaupt der DDR nützlich sein konnte. Daher wurden im Jahr 1955 Aufnahmeheime geschaffen, in die ab 1957 fast alle Rückkehrer und Zuziehenden eingewiesen wurden. Bis 1989 existierten diese Heime, wenn auch ab 1979 nur noch eines. Doch bereits vor 1955 betrieb das Mdl Aufnahmelager, allerdings noch nicht mit dem Charakter des hier näher beschriebenen Systems. Eine Dienstanweisung (DA) des MfS vom 27. März 1953 spricht von Quarantänelagern in Bützow (bei Schwerin), Eisenach, Frankfurt/Oder, Burg (bei Magdeburg) und Neschwitz (bei Bautzen). Dort

sollte entschieden werden, welcher zurückgekehrte Republikflüchtling wieder abgeschoben, operativ bearbeitet oder aufgenommen werden sollte.⁸ Alles-in-allem Aufgabenschwerpunkte, wie sie auch die späteren Aufnahmeheime hatten. Der damalige Staatssekretär des MfS, Erich Mielke, untermauerte in einer Dienstanweisung zwei Wochen später, dass in den Quarantänelagern *alle verbrecherischen Elemente* ausfindig gemacht werden sollten, ebenso seien Informationen zu sammeln, die für die DDR *von Bedeutung* waren und auch das Anwerben von Personen (auch schon für die Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin) war ein Aufgabenschwerpunkt des MfS. Vor allem aber ging es um das Ausfindigmachen von *feindlichen Agenten* sowie kriminellen Verbrechen.⁹ Doch im Juni 1953 wurden diese Lager durch einen Beschluss der DDR-Regierung wieder aufgelöst. Was dem *Gegner leichtere Möglichkeiten des Einschleusens von Agenten in die DDR*¹⁰ gab, so Mielke in der DA 21/53. Daher suchte das MfS nach anderen Wegen, die neuen DDR-Bürger zu bearbeiten, dazu sollten Geheime Informanten (GI)¹¹ wie Bürgermeister, Pressevertreter, Vertreter staatlicher Organe herangezogen werden, die aus dienstlichen Gründen Kontakt zu diesen neuen Bürgern hatten, nur in Ausnahmefällen wollte das MfS direkt auftreten. Vor allem sollte kein Druck ausgeübt werden, damit sich der Befragte nicht in die Bundesrepublik absetzte, denn die obigen Ziele waren geblieben, nur die Arbeitsbedingungen hatten sich für das MfS geändert. Die erstmals in die DDR Übersiedelnden (Zuziehenden) wurden nunmehr in Aufnahmelager eingewiesen, bis sie in die neuen Heimatkreise eingewiesen wurden. Auch hier setzte Mielke auf die Arbeit von GI.¹² Doch die umfassende Arbeit mit den Rückkehrern und Zuziehenden begann erst 1955 mit dem Beschluss der Volkskammer „Zum Schutz der friedliebenden Jugend Westdeutschlands“. (Dok.1)

Den Aufnahmeheimen kam dann im Rahmen des Eingliederungsprozesses eine große Bedeutung zu, weil, so das Mdl, *hier der erste Eindruck über die DDR gewonnen wird*. Vor allem die Zuziehenden kamen dabei *erstmalig mit Organen des Arbeiter- und Bauernstaates in Berührung*.¹³ Die Übersiedler mussten daher erkennen, dass sie sich in einer Einrichtung eines sozialistischen Staates befanden, so das Mdl.¹⁴

8 Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS-BdL, Dok. Nr. 002041. (DA 6/53 des MfS), Blatt 2ff.

9 Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS-BdL, Dok. Nr. 002048. (DA 16/53 des MfS), Blatt 1ff.

10 BStU, Zentralarchiv, MfS-BdL, Dok. Nr. 002049. (DA 21/53 des MfS), Blatt 2.

11 Geheimer Informant war die Vorläuferbezeichnung für Inoffizieller Mitarbeiter.

12 Vgl. ebenda.

13 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 28416.

14 Vgl. ebenda.

4 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 31857.

5 Ebenda.

6 Vgl. ebenda.

7 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 18771. Zu den 30% nicht einsetzbaren Übersiedlern gehörten 20% Kinder, 8% Hausfrauen und nur 2% Rentner. (ebenda.)

Der DDR war jedoch nicht nur die Wirkung der Heimes auf die neuen Bewohner, sondern auch nach Außen wichtig. Zum einen berichteten die Medien der DDR in den 50er und 60er Jahren ausführlich über die Übersiedler aus der Bundesrepublik. So informierte das „Neue Deutschland“ (ND) noch Mitte der 60er Jahre alle zwei bis vier Tage über die Übersiedlerzahlen, versehen mit Reportagen aus den Aufnahmeheimen und dem Benennen der Übersiedlungsgründe.¹⁵ Die Übersiedler wurden in der Propaganda gegen die „kapitalistische“ Bundesrepublik und für das eigene Gesellschaftssystem eingesetzt. Neben dem ND berichteten alle anderen DDR-Medien über die Aufnahme von Menschen aus Westdeutschland. Doch nicht jeder Übersiedler taugte in den Augen der DDR-Regierung zur publizistischen Verwendung. In einer Anweisung des Mdl (Dok. 3) vom 6. 11. 1959 hieß es, dass vor allem jene Rückkehrer und Zuziehenden, die *Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens* (wie Parlamentsmitglieder, Parteifunktionäre westdeutscher Parteien), *Angehörige der Intelligenz* und der *bewaffneten Organe der Westzone* waren sowie westdeutsche Jugendliche, die sich der Wehrpflicht entziehen wollten, für die *publizistische Auswertung* zu überprüfen waren.¹⁶ Neben den DDR-Journalisten besuchten auch regelmäßig ausländische Journalisten die Aufnahmeheime, allerdings nur nach vorheriger Genehmigung durch die zuständigen Behörden (Innen- und Außenministerium). Selbst die DEFA stellte mindestens zwei Dokumentarfilme zum Übersiedlerthema her. 1962 unter der Regie von Winfried Junge „Der Kinder wegen – Flucht ins Vaterland“ (im Auftrag des Außenministeriums, zu Teilen im ZAH Barby gedreht) sowie 1965 „OK“ von Walter Heynowski (spielte im Eisenacher Heim).

Die Übersiedlungsgründe lassen sich in drei Hauptkategorien unterteilen: zum einen persönliche Gründe wie Heirat, Rückkehr zur Familie, zum anderen soziale Probleme wie bei kinderreichen Familien oder Arbeitslosen. Ein dritter Punkt lässt sich unter *politische Gründe* zusammenfassen, so zum Beispiel der Entzug von der Wehrpflicht oder aufgrund politischer Überzeugung von der Richtigkeit der sozialistischen Entwicklung. Allerdings machten erstere Gründe die überwiegende Mehrzahl aus.¹⁷ Das Innenministerium fasste diese so zusammen: 1. *Entzug von der Wehrpflicht*, 2. *Existenzunsicherheit, sinkender Lebensstandard, Perspektivlosigkeit der Arbeiterklasse und anderer Schichten, mangelnde soziale Betreuung* und 3. *Unterdrückung der geistigen und persönlichen Freiheit durch die klerikal-militaristische Diktatur*

15 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32161.

16 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

17 Aus soziologischer Sicht dürfte jedoch eine wissenschaftlich exakte Rekonstruktion der Gründe kaum möglich sein. Bei den durch die DDR-Behörden offiziell angegebenen Übersiedlungsgründen muss man bedenken, dass sie auch Teil der Propaganda waren.

(der Bundesrepublik).¹⁸ Noch stärkere Argumente konnte selbst die DDR-Propaganda nicht mehr auffahren. Auf jeden Fall überwogen persönliche und soziale Gründe, eine hauptsächliche Entscheidung aufgrund der politischen Einstellung kam selten zum Tragen. Auch noch am Ende der 70er Jahre waren soziale und persönliche Gründe anlassgebend für eine Übersiedlung in die DDR. Das MfS benannte zum einen die *Unzufriedenheit und Enttäuschung über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD bzw. Westberlin* (wie Existenzangst, *Arbeitssetze*, Arbeitsplatzmangel, mangelnde soziale Fürsorge, hohe Kriminalität) und zum anderen *ungenügende persönliche Bindungen* (Rücksichtslosigkeit, *Kälte in den zwischenmenschlichen Beziehungen*, *Verlust geistig-moralischer Werte*, Heimweh, Sehnsucht nach *Geborgenheit*). Trotz dieser Gründe gestattete man allerdings den wenigsten Übersiedlern zu dieser Zeit einen dauerhaften Aufenthalt in der DDR.¹⁹

Die DDR legte bei der Aufnahme von Rückkehrern und Zuziehenden strenge Maßstäbe an. In der für die Arbeit mit Übersiedlern lange maßgeblichen Dienstanweisung 7/57 (bis 1965, dann galt bis 1968 die DA IX/12, ab dann bis zur Zentralisierung der Aufnahme im ZAH Röntgenthal 1979 war die DA IX/20 maßgeblich, wobei die Inhalte und Vorschriften ähnlich waren) des Innenministers wurde dargelegt, wem der Aufenthalt in der DDR verweigert werden musste. Dazu zählten Personen *ohne oder nur ungenügenden Ausweispapieren*, Zuziehende ohne Arbeitspapiere, Menschen ohne festen Wohnsitz, mehrmals Vorbestrafte, *asoziale und kriminelle Elemente*, Personen, die bereits öfter um Aufenthalt in der DDR ersucht und sie dann wieder verlassen hatten. Zuziehende, welche in der Fremdenlegion oder in Spionageorganisationen gedient hatten, konnten ebenfalls nicht aufgenommen werden. Um feststellen zu können, wer bereits einmal zurückgewiesen oder aus der DDR „zurückgeschleust“ wurde, hatten die Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei und alle Aufnahmestellen²⁰ eine „Sperr- und Hinweiskartei“

18 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 23865. Das MfS gliederte die Übersiedlungsgründe noch weiter auf: 1. Familienzusammenführung, 2. Eheschließung, 3. Rückkehrer, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Strafe zu erwarten hatten, 4. mehrfach Vorbestrafte, die in der Bundesrepublik keine Zukunft mehr sahen, 5. Rentner, die dort durch Verwandte *ausgebeutet* wurden, 6. Entziehung von der Wehrpflicht, 7. Deserteure von Polizei und Militär, 8. *sozial-orientierungslose Jugendliche* ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz und 9. jene Bürger, welche in der Bundesrepublik wirtschaftliche oder politische *Komplikationen* hatten. (Vgl. BStU, Zentralarchiv, JHS MF Z.-Tagb.Nr. 333/66, Blatt 29f.)

19 BStU, Zentralarchiv, MfS-ZKG, Nr. 8406, Blatt 37f.

20 Aufnahmestellen befanden sich an Grenzübergangsstellen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, sie dienten zur ersten behördlichen Feststellung von Übersiedlungsgesuchten.

mit jenem Personenkreis zu errichten. So sollte schneller festgestellt werden, wer in der DDR erwünscht war und wer nicht. Entscheidungen über Zurückweisung oder Rückschleusung hatten kollektiv die Abteilungen Kriminalpolizei (K) und Paß- und Meldewesen (PM) der Volkspolizei, der Abteilung für Innere Angelegenheiten der jeweiligen Verwaltungsebene sowie das Ministerium für Staatssicherheit zu treffen. Dies geschah sowohl an der Grenze als auch in den Aufnahmeheimen.²¹

Eine Ergänzung obiger Dienstanweisung 7/57 von 1960 fasste noch genauer, wer aufgenommen wurde. Rückkehrer dann, wenn sie *das legale oder illegale Verlassen der DDR ehrlich bereuen und die Gewähr geben, daß sie in Zukunft die Normen des gesellschaftlichen Lebens und die Gesetze der DDR achten sowie aktiv am sozialistischen Aufbau teilnehmen wollten*.²² Zuziehende konnten aufgenommen werden, wenn sie *sich nachweislich der Militärdienstpflicht in der Bundeswehr entziehen wollen, wegen ihrer antifaschistischen und antimilitaristischen Tätigkeit verfolgt werden oder sich in ehrlicher Arbeit eine gesicherte Existenz schaffen wollen*. Von den Zuziehenden erwarteten die DDR-Behörden ebenso die Achtung der *Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Gesetze der DDR* sowie Teilnahme am sozialistischen Aufbau der DDR. Ergänzend zur DA 7/57 legte das Innenministerium fest, dass auch *Geistesgestörte und unheilbar Kranke, Landstreicher, Bettler, Prostituierte u. ä.* sowie Personen, die *mehrfach republikflüchtig* geworden waren, nicht in die DDR aufgenommen werden konnten.²³ Mit den Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechtes (1967) und dem Erlass des Staatsrates von 1964^{23a}, welche sich auch jeweils auf die neuen Dienstanweisungen auswirkten, wurden Maßstäbe für die Verweigerung der (Wieder-)aufnahme von Übersiedlern exakt festgelegt. Zwar hatte jeder DDR-Bürger das Recht auf Aufnahme, wenn er sich im Ausland aufhielt und jeder Bürger der Bundesrepublik konnte einen Antrag auf DDR-Staatsbürgerschaft stellen, doch konnte in beiden Fällen die Zustimmung der DDR-Behörden verweigert werden, dabei galten die schon oben erwähnten Voraussetzungen, die nun noch einmal zusammengefasst wurden. Voraussetzung war auf jeden Fall ein Antrag auf Wiederaufnahme bzw. Verleihung der Staatsbürgerschaft der DDR, verweigerten die Übersiedler diesen Antrag, erfolgte sofort die Rückweisung.²⁴ (Dok. 4)

21 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

22 Ebenda.

23 Vgl. ebenda.

23a Erlass des Staatsrates über die Aufnahme von Bürgern der DDR, die ihren Wohnsitz außerhalb der DDR ... haben“ vom 21. August 1964. (BArch Berlin, DO 34.0, Nr. 54135)

24 Vgl. BStU, Zentralarchiv MfS-BdL/Dok. 011359, Blatt 8ff und Dok. 011366, Blatt 8ff.

2.2. Arbeitsweise der Aufnahmeheime, das Aufnahmeverfahren

2.2.1. Aufnahmestellen

Als erste Station (Dok. 5) auf dem Weg zum DDR-Bürger mussten die Übersiedler an den „Kontrollpassierpunkten“ an der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik absolvieren. Diese befanden sich im heutigen Land Sachsen-Anhalt in Oebisfelde und Marienborn. Dort wurden, wie auch an anderen Grenzübergangsstellen (GÜST) sogenannte Aufnahmestellen²⁵ geschaffen. Dorthin kamen laut Dienstanweisung 7/57 all jene Menschen, die an den Kontrollpassierpunkten an der Grenze um Aufnahme in die DDR ersuchten. Allerdings wurden jene Menschen, die sich erst während eines DDR-Aufenthaltes zur Übersiedlung entschlossen, an die Volkspolizeikreisämter (VPKA) verwiesen. In jedem Fall, egal ob VPKA oder Aufnahmestelle, hatte eine erste Befragung der Rückkehrer und Übersiedler zu erfolgen. Nachdem diese einen persönlichen Fragebogen handschriftlich ausgefüllt hatten, führten *Offiziere der PM, K, Mitarbeiter der Abt. Innere Angelegenheiten und nach Möglichkeit auch Vertreter des MfS*²⁶ die mündliche Befragung der Übersiedler durch. Während des Aufenthaltes in den Aufnahmestellen wurde außerdem überprüft, ob die Rückkehrer und Zuziehenden zur Fahndung ausgeschrieben waren. War dem so, nahmen die Sicherheitsorgane sie umgehend fest. Jene Menschen, deren erste Befragung keine Gründe für die Verweigerung der Aufnahme ergab, leiteten die Aufnahmestellen weiter.

Alle Zuziehenden wurden in die Zentralen Aufnahmeheime der DDR zur weiteren Überprüfung und der Eingliederung in die *sozialistische Gesellschaft* gebracht. Bei Rückkehrern konnten jene sofort weiterreisen, die zu Angehörigen an ihren früheren Wohnsitz ziehen wollten. Rückkehrer, *bei denen Zweifel zur Person oder zu ihren Angaben* bestanden, die keine Angehörigen hatten oder nicht an ihren alten Wohnsitz zurückkehren wollten, wiesen die Aufnahmestellen ebenfalls in die Aufnahmeheime ein. Wobei für die *Angehörigen der Intelligenz* wie Professoren, Ärzte, Wissenschaftler mit dem *Intelligenzheim Ferch* ein eigenes Aufnahmeheim zur Verfügung stand.²⁷

Die „1. Ergänzung der Dienstanweisung 7/57“ des Innenministers der DDR vom 22. 10. 1960 änderte diese Praxis, von nun an wurden alle Rückkehrer

25 Aufnahmestellen befanden sich in Grevesmühlen, Schwanheide (beide für ZAH Pritzier), Oebisfelde, Marienborn (für ZAH Barby), Nordhausen, Heiligenstadt, Gerstungen, Schmalkalden (für ZAH Eisenach), Probstzella, Gutenfürst (für ZAH Saasa) und Berlin (für ZAH Berlin-Blankenfelde). (Vgl. ebenda, Dok. 011359, Blatt 11.)

26 BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

27 Vgl. ebenda.

und Zuziehenden in die Aufnahmeheime eingewiesen. Ausnahmen machten die Behörden nur noch bei alten und gebrechlichen Menschen, Hochschwangeren oder Frauen mit Säuglingen sowie bei Personen, *an denen ein besonderes staatliches Interesse bestand*.²⁸ Außerdem wurde die Überprüfung der Übersiedler vollkommen in die Aufnahmeheime verlagert, die Aufnahmestellen nahmen nur noch die Personalien auf und leiteten die Übersiedler weiter. Sie konnten nur noch Rückweisungen vornehmen, wenn es sich in den Augen der Mitarbeiter der Aufnahmestellen, um *asoziale und geistesgestörte Personen* handelte. Des weiteren ergänzte ab 1960/61 ein System von Bezirksheimen die Zentralen Aufnahmeheime, in die jene Menschen eingewiesen wurden, bei denen die *weitere Überprüfung einen längeren Zeitraum erforderte, wenn Arbeitsplatz und Wohnraum nicht gesichert sind oder ihre Einweisung in Kreise an der Staatsgrenze West, am westlichen Außenring von Berlin, nach Berlin oder in Wismut-Kreise erfolgen sollte*.²⁹ Mit der besonderen Behandlung der Wismut-Kreise³⁰ sollte vermutlich ein mögliches Ausspionieren des Uranabbaus für militärische Zwecke vermieden werden.

2.2.2. Aufnahmeheime

Das System der Zentralen Aufnahmeheime wurde 1955 geschaffen, wenn auch Vorläufer bereits vorher bestanden. (siehe Beginn des Kapitels 2) Die Volkskammer der DDR fasste in diesem Jahr einen Beschluss *zum Schutze der friedliebenden Jugend Westdeutschlands*. (Dok. 1) Dieser spielte auf die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik sowie dem Beitritt zur NATO an.³¹ Unter den Rückkehrern und Zuziehenden waren zu dieser Zeit verstärkt Jugendliche, die sich dem Dienst in der Bundeswehr entziehen wollten. Die DDR-Führung empfing diese Menschen mit offenen Armen. Die Übersiedler, *die sich der drohenden Rekrutierung*³² entzogen, sollten zügig

28 Ebenda.

29 Ebenda.

30 Die Wismutkreise waren: Aue, Zwickau, Gera und Pirna. (Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS-BdL/Dok. 011366, Blatt 72.)

31 Am 26. 2. 1954 hatte der Bundestag der Wehrgängung des Grundgesetzes zugestimmt. Einen Monat später regelte das 1. Wehrverfassungsgesetz die Zuständigkeit des Bundes in Verteidigungs- und Wehrpflichtangelegenheiten. Am 9. 5. 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei. Die ersten Einheiten der Bundeswehr traten am 2. 1. 1956 ihren Dienst an. Am 21. 7. 1956 führte die Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht ein, 1957 wurden die ersten Wehrpflichtigen einberufen. In der DDR wurde erst 1956 die Nationale Volksarmee (NVA) gegründet. (Vgl. Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945, München, 1990, S. 37ff.)

32 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 18771.

in die DDR eingegliedert werden. In einem Beschluss des Präsidiums des Ministerrates vom 28. 4. 1955 wurde *das Ministerium des Inneren, Staatssekretariat ... beauftragt, im Gebiet der wichtigsten Übergangsstellen Aufnahmeheime zu schaffen*.³³ Noch im selben Jahr verabschiedete das MdI mit der Anweisung 14/55 eine erste Arbeitsgrundlage für die entstehenden Heime. In den Heimen sollte der *arbeits- und wohnungsmäßige Einsatz* vorbereitet werden. Zudem hatten sie die Aufgabe, die Rückkehrer und Zuziehenden materiell und kulturell zu betreuen und sie *mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik vertraut (zu) machen*.³⁴ Der Aufenthalt in den Heimen sollte zu dieser Zeit lediglich sieben Tage dauern.³⁵ Doch er erhöhte sich bald auf formal 2 Wochen und mehr, da die Aufnahmeverfahren in den Heimen immer länger andauerten. Die DA IX/12 nennt bereits jeweils sechs Wochen und die DA IX/20 gar drei Monate als höchste Aufenthaltsdauer in den Heimen, allerdings konnte es in Einzelfällen in der Realität und entgegen den Vorschriften auch über sechs Monate dauern, bis ein Aufnahmeverfahren abgeschlossen war. Jeweils die gleichen Fristen wurden nochmals für die Bezirksheime angesetzt.³⁶

Die fünf Heime³⁷ in der DDR: Rudolstadt, Eisenach, Schönebeck-Salzelmen, Pritzler und Fürstenwalde hatten zum Ende der 50er Jahre mit immer mehr Übersiedlern zu tun, so dass 1958/59 Heime erweitert oder durch größere ersetzt wurden. Neue Aufnahmeheime entstanden in Barby (für Schönebeck), Saasa (bei Eisenberg, für Rudolstadt) und Berlin-Blankenfelde (für Fürstenwalde).³⁸ Alle Heime lagen in der Nähe von Aufnahmestellen und somit in Grenzländern bzw. -Bezirken. Ihre Aufgaben beschreibt eine „Richtlinie über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Aufnahmeheime des Ministeriums des Innern“ vom 21. 1. 1958 wie folgt: *Die Aufnahmeheime haben die aus der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin eintreffenden deutschen Staatsangehörigen, ..., bis zur Festlegung ihres Arbeitsplatzes und*

33 Ebenda.

34 Ebenda.

35 Vgl. ebenda.

36 Vgl. BStU Zentralarchiv, MfS-BdL/Dok. 011366, Blatt 16 und Dok. 011359, Blatt 15.

37 Dabei nahmen die Heime grundsätzlich alle Rückkehrer und Zuziehende auf, allerdings wurden Spezialfälle in einzelnen Heimen konzentriert: Berlin-Blankenfelde war für Überläufer aus Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei und Zoll der Bundesrepublik zuständig, Barby für ehemalige Angehörige von DDR-Sicherheitsorganen, Eisenberg für ehemalige Wismutarbeiter und Pritzler für Angehörige der Fremdenlegion. Dabei ist zu vermuten, dass sich die Sicherheitsorgane in den Heimen auf die einzelnen Übersiedlergruppen spezialisiert hatten und besondere Kenntnisse im Umgang mit diesen besaßen. (Vgl. ebenda, Dok. 011366, Blatt 11.)

38 Vgl. BArch, DO 1, 34.0, Nr. 62051.

*Wohnsitzes vorübergehend aufzunehmen. Die gesamte Arbeit im Aufnahmeheim hat stets von den Interessen der Sicherheit unseres Staates auszugehen.*³⁹ Dieser letzte Satz macht deutlich, warum in den Heimen die Sicherheitsorgane der DDR (VP und MfS) sich intensiv mit den Übersiedlern auseinandersetzten und zeigt auch, dass es der DDR nicht nur um eine bessere wohnraum- und arbeitsmäßige Unterbringung der Rückkehrer und Zuziehenden ging, sondern vielmehr um die Verhinderung der Aufnahme *feindlicher Elemente*.

Die Aufnahmeheime unterstanden rechtlich dem Innenministerium der DDR. Deren Abteilung Innere Angelegenheiten kontrollierte und leitete sie in Verbindung mit den Räten der Bezirke an. Dabei entschied das Innenministerium der DDR über alle grundsätzlichen Fragen, welche die Heime betrafen. Die Leiter der Aufnahmeheime unterlagen der Aufsicht des Mdl, wohingegen die Kultur- und Wirtschaftsleiter den Räten der Bezirke unterstanden. Der Heimleiter zeichnete für alle anderen zivilen Angestellten der Einrichtung verantwortlich.⁴⁰ Die Räte der Bezirke hatten neben der Einstellung von Kultur- und Sachbearbeitern die Pflicht zur Überprüfung der materiellen und finanziellen Funktionsfähigkeit des Heimes. Ferner sorgten sie für die Einhaltung der Hygienevorschriften, die gesundheitliche Betreuung und waren außerdem für die Kontrolle der politisch-kulturellen Bildung der Heimbewohner und deren Eingliederung in den Arbeitsprozess verantwortlich.⁴¹ Der Heimleiter arbeitete mit den im Heim befindlichen Sicherheitsorganen zusammen, so in der Kommission für die Aufnahme von Zuziehenden und Rückkehrern, außerdem war er Mitglied in der Kommission für die arbeits- und wohnungsmäßige Unterbringung der Übersiedler. Eine „Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Aufnahmeheime“ von 1967 fasste die Aufgaben des Heimleiters sogar noch weiter. Er musste die Durchführung von Beschlüssen von *Partei und Regierung* absichern, die *Prinzipien der Wachsamkeit und Sicherheit konsequent durchsetzen*. Außerdem hatte er regelmäßig über die Arbeit des Heimes Bericht zu erstatten sowie in Zusammenarbeit mit den Leitern volkseigener Betriebe bzw. Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) für den Arbeitseinsatz der Heimbewohner zu sorgen.⁴² Dem Kulturleiter oblag es, neben der Vertretung des Heimleiters die kulturelle Betreuung zu organisieren, außerdem hatte er die Aufgabe, den Übersiedlern *die politische Bedeutung ihrer Übersiedlung und die sich daraus ergebenden Pflichten zu erläutern*. Vor allem

39 Landeshauptarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3566.

40 Vgl. ebenda.

41 Vgl. ebenda.

42 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32174.

aber musste er die *Überlegenheit des sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates über den westdeutschen Staat der Monopolisten und Militaristen* nachweisen.⁴³ Der Kulturleiter arbeitete dazu monatlich einen Veranstaltungsplan (Dok. 2) in Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Organisationen wie der Nationalen Front und staatlichen Einrichtungen wie der Staatsanwaltschaft aus.⁴⁴

Für das eigentliche Aufnahmeverfahren waren die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane zuständig. Nach der Eintragung in das Aufnahmebuch durch Angehörige des Paß- und Meldewesens der Volkspolizei mussten die Übersiedler ihre westdeutschen Pässe und Ausweise abgeben.⁴⁵ Ebenso waren *Schundliteratur* und *Hetzschriften* sowie Waffen, Devisen und Geld der Bundesrepublik abzugeben.⁴⁶ Danach erhielten sie einen „Laufzettel“, der im Heim als Ausweis diente. Weiterhin wurden die Übersiedler nach Geschlecht getrennt in die verschiedenen Stationen der Aufnahmeheime verteilt. Familien konnten nur bei vorhandenen räumlichen Möglichkeiten gemeinsam untergebracht werden.⁴⁷ Ab 1960 wurden die Übersiedler statt auf den normalen Stationen zuerst in der sogenannten Quarantänestation untergebracht. Den Neuankömmlingen teilte der Kulturleiter jeweils in seiner Begrüßungsrede mit, dass dies der Vorbeugung der Verbreitung von Krankheiten diene. Erst nach der Entlassung aus der Quarantäne verteilte man sie auf die Stationen.⁴⁸ Eigentlich aber diene die Quarantäne jedoch der besseren Überprüfung der Übersiedler, die ohne vorherigen Kontakt zu anderen Rückkehrern und Zuziehenden befragt werden sollten.

Die ankommenden Übersiedler mussten Bögen zu persönlichen sowie beruflichen Fragen ausfüllen, die von den entsprechenden Kommissionen ausgewertet wurden. Erst dann leiteten sie weitere Maßnahmen ein.⁴⁹ Jeder erwachsene Übersiedler wurde von der Kriminalpolizei und dem MfS befragt und überprüft. Näheres dazu im Kapitel 4, ebenso zur gesellschaftlichen Eingliederung im folgenden Kapitel.

In den Aufnahmeheimen herrschte ein strenges Regiment. Bei der Begrüßung der Neuankömmlinge durch den Kulturleiter wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Heimordnung und Gesetze der DDR strikt einzuhalten seien. Jedem Rückkehrer und Zuziehenden wurden je nach Bedarf Din-

43 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3566.

44 Vgl. ebenda.

45 Vgl. ebenda.

46 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3565.

47 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3566.

48 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

49 Vgl. ebenda.

ge für den persönlichen Gebrauch wie Decken, Bestecke, Bettwäsche zugeteilt. Die Verpflegung und Unterbringung waren ebenso wie die medizinische Betreuung kostenlos. Jeder Neuankömmling musste sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, um seinen körperlichen Zustands zwecks Zuordnung eines Arbeitsplatzes und zur Verhinderung der Übertragung von Krankheiten feststellen zu lassen. Den Übersiedlern war es nur zeitweise erlaubt, das Heim zu verlassen und wenn, nur gegen Passierschein und in einer beschränkten Zeit. Besuche durften regulär nicht empfangen und mitgebrachte Radio- und Fernsehgeräte nicht benutzt werden. Der Genuss von alkoholischen Getränken war strengstens untersagt.⁵⁰ Während des Heimaufenthaltes konnten (später mussten) alle arbeitsfähigen Bewohner einer Tätigkeit nachgehen. Diese hatte im Heim oder auch in der örtlichen Landwirtschaft und Industrie zu erfolgen. Wobei dann in den 70er Jahren sowohl das Verlassen, als auch das Arbeiten außerhalb des Heimes nicht mehr gestattet war, dies durften nur die Bewohner der Bezirksheime. Näherer Kontakt zu den Mitarbeitern der Heime oder auch der Bevölkerung war nicht gewünscht. Den Mitarbeitern war es verboten, Geschenke anzunehmen oder persönliche Verbindungen zu Heimbewohnern aufzunehmen.⁵¹

Nachdem die Einweisung der Übersiedler in Wohnraum und Arbeit entschieden sowie die sicherheitsmäßige Überprüfung abgeschlossen war, wurden die nunmehrigen DDR-Bürger in die jeweiligen neuen Heimatkreise eingewiesen. Dort mussten sie sich bei den Abteilungen für Innere Angelegenheiten der Städte bzw. Kreise, beim VPKA sowie beim Amt für Arbeit und Berufsausbildung melden. Auf den Volkspolizeikreisämtern erhielten sie einen vorläufigen Personalausweis, denn mit der Entlassung aus dem Aufnahmeheim galten die Rückkehrer und Zuziehenden als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Zuvor aber verabschiedete sie wieder der Kulturleiter. Die Übersiedler, so eine Rede, seien nun keine *Objekte der monopolistisch-militaristischen Clique* mehr.⁵² Er wies ausdrücklich darauf hin, dass von nun an das Heim nichts mehr für die Übersiedler tun konnte. Jetzt waren die Räte des Kreises bzw. der Bezirke allein für diesen Personenkreis zuständig. Die Übersiedler mussten *in ihren zukünftigen Wohnorten ... beweisen, daß sie das Vertrauen, was ihnen unser Staat entgegenbrachte, rechtfertigen*, so die weitere Verabschiedungsrede.⁵³ Durch Arbeit und persönliches Auftreten sollten die neuen DDR-Bürger beweisen, dass sie des Vertrauens der DDR-Führung würdig waren.⁵⁴

50 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

51 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32174.

52 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

53 Ebenda.

54 Vgl. ebenda.

Menschen, für die das noch nicht zutraf, wurden ab 1960/61 von den Zentralen Aufnahmeheimen in die neu errichteten Bezirksheime weitergeleitet. Laut 1. Ergänzung der DA 7/57 von 1960 wurden in diese Heime jene Übersiedler eingewiesen, deren *weitere Überprüfung einen längeren Zeitraum* erforderte, *wenn Arbeitsplatz und Wohnraum nicht gesichert* waren oder die Einweisung in sicherheitsrelevante Gebiete der DDR wie den Wismut-Kreisen oder Gebieten an der Staatsgrenze erfolgen sollte.⁵⁵ Diese Heime lagen nach Möglichkeit in der Nähe der Bezirksstadt und besaßen eine Kapazität von 100-150 Personen. Im Gegensatz zu den Zentralen Aufnahmeheimen hatten die Übersiedler hier allein für ihren Unterhalt zu sorgen. In einem Brief des Innenministers vom 9. 12. 1960 an die Räte der Bezirke hieß es außerdem: *Die Heimbewohner sind grundsätzlich in den Arbeitsprozeß einzureihen*.⁵⁶ Neben diesem Arbeitseinsatz sollte aber wie in den Zentralen Aufnahmeheimen auch weiterhin *politisch-ideologische Erziehungsarbeit* durch die Mitarbeiter geleistet werden.⁵⁷ In den Bezirksheimen galten ähnliche Regeln wie in den fünf Aufnahmeheimen der DDR. Neben der Erwartung, dass jeder Heimbewohner *Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze, jeder Hetze gegen die Politik ... (der) Regierung und die sozialistischen Länder* entgegentrat, musste auch die Heimordnung strikt befolgt werden.⁵⁸ Waren die noch offenen Fragen geklärt, was allerdings über 100 Tage dauern konnte, wurden die Übersiedler in die vorgesehenen Gebiete eingewiesen oder auch aus der DDR in die Bundesrepublik „zurückgeschleust“.

Von jedem neuen oder wiederaufgenommenen DDR-Bürger verlangten die Behörden auf Beschluss des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) ab 1963 die Unterschrift unter eine Verpflichtung, in dem der Übersiedler sich dazu bekannte: *die Arbeit anzunehmen, die ihm zugewiesen wird; den zugewiesenen Arbeitsplatz und Wohnsitz innerhalb eines Jahres nicht ohne Genehmigung der staatlichen Organe zu wechseln*.⁵⁹ Außerdem gaben sie die Unterschrift für die Belehrung, die Gesetze des Staates zu achten und für die daraus resultierende Verantwortung. Verweigerte ein Rückkehrer oder Zuziehender diese Unterschrift, wurde er umgehend in die Bundesrepublik zurückgewiesen. In der Begründung für diese Verpflichtungserklärung hieß es, dass bereits in den Aufnahmeheimen eine stärkere Auslese der Rückkehrer und Zuziehenden erfolgen sollte. Sie sei auch nötig, *weil sie (die Übersiedler – J. M.) sich noch immer als Bürger*

55 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

56 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

57 Vgl. ebenda.

58 ebenda.

59 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 31858. Laut Beschluss des Politbüros vom 2. Mai 1963.

*Westdeutschlands oder Westberlins fühlten.*⁶⁰ Die eingegangene Verpflichtung stand in Verbindung mit der Erteilung eines vorläufigen Personalausweises der DDR, der zunächst für sechs Monate galt. Alle sechs Monate erfolgte dann eine Überprüfung des jeweiligen Übersiedlers, letztmalig nach 18 Monaten (vor 1963 nach neun Monaten). Bestand er eine Überprüfung nicht, konnte er in die Bundesrepublik zurückgeschickt werden. Im positiven Fall erhielt er dann einen regulären Personalausweis.⁶¹ Noch strikter wurde ab 1967 das neue Staatsbürgerschaftsrecht der DDR gehandhabt. Die Staatsbürgerschaft konnte von da an jedem Rückkehrer und Zuziehenden wieder aberkannt und die betreffende Person in die Bundesrepublik Deutschland zurückgeschleust werden. Zunächst besaß jeder Bürger der Bundesrepublik die Möglichkeit, in den Aufnahmeheimen einen Antrag auf Verleihung der DDR-Staatsbürgerschaft zu stellen. Dies galt auch für Westberliner, die formal in den Augen der DDR keine Bundesbürger waren. Innerhalb von sechs Monaten sollte über diesen Antrag, so ein Beschluss des Politbüros der SED vom 11. 8. 1967 „Zur Durchführung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft der DDR“, entschieden werden. Jeder Bundesbürger, der eine positive Einstellung zur Staats- und Gesellschaftsordnung *durch sein bisheriges Verhalten unter Beweis gestellt hat oder bereit ist, ... seine Pflichten jederzeit zu erfüllen*⁶², sollte die Staatsbürgerschaft erhalten. Dies muss natürlich auch im Zusammenhang mit der geforderten Verpflichtungserklärung ab 1963 gesehen werden. Vom Antragsteller erwartete die SED, dass er bereit war, am *sozialistischen Aufbau in der DDR* teilzunehmen sowie sein (neues) Vaterland gegen Feinde, *insbesondere den westlichen Imperialismus und Militarismus*⁶³ zu verteidigen. Der Übersiedler hatte *in seinem persönlichen Verhalten die Normen der sozialistischen Moral und Ethik zu achten*.⁶⁴ Die Staatsbürgerschaft der DDR war für jeden Bundesbürger erreichbar, aber nur, wenn er sich den Kriterien des Politbüros unterwarf. Jeder Widerspruch dazu hatte die *Aberkennung der Staatsbürgerschaft und den Widerruf der Verleihung der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik die Ausweisung aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ... zur Folge*.⁶⁵ Den Mitarbeitern der Aufnahmeheime, insbesondere der Abt. Paß- und Meldewesen, Kriminalpolizei und Staatssicherheit kam somit die Aufgabe zu, herauszufinden, ob der Rückkehrer oder Zuziehende der Staatsbürgerschaft noch oder schon würdig war.

60 Ebenda.

61 Vgl. ebenda.

62 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 54135.

63 Ebenda.

64 Ebenda.

65 Ebenda.

Die Aberkennung oder Verweigerung der Staatsbürgerschaft wurde während des Heimaufenthaltes des Übersiedlungswilligen bearbeitet. Doch auch noch drei Jahre nach der Übersiedlung konnte diese widerrufen oder aberkannt werden. Und zwar dann, wenn während des Aufnahmeverfahrens *falsche Angaben* gemacht oder Tatsachen verschwiegen wurden, so die *Tätigkeit oder Zugehörigkeit zu militaristischen, staatlichen, neofaschistischen, revanchistischen oder sonstigen feindlichen Dienststellen oder Organisationen* der Bundesrepublik, *wesentliche Angaben zur Person oder persönlichen Verhältnissen* oder wenn *Strafverfolgungs- oder sonstige staatliche Heil-, Erziehungs- oder Kontrollmaßnahmen oder erhebliche zivil- oder strafrechtliche Verpflichtungen* bestanden.⁶⁶ Dies galt auch, wenn die entsprechenden Personen wiederholt Straftaten oder Handlungen gegen DDR-Institutionen begangen oder *asoziales Verhalten* in den Augen der DDR-Behörden an den Tag legten oder die *öffentliche Ordnung und das gesellschaftliche Zusammenleben* gefährdeten.⁶⁷ Dieser umfangreiche Aberkennungs- und Widerrufskatalog, wie er in den „Grundsätzen für die Aberkennung und den Widerruf der Verleihung der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik“⁶⁸ von 1967 stand, lässt vermuten, dass Rückkehrer und Zuziehende immer unter besonderer Kontrolle und Beobachtung der DDR-Behörden standen, die immer bestrebt waren, störende oder feindliche Elemente der Gesellschaft wieder zu entfernen. Allerdings ließ die DDR auch nichts unversucht, die neuen Bürger in die Gesellschaft einzugliedern.

66 Ebenda.

67 Vgl. ebenda.

68 Vgl. ebenda.



Das Gebäude des Bezirksheims Barby, gesehen vom Schloss (ehem. ZAH)

(Abschrift 3.4.56/Rc.) *W. Müller*

Präsidium des Ministerrates Anlage 22
zum Protokoll v. 28.4.1955

B e s c h l u s s 10/24
zum Schutze der friedliebenden Jugend Westdeutschlands
Vom 28. April 1955

Im Durchführung des Beschlusses der Volkskammer vom 2.3.1955 beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik folgende Maßnahmen:

I.

Maßnahmen zur Unterbringung der Jugendlichen aus Westdeutschland

1. Das Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten hat zu gewährleisten, daß die Jugendlichen aus Westdeutschland, die sich der drohenden Rekrutierung entziehen, durch die Aufnahmestellen an den Kontrollpassierpunkten rasch und reibungslos weitergeleitet werden.
2. Die örtlichen Organe des Staates sind für die arbeits- und wohnraumtätige Unterbringung der Jugendlichen aus Westdeutschland verantwortlich.
Die patriotische Hilfe der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zur Aufnahme von Jugendlichen aus Westdeutschland in Familien ist durch die örtlichen Räte mit Hilfe der Haus- und Straßenvertrauensleute und in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sowie den Haus- und Hofgemeinschaften zu fördern.
3. Die Räte der Kreise haben mit Unterstützung der Räte der Bezirke bis zum 15.5.55 zur vorübergehenden Unterbringung von Jugendlichen aus Westdeutschland Aufnahmeheime unter aktiver Mithilfe der Bevölkerung im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes vorzubereiten.
Der Minister des Innern erteilt zur Durchführung der Maßnahmen unter 2. und 3. nähere Anweisungen an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke.
4. Das Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten wird beauftragt, im Gebiet der wichtigsten Übergangstellen Aufnahmeheime zu schaffen.

- 2 -

Dokument 1: BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 18771

- 2 -

5. Das Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten hat gemeinsam mit dem Ministerium für Verkehr Maßnahmen für den schnellen Weitertransport der Zuziehenden festzulegen.
6. Das Ministerium des Innern, Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten wird verpflichtet, den örtlichen Räten bei der Durchführung dieser Aufgaben Hilfe und Anleitung zu geben.
7. Die sich aus diesen Maßnahmen ergebenden finanziellen Fragen sind gemeinsam vom Ministerium des Innern und dem Ministerium der Finanzen zu regeln.

II.

Maßnahmen zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen, Ausbildungs- und Studiengeldlichkeiten für Jugendliche aus Westdeutschland

1. Die Minister und Staatssekretäre m.e.G. haben bis 15.5.1955 für ihren Bereich Anordnungen zu treffen, die die Aufnahme der Jugendlichen aus Westdeutschland regeln.
Diese Anordnungen sind mit dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung abzustimmen.
2. Das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung gewährleistet die Durchführung folgender Maßnahmen:
 - a) Jugendliche, die aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik kommen und ihre berufliche Entwicklung in Lehr- bzw. Anlernverhältnissen nehmen wollen, sind sofort ohne Rücksicht auf den einheitlichen Lehrbeginn entsprechend dem Stand ihrer bisherigen Ausbildung in Betrieben aufzunehmen.
 - b) Haben diese Jugendlichen in Westdeutschland ihre Ausbildung beendet und keine Gelegenheit gehabt, die Facharbeiterprüfung abzulegen oder haben sie ihre Ausbildung in Westdeutschland begonnen und setzen sie in unserer Republik fort, wird in den Facharbeiterprüfungen den Nachweis der Leistungen nur auf den praktischen und berufstheoretischen Teil gefordert.

- 3 -

Aufnahmeheim Barby/E.			
- Abt. Kultur -			
Bestätigung			
.....			
Abt. Leiter Inneres			
Rat des Bezirkes Magdeburg			
P l a n			
der massenpolitischen Arbeit und der kulturellen Betreuung der			
Heimbewohner in Aufnahmeheim Barby im Monat J a n u a r 1967			
Datum:	Zeit:	Thema:	Durchführende:
1.1.67	15,00	"Mit Frohsinn ins neue Jahr"	Methodisches
Sonntag		ein buntes Programm bei der	Kabin.Schönebeck
	19,00	Neujahrseball mit einer Tanz-	Methodisches
		kapelle aus Magdeburg.	Kabin.Schönebeck
2.1.67	19,00	Für alle Heimbewohner:	Abt. Kultur
Montag		Fernsehprogramm	
3.1.67	14,00	Für alle Heimbewohner:	VPMA Schönebeck
Dienstag		Ausprache "das Wesen und der	
		Charakter der Deutschen Volks-	
		polizei."	
	19,00	Differenzierte Aussprachen	Abt für Arbeit
		Für alle Rückkehrer und Zu-	Rat des Bezirkes
		ziehende: "Wie wird in der DDR	Magdeburg
		das Recht auf Arbeit verwirk-	
		licht und welche Arbeitsmög-	
		lichkeiten gibt es in der DDR?"	
4.1.67	14,00	Für alle Rückkehrer:	Kultur-Leiter
Mittwoch		Ausprache über den "Erlaß des	
		Staates über die Aufnahme	
		von Bürgern der DDR, die ihren	
		Wohnsitz außerhalb der DDR	
		haben."	
	19,00	Für alle Heimbewohner:	Urania Schönebeck
		Lichtbildervortrag durch Herrn	
		Oppermann: "Samasuci."	
5.1.67	14,00	Für alle interessierenden	Kultur-Leiter
Donnerstag		Heimbewohner:	
		Das aktuelle Gespräch "1967	
		aus dem Jahr des Friedens und	
		der Sicherheit werden!" (Neu-	
		jahrsgesellschaft Walter Ulbrichts.)	

Dokument 2: BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32171

- 2 -			
Datum:	Zeit:	Thema:	Durchführende:
5.1.67	15,00	Jugend und Kinderfilm:	
Donnerstag		"Kapitän von Tenkesberg"	Kreisfilmstelle
		Teil II.	
	19,00	Filmveranstaltung für Er-	
		wachsene: "Hochzeit auf	Kreisfilmstelle
		italienisch" P 18	
6.1.67	14,30	Pflichtveranstaltung für	
Freitag		alle Heimbewohner:	Heinleitung
		Heimversammlung.	
	19,00	Für alle Heimbewohner:	Urania
		Vortrag von Herrn Dr. phil.	Schönebeck
		Fleischer "Grundfragen der	
		Brautungs- und Bildungspoli-	
		tik unseres Staates."	
7.1.67	15,00	Filmveranstaltung für Erw.:	Kreisfilmstelle
Sonntag		"Herrenpartei" P 14	
	19,00	Filmveranstaltung für Erw.:	Kreisfilmstelle
		"und Da mein Schatz bleibt	
		hier". P 14	
8.1.67	19,00	Für alle Heimbewohner:	Abt. Kultur
Sonntag		Unabend.	
9.1.67	19,00	Für alle Heimbewohner:	Abt. Kultur
Montag		Fernsehprogramm.	
10.1.67	14,00	Ausprache für alle weibl.	DPD Kreisvor-
Dienstag		Heimbewohner: "Die gesellschaft-	stand Schönebeck
		liche Stellung der Frau in	
		der DDR." Dazu werden Dokum-	
		entartfilme gezeigt.	
	19,00	Justizforum "Die Entwicklung	Verband demokr-
		des sozialistischen Rechts und	tischer Juristen
		der Rechtspflege in der DDR."	Schönebeck
		Rolle und Aufgaben der gesell-	
		schaftlichen Rechtspflegeor-	
		gane.	
11.1.67	14,00	Für alle interessierenden	Verband demokr-
Mittwoch		Heimbewohner: Individuelle	tischer Juristen
		Rechtsberatung.	Schönebeck
	19,00	Für alle Heimbewohner:	Urania
		Vortrag von Herrn Dipl. Jurist	Schönebeck
		Werner Bachhaus "Die Grund-	
		sätze der Außenpolitik der	
		DDR."	

- 3 -			
Datum:	Zeit:	Thema:	Durchführende:
12.1.67 Donnerstag	14,00	Für alle Rückkehrer: Aussprache über: "Rolle und Aufgaben des FDGB in der DDR." Dazu werden folgende Dokumen- tarfilme gezeigt: "Ein unge- wöhnliches Tagebuch" und "Werdauer Haushaltsbuch." FDGB Kreisvorstand Schönebeck	
	15,00	Filmveranstaltung für Kinder: "Das Feuerzeug" Kreisfilmstelle	
	19,00	Filmveranstaltung für Er- wachsene: "Verliebt in einen Fremden." P 14 Kreisfilmstelle	
13.1.67 Freitag	14,30	Pflichtveranstaltung für alle Heimbewohner: Heimversammlung. Heimleitung	
	19,00	Lichtbildervortrag "Magde- burg einst und jetzt." Urania Schönebeck	
14.1.67 Sonntag	15,00	Filmveranstaltung für Er- wachsene: "Der Fall Gleiwitz." P 14 Kreisfilmstelle	
	19,00	Filmveranstaltung für Erwachsene: "Gib niemals auf." P 18 Kreisfilmstelle	
15.1.67 Sonntag	19,00	Für alle Heimbewohner: Tanzabend. Abt. Kultur	
16.1.67 Montag	19,00	Für alle Heimbewohner: Fernsehprogramm. Abt. Kultur	
17.1.67 Dienstag	14,00	Für alle Heimbewohner: Aussprache über: "Die Lei- stungen der Sozialversiche- rung in der DDR." Dazu werden die Dokumentarfilme "Heilung!" "Kobalt" 66 und "Vorbeugen- nicht erst krank werden." SVK Magdeburg	
	19,00	Differenzierte Aussprachen für Rückkehrer und Zuziehende mit Abgeordneten des Kreis- tages Schönebeck: "Die Auf- gaben der Volksvertreter und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der DDR." Abgeordneten Kabinett Rat des Kreises Schönebeck	
18.1.67 Mittwoch	19,00	Für alle Heimbewohner: Lichtbildervortrag durch Herrn Bittner: "Thüringen." Urania Schönebeck	

- 419

6. 11. 1959

Berlin W 6, den
Monsatags 20.10
Jahr: 1959
Nr.: 50-02/
K1/Bo

REGIERUNG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM DES INNERN
Abt. Innere Angelegenheiten

An den
Rat des Bezirkes Magdeburg
Leiter der
Abt. Innere Angelegenheiten

M a g d e b u r g

Eingegangen
10. NOV. 1959
Nr.: 48/59

Betr.: Verbesserung der Publikationstätigkeit

Im Nachgang zum Schreiben vom 29. 9. 1958 teile ich Ihnen mit,
daß sich infolge der erweiterten Aufgabenstellung zur Verstärkung
der publizistischen Tätigkeit mit den aus Westdeutschland zurück-
gekehrten und zuziehenden Personen, Veränderungen der bisher gül-
tigen Publikationsmeldung notwendig machen.
Ich bitte Sie daher zu veranlassen, daß dem MdI, Abteilung Innere
Angelegenheiten, beginnend mit dem 21. 10. 1959, jeweils Samstags,
über die Direktleitung (für Erfurt und Magdeburg über den im Auf-
nahmeheim stationierten Fernschreiber) Angaben über folgende Per-
sonen übermittelt werden:

1. a) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
(z. B. Mitgl. westl. Parlamente, Funktionäre von Part.u.Org.)
- b) Angehörige der Intelligenz
(Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure usw.)
- c) Angehörige der bewaffneten Organe der Westzonen
(z. B. Bundeswehr, Polizei, Bundesgrenzschutz, Ang. der Zoll-
behörden)
- d) westdeutsche Jugendliche, die im Besitz des Einberufungsbe-
scheides sind
- e) weitere, für die politische Auswertung besonders geeignete
Personen
(z. B. Meister der verschiedensten Berufe, die Repressalien
westzonaler Behörden ausgesetzt waren, Arbeiter, die Opfer
von Massenentlassungen wurden)
2. Von diesen Personen ist mitzuteilen:
 - a) Vor- und Nachname
 - b) Geburtsdatum
 - c) Beruf und letzte Arbeitsstätte
 - d) Rückkehrer oder Zuziehender
 - e) Grund der Übersiedlung bzw. Rückkehr
(hier sind in kurzen Sätzen der Grund sowie die interessan-
testen Merkmale zur Person zu charakterisieren)

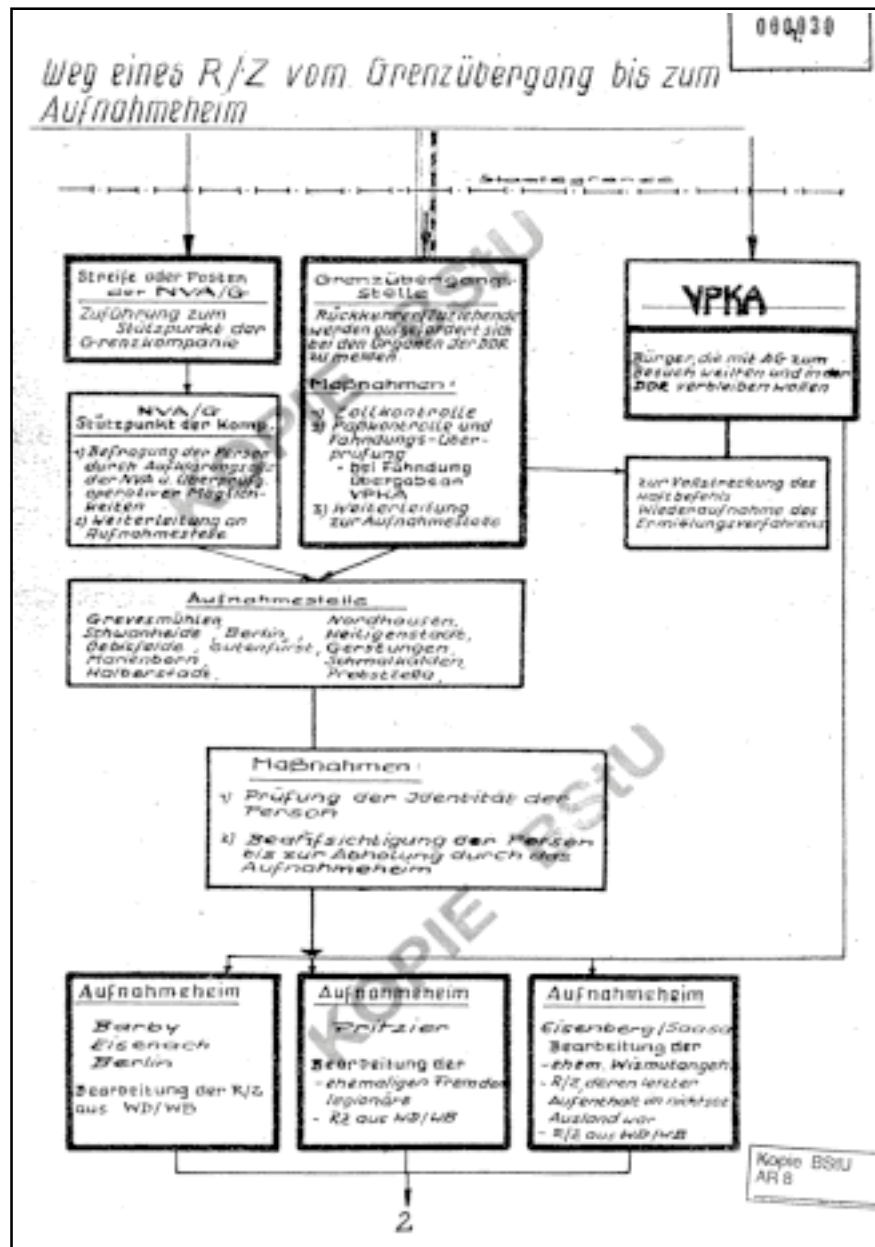
Es ist zu prüfen, welche der vorstehend genannten Personen für
eine publizistische Auswertung geeignet erscheinen.
Abschließend bitte ich Sie, für eine ordnungsgemäße Durchführung
dieser Aufgabe in Verbindung mit dem Leiter des dortigen Aufnah-
meheimes Sorge zu tragen.
Die im Schreiben vom 29. 9. 1958 enthaltenen Festlegungen werden
durch diese Regelung gegenstandslos.

Am 19. 11. 59 an
Präsident Albert Hoff
mitgeteilt
H. B. (H. B.)
Abteilungsleiter

AG 1000

Dokument 3: Landeshauptarchiv Magdeburg -LHA-, Rep. M1 Bezirkstag / Rat des
Bezirk Magdeburg, Nr. 16118

26



3. Gesellschaftliche Eingliederung der Übersiedler

Bereits in den Aufnahmeheimen legten die DDR-Behörden die Grundlage für die Eingliederung der Übersiedler. Durch kulturelle und politische Betreuung sollte auf das Leben in der DDR vorbereitet werden. In einer Beratung der Heimleiter am 19./20. Mai 1965 wurden die Merkmale dieser Arbeit wie folgt benannt: zum einen sollte im Heim der Grundstein für den langwierigen Prozess der Umerziehung gelegt werden, dabei wäre *ein realistisches Bild unseres Lebens zu vermitteln*, allerdings wurde auch gefordert, klarzumachen, *daß alle Erfolge unserer Republik durch die kluge Politik unserer Partei- und Staatsführung und durch die großen Anstrengungen unserer Werktätigen erreicht wurden*.⁶⁹ Die zivilen Organe in den Aufnahmeheimen machten die Rückkehrer und Zuziehenden mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR vertraut und halfen bei der Vorbereitung auf das Leben des Einzelnen in der DDR.⁷⁰ Den Übersiedlern sollten Veranstaltungen bewusst machen, dass sie in einem Staat leben würden, in dem es *sich zu leben und zu arbeiten lohnt*. In der regulären Verabschiedungsrede in den Aufnahmeheimen schilderten die Kulturleiter eindringlich die Vorteile des Lebens in der DDR, so könne jeder sein Leben in Frieden, Glück und Wohlstand aufbauen, *wenn er mit ehrlichen Absichten zu uns kommt*.⁷¹ In der DDR würden keine *Millionäre* regieren, sondern die *Menschen*. Daher wurden die Heimbewohner auch aufgerufen, nach dem Heimaufenthalt in der Nationalen Front oder dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) mitzuarbeiten mit der pathetischen Begründung, damit, wie in der DDR-Nationalhymne beschrieben war, *nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint*.⁷² Auch gesellschaftliche Organisationen und staatlichen Einrichtungen zog man zur *Erziehung* der Heimbewohner heran. In einem „Rahmenprogramm für die politisch-kulturelle Arbeit in den Aufnahmeheimen“ hieß es, dass die Nationale Front und andere gesellschaftliche Organisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB), die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), der FDGB sowie wirtschaftliche, staatliche, wissenschaftliche Organe und die sozialistischen Betriebe in die politisch-kulturelle Arbeit einbezogen werden sollten. Mittels Foren, Gruppen- und individuellen Aussprachen, Film- und Lichtbildervorträgen sowie sonstigen Kulturveranstaltungen bereiteten die Aufnahmeheime die neuen DDR-Bürger in spe auf das Leben in einem sozialistischen Staat vor. Dabei

69 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 28416.

70 Vgl. Ebenda.

71 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16118.

72 Vgl. ebenda.

legten die Behörden Wert darauf, dass die Erziehung eine eindeutige Richtung im Sinne der Partei- und Staatsführung annahm. Daher lauteten die Themen unter anderem: *Kampf gegen den aggressiven westdeutschen Imperialismus, die Außenpolitik der DDR, sozialistische Demokratie, Übergang zum sozialistischen Staat und Recht*, das Wirken von Nationaler Front, FDJ, Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), FDGB, Volkseigentum und *Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft und Landwirtschaft*, Bildungssystem, Freizeitgestaltung und Eingliederung in die DDR-Gesellschaft. In *differenzierten sowie individuellen Aussprachen* wurde versucht, *die Vorzüge ... (der) sozialistischen Gesellschaftsordnung in Gegenüberstellung zu Westdeutschland sichtbar zu machen*, dies sollten Bildmaterialien, Wandzeitungen und grafische Darstellungen unterstützen.⁷³ Jedoch waren die staatlichen Organe der DDR nicht immer zufrieden mit der geleisteten Arbeit. In einem Bericht über eine Aussprache mit Rückkehrern und Zuziehenden im Oktober 1962 hieß es, dass viele Übersiedler der DDR eine *sehr negative Auffassung* vertraten. Das Innenministerium erkannte als Ursache dafür, dass *der Eingliederungsprozeß weder von den zuständigen Staatsorganen noch von den Betriebsleitungen und Gewerkschaftskommissionen genügend Unterstützung findet*.⁷⁴ Die Übersiedler würden sich dadurch *sich selbst überlassen fühlen*. Deshalb forderte das MdI/Abt. Innere Angelegenheiten immer wieder eine engere Zusammenarbeit der örtlichen Staatsorgane, der Ausschüsse der Nationalen Front und anderer gesellschaftlicher Organe, damit die Übersiedler *alte kapitalistische Gewohnheiten besser überwinden und immer mehr zur Einhaltung der sozialistischen Rechts- und Moralnormen erzogen werden*.⁷⁵ Daher standen die Übersiedler nach der Eingliederung in die DDR-Gesellschaft noch einige Zeit nicht nur unter Kontrolle der Sicherheitsorgane, sondern auch der Abt. Innere Angelegenheiten der Räte der Kreise und Städte und der Betriebe um festzustellen, *in welcher gesellschaftlichen Umgebung die Rückkehrer und Zuziehenden lebten*. Selbst im Arbeitskollektiv und in der Wohngemeinschaft sollte intensiver auf die Übersiedler eingegangen werden.⁷⁶

Die größten Probleme bei der Eingliederung ergaben sich allerdings bei der Beschaffung von Wohnraum und Arbeit. In den Monatsanalysen und Berichten des MdI oder der Kreise kam oft die Unzufriedenheit der Übersiedler mit dem Wohnraum, zum Teil auch die mit dem Arbeitsplatz zum Ausdruck.

73 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32159.

74 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32160.

75 Ebenda.

76 Vgl. ebenda.

Häufig beklagten sich die neuen Bürger über die schlechte Betreuung durch die örtlichen staatlichen Organe, so dass einige Übersiedler daher einen Antrag stellten, wieder in die Bundesrepublik Deutschland entlassen zu werden. So hieß es in der Monatsanalyse des MdI vom Mai 1962: *Das Wohnungsproblem und überhaupt die Eingliederungsfrage werden als Hauptgründe für den Antrag auf legalen Verzug hervorgehoben*.⁷⁷ In den Aufnahmeheimen selbst nahm die Eingliederung in Wohnraum und Arbeit ihren Anfang. Die schnelle Eingliederung in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der DDR wurde jedoch als wichtige Aufgabe aller zentralen und örtlichen Organe angesehen. Den Übersiedlern sollten die ersten Schritte in das neue Leben einer anderen Gesellschaftsordnung erleichtert werden. Dabei kümmerten sich drei staatliche Ebenen um die Eingliederung der Übersiedler: die Aufnahmeheime, die Räte der Kreise (Abteilungen für Innere Angelegenheiten und für Arbeit und Berufsausbildung) und die Räte der Bezirke (gleiche Abteilungen wie in den Kreisen).⁷⁸ In den Aufnahmeheimen arbeiteten Kommissionen für die arbeits- und wohnraummäßige Unterbringung. Wie das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung in einer „Richtlinie für die Lenkung von zuziehenden und zurückkehrenden Personen ... in Arbeit und Wohnraum“ von 1957 anordnete, gehörten dieser Kommission je ein Mitarbeiter der Abteilung Arbeit und Innere Angelegenheiten der Räte der Bezirke in den Heimen sowie dessen Leiter an. Sie führten mit den Übersiedlern persönliche Aussprachen, um den *zweckmäßigsten Arbeits- und Wohnbezirk* für diese Personen festzustellen. Dabei durften ihnen keinerlei Versprechungen gemacht werden. Außerdem warb man sie die *für die volkswirtschaftlich wichtigsten Berufe* in der Land- und Bauwirtschaft sowie im Bergbau und Energiesektor. Um den Personenkreis besser einordnen zu können, hatten die Übersiedler während des Aufnahmeverfahrens neben den persönlichen Fragebogen einen zum beruflichen Werdegang auszufüllen. Sie konnten allerdings erst dann in die entsprechenden Kreise weitergeleitet werden, wenn von dort eine Zustimmung zur Aufnahme und die Bereitstellung von Arbeit und Wohnraum vorlag.⁷⁹

Dazu hatten die Kreise nach dem Vorbild in den Aufnahmeheimen ebenfalls eine Kommission zur wohnraum- und arbeitsmäßigen Unterbringung zu bilden. Sie sollten die Übersiedler anhand deren Fähigkeiten und Ausbildung und vor allem der örtlichen Gegebenheiten unterbringen. Um eine unerwünschte Konzentration von Übersiedlern in Betrieben oder Gebieten zu

77 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 27027.

78 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3566.

79 Vgl. ebenda.

verhindern, führten die Räte der Kreise namentliche Übersichten der Rückkehrer und Zuziehenden mit Wohnort und Arbeitsstelle. Wohnraum durfte den Übersiedlern nur nach den örtlichen Bedingungen und ohne jegliche Bevorzugung zugeteilt werden. Rückkehrern stand dabei kein besserer Wohnraum zu, als der, welchen sie vor ihrer Abwanderung hatten.⁸⁰ Analog zu den Kommissionen in den Heimen und Kreisen existierten auf Bezirksebene Einrichtungen zur Eingliederung der neuen Bürger. Sie leiteten dabei die unteren Ebenen an. Außerdem sorgten sie für die Unterbringung von Spezialkräften, die in die DDR übergesiedelt waren. Die Bezirkskommissionen meldeten zudem monatlich den Arbeitskräftebedarf des jeweiligen Bezirkes an die Zentralen Aufnahmeheime weiter.⁸¹

Nach dieser Richtlinie von 1957 wurden die Eingliederungsvorschriften noch mehrfach modifiziert.⁸² In einer Verordnung von 1965 über die gesellschaftliche Eingliederung der Rückkehrer und Zuziehenden hieß es, dass alle *staatlichen Organe, die sozialistischen Betriebe und Einrichtungen, die gesellschaftlichen Organisationen und die sozialistischen Kollektive*⁸³ bei der Eingliederung der Übersiedler, welche in den Augen der DDR eine wichtige persönliche und vor allem politische Entscheidung getroffen hatten, helfen sollten. Individuelle und gemeinsame Aussprachen wurden fortgesetzt, nun auch unter Einbeziehung der Brigaden und Kollektive sowie des Wohnumfeldes. Dabei sollten die örtlichen Räte auch ehrenamtliche Helfer zur *allseitigen Eingliederung* der Übersiedler gewinnen.⁸⁴ Ab 1966 entschieden die Abt. Innere Angelegenheiten der Räte der Bezirke in Zusammenarbeit mit der Bezirksplankommission und den Ämtern für Arbeit, in welchen Kreis der Übersiedler eingewiesen werden sollte. Die in den Kreisen befindlichen Kommissionen zur Eingliederung in das gesellschaftliche Leben veranlassten dann alle weiteren Schritte bezüglich Arbeit, Wohnraum, Kredite, Einschulungen etc. Dabei hatte der Leiter der Abt. Innere Angelegenheiten in den Räten der Kreise die gesellschaftliche Eingliederung und die Entwicklung der aufgenommenen Bürger zu überwachen und entsprechende Vermerke in den *Betreuungsakten*, welche in dieser Abteilung geführt wurden, vorzunehmen. Er unterrichtete darüber auch das jeweilige Volkspolizeikreisamt. Hier wurden sämtliche Unterlagen der neuen Bürger, wie Beurteilungen der Aufnahmeheime, Betriebe, ehrenamtlichen Helfer sowie Ergebnisse von Überprüfun-

80 Vgl. ebenda.

81 Vgl. ebenda.

82 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32175.

83 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16831.

84 Vgl. ebenda.

gen und Aussprachen aufgenommen.⁸⁵ In einem Bericht des Rat des Kreises Schönebeck hieß es zum Beispiel: *Bei schlechter Verhaltensweise oder Arbeitsmoral, die uns bekannt wurde, wird mit dieser Person die Aussprache geführt, damit diese nicht mit unseren Gesetzten in Konflikt gerät.*⁸⁶ Ein Jahr nach der Aufnahme in die DDR sollte die Betreuungsakte geschlossen werden, traten jedoch Probleme auf, wurde die Betreuung fortgesetzt. Waren die Probleme in den Augen der Betreuer so gravierend, war die Volkspolizei zu unterrichten.⁸⁷ Diese führte neben den Verwaltungsorganen wie auch das MfS eigene Überprüfungen und Kontrollen der Übersiedler durch.

85 Vgl. ebenda.

86 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 3529.

87 Vgl. Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16831.



Vorderansicht des Bezirksheimes Barby

4. Beobachtung, Überprüfung und Benutzung der Übersiedler durch die Sicherheitsorgane

Die zuständigen Behörden der DDR beklagten häufig, dass eine vollkommene Sicherheit im Zusammenhang mit den Rückkehrern und Zuziehenden trotz der weitgehenden Überprüfung nicht gewährleistet war. Vor allem der vermeintlich hohe Anteil der Übersiedler an der Gesamtkriminalität und die Furcht vor der Einschleusung *feindlich gesonnener Menschen* bewegte die Behörden.

In einem Informationsbericht über die Eingliederung vom 3. Oktober 1959 beklagte das Mdl, dass *die starke Entwicklung der Rückkehrer und des Zuzugs in die DDR ... vom Klassengegner ausgenutzt (wird), um Schädlinge in das Gebiet der DDR einzuschleusen. Das geht aus der Tatsache hervor, daß neun Prozent der Rückkehrer und Zuziehenden an der Gesamtkriminalität der DDR beteiligt sind.*⁸⁸ So seien die Übersiedler mit 24,9 Prozent an Vergehen gegen das Passgesetz, mit 13,5 Prozent an der *Staatsverleumdung* und 16,8 Prozent an der *Staatshetze*, zu 38 Prozent an der Verleitung zum Verlassen der DDR sowie zu 21,8 Prozent am Straftatbestand des Widerstandes gegen die Staatsgewalt beteiligt.⁸⁹ Allerdings konnten einige Straftaten nur von dieser Personengruppe begangen werden, die mit den entsprechenden Gesetzen in Berührung kam, wie die Übersiedler beim Passgesetz. Der Bericht sagt nichts über Motive der vermeintlichen Täter aus. Die Feststellung der DDR-Behörden über den hohen Anteil der Übersiedler an der Gesamtkriminalität wurde auch in Zukunft beibehalten und zur Begründung der besonderen Überwachung herangezogen. Drei Jahre später bezifferte das Mdl den Anteil der Rückkehrer und Zuziehenden an der *Spionage* mit 52 Prozent, der *Hetze* mit 15 Prozent und der *Diversion* mit 23,6 Prozent.⁹⁰ Inwiefern die Vorwürfe gerechtfertigt waren, lässt sich heute nicht mehr nachweisen. Allerdings wurden die überprüfenden Sicherheitsbehörden angewiesen, strenge Maßstäbe bei der Beurteilung anzulegen. Daher stiegen die Rückschleusungen von 1959 mit 5 916 Personen (8,6 Prozent aller Übersiedler) auf 9 169 Personen (21,3 Prozent aller Übersiedler bei sinkender Zahl der Rückkehrer und Zuziehenden) 1961.⁹¹ (weitere Zahlen am Ende des Kapitels 4.1.)

88 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 23865.

89 Ebenda.

90 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 54135.

91 Vgl. ebenda.

Besondere Furcht hegten die DDR-Behörden immer vor der Arbeit westlicher Geheimdienste. So begründete auch ein Bericht des Mdl von 1959 die hohe Zahl der Rückschleusungen in die Bundesrepublik mit der Vermutung, *daß es sich (dabei) teilweise um solche Personen handelt, die durch Geheimdienste einen Auftrag haben.*⁹² Mit der Einführung der Quarantäne in den Aufnahmeheimen sowie der Errichtung der Bezirksheime 1960 erwarteten die Verantwortlichen eine bessere Überprüfung dieses Personenkreises. Trotz der Schließung der Grenzen mit dem Berliner Mauerbau am 13. August 1961 erhöhte sich aber noch weiter die Furcht vor der Einschleusung westlicher Spione. Die Arbeitsgruppe „Rückkehrer und Zuziehende“ des Mdl beschrieb am 28. August 1961 in einer Stellungnahme zu den *Sicherungsmaßnahmen* ihre Befürchtung so: *Der Gegner kann jetzt nur noch auf den zwei Wegen – Reiseverkehr und Übersiedlung – Agenten einschleusen, deshalb ist auf diesem Gebiet erhöhte Wachsamkeit zu üben.*⁹³ Daher durften von diesem Zeitpunkt an keine Rückkehrer und Zuziehenden in das 5-km-Sperrgebiet an der Grenze eingewiesen oder Aufenthaltsbescheinigungen für diese Gebiete ausgestellt werden.⁹⁴ Allerdings sah das Mdl in diesem Fall auch einen „positiven“ Aspekt, dass nämlich durch die Einschränkung des Reiseverkehrs *den Wanderern zwischen den Welten ein Riegel vorgeschoben wurde.*⁹⁵ Zu den nicht willkommenen Personen gehörten neben vermeintlichen oder tatsächlichen Agenten auch Menschen, denen in den Augen der DDR-Führung Sammlung von Nachrichten, Sabotage, Verleiten zum Verlassen der DDR oder auch Propaganda und Hetze gegen den Arbeiter- und Bauernstaat, Gefährdung der Sicherheit, aktiver Faschismus, Militarismus, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder eine *feindliche Grundeinstellung* vorgeworfen werden konnte.⁹⁶ Um diese Personen zu sondieren, arbeiteten die Sicherheitsorgane der DDR bei der Überprüfung der Übersiedler eng und intensiv zusammen.

Die Arbeit soll im folgenden erläutert werden. Durch die gleiche Zielstellung ergeben sich Dopplungen bei der Schilderung des Arbeitsablaufs der einzelnen Organe. Diese wurde bewusst vorgenommen, um die intensive Zusammenarbeit und Parallelität der Arbeit zu belegen.

92 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 23865.

93 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32160.

94 Vgl. ebenda.

95 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 54135.

96 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 54135.

4.1. Die Aufgaben der Deutschen Volkspolizei

Die Organe der Volkspolizei beschäftigten sich auf drei Ebenen mit den Rückkehrern und Übersiedlern, zum einen in den Aufnahmestellen an den Grenzen, in den Aufnahmeheimen sowie durch die Volkspolizeikreisämter und die Bezirksverwaltungen.

Ursprünglich leisteten die Angehörigen der VP aus den Abteilungen Paß- und Meldewesen sowie der Kriminalpolizei in den Aufnahmestellen an der Grenze die Hauptarbeit. In einer *Atmosphäre des Vertrauens*, so die Dienst-anweisung 11/56 des Innenministers, sollte eine erste Betreuung der Übersiedlungswilligen erfolgen. Dabei führten Offiziere der K eine erste Befragung durch, sie sei *kurz und sachlich zu führen ohne jedes persönliches Voreingenommensein*. Dabei war das Hauptziel der Befragung, *organisierte Abwerbung oder ähnliche Straftaten* festzustellen. Das Befragungsprotokoll für Rückkehrer beinhaltete folgende Fragen:

Letzte Wohnung in der Deutschen Demokratischen Republik und Arbeitsstelle,

wo wohnen Angehörige in der Deutschen Demokratischen Republik und deren Anschrift,

welchen Organisationen in der Deutschen Demokratischen Republik angehört,

wann und warum (evt. auch mit wem) die Deutsche Demokratische Republik verlassen,

welcher Reiseweg,

welche westliche Dienststellen angelaufen,

wo in Westdeutschland gewohnt und gearbeitet,

Grund der Rückkehr,

*Fragen nach Strafen.*⁹⁷

Die Fragen an die Zuziehenden waren ähnlich, auch hier mussten die Gründe für die Übersiedlung und Angaben zur Person offengelegt werden. Neben diesen Befragungen erfolgten gleichzeitig Überprüfungen, ob die Übersiedler zur Fahndung ausgeschrieben oder in der Sperrkartei eingetragen waren. Im Falle einer Eintragung erfolgte eine Rückschleusung, wurde nach der entsprechenden Person gefahndet, erfolgte eine Festnahme. Nachdem die Befragungen abgeschlossen waren und die Mitarbeiter des Paß- und Meldewesens die polizeiliche Anmeldung vorgenommen und einen Einweisungsschein ausgestellt hatten, erfolgte entweder der Transport in ein Aufnahmeheim oder die Weiterleitung in den vorgesehenen Kreis. Allerdings änderten sich diese Vorschriften zu Beginn der 60er Jahre. In der Anwei-

⁹⁷ BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 18769.

sung 11/56 war noch keine Einweisung eines Rückkehrers oder Zuziehenden in ein Heim vorgesehen, wenn er in der DDR Verwandte hatte und die ihn aufnehmen konnten.⁹⁸ In den Heimen selbst sollte die Arbeit der VP laut Anweisung 11/56 *möglichst unauffällig* erfolgen, *so daß sie von den Heiminsassen nicht wahrgenommen wird*.⁹⁹ Im Gegensatz dazu hatten sich die Volkspolizeikreisämter intensiv um die Rückkehrer und Zuziehenden zu kümmern. Zunächst musste die Abt. PM die Ankunft der Übersiedler überwachen. Nach der Meldung der Übersiedler wurde der „Westpaß“ und der Einweisungsschein entzogen und ein vorläufiger Personalausweis ausgestellt (PM 12). Wobei Zuziehende im Gegensatz zu den Rückkehrern erst nach schriftlicher Beurteilung durch den Abschnittsbevollmächtigten einen regulären Ausweis erhielten. Der ABV erhielt gleich nach der polizeilichen Anmeldung Kenntnis davon, um zu überprüfen, ob diese ihrer Arbeit nachgingen und sich in das *allgemeine Leben* eingliederten. Die Abteilung PM der Volkspolizei hatte dabei die Erkenntnisse über die Übersiedler von ABV, Rat des Kreises, Abt. Innere Angelegenheiten und Arbeit zusammenzufassen. Beinhaltete der Strafregisterauszug des Übersiedlers Vorstrafen, so wurde der zuständige ABV beauftragt, sich intensiv um diese Person zu kümmern.¹⁰⁰

Doch bereits ein Jahr später mit der Dienstanweisung 7/57 änderte sich die Aufnahmeprozedur, dabei wurde die Intensität der Überprüfungen gesteigert. Nunmehr hatte die Befragung in den Aufnahmestellen neben Offizieren der Kriminalpolizei auch durch Mitarbeiter des Paß- und Meldewesens und der Abt. Innere Angelegenheiten sowie des MfS zu erfolgen, wobei der Übersiedler zunächst handschriftlich einen Lebenslauf verfassen musste. Weiterhin wurde die fahndungsmäßige Überprüfung durchgeführt. Folgte nach der Befragung und Überprüfung keine Rückweisung, so wurden jetzt alle Zuziehenden in ein Aufnahmeheim eingewiesen. Rückkehrer nur dann, wenn Zweifel an der Person oder deren Angaben bestanden.

In den Aufnahmeheimen wurde die Überprüfung der Personen fortgesetzt. Hier führten die Angehörigen der Kriminalpolizei wiederum eine Befragung durch, wie auch das MfS. Beide Sicherheitsorgane bildeten sich dann gemeinsam ein Urteil über den Übersiedler und entschieden über Aufnahme oder Rückschleusung. Eine Einweisung in Grenzkreise konnte nur in Ausnahmefällen und nach Zustimmung von VP, MfS und der Abteilung Innere Angelegenheiten erfolgen. Bei Verdacht auf kriminelle Vorhaben oder Vorstrafen eines Übersiedlers erhielten die ABV wiederum spezielle Überwa-

⁹⁸ Vgl. ebenda.

⁹⁹ Ebenda.

¹⁰⁰ Vgl. ebenda.

chungsaufgaben.¹⁰¹ Die Abteilung PM der Volkspolizei betrieb in diesem Verfahren die Überwachung der Ankunft und Weiterleitung sowie formaler Aufnahmeschritte und die Abfrage der zentralen Republikfluchtkartei in Berlin. Die Arbeit in den Volkspolizeikreisämtern erfolgte wie bisher.¹⁰²

Das Jahr 1960 brachte die bereits beschriebene nochmalige Verschärfung in der Auseinandersetzung der DDR-Behörden mit den Rückkehrern und Zuziehenden (Quarantänestationen in den Aufnahmeheimen sowie Errichtung der Bezirksheime). Laut der 1. Ergänzung der Dienstanweisung 7/57 des Innenministers wurden von nun an bis auf wenige Ausnahmen (z. B. Schwangere, gebrechliche, alte Personen) alle Rückkehrer und Zuziehenden in eines der fünf Aufnahmeheime eingewiesen. Eine Aufnahme in die DDR hatte nur noch nach gründlicher Befragung sowie *Auswertung der mitgebrachten Materialien und schriftlichen Unterlagen* zu erfolgen.¹⁰³ Neben persönlichen Dingen sollten die Übersiedler durch die K und die Staatssicherheit auch nach politischen und militärischen Vorgängen in der Bundesrepublik befragt werden. Ein Bericht des Mdl vom 6. 5. 1960, der eine Tagung der Mitarbeiter von Aufnahmestellen und -heimen zusammenfasste, gab als Ziele der Arbeit von K und MfS an: die Ermittlung von Einzelheiten der Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland, *Militarisierungsmaßnahmen*, Stand der Rüstungsproduktion, Feststellung militärischer Standorte und Stärkeverhältnisse. *Es müssen solche Materialien erfragt werden, die unsere Politik unterstützen und die NATO-Politik entlarven*, so der Bericht weiter.¹⁰⁴ Dabei sollten sämtliche Materialien wie Photos, Korrespondenz, Anschriften u. ä. fotokopiert und den Akten beigelegt werden.¹⁰⁵ Außerdem wurden die Chefs der BDVP und Leiter der VPKÄ angewiesen, mit den 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise sowie weiteren staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen *für eine systematische Erfassung, Betreuung und Kontrolle der Rückkehrer und Zuziehenden zu sorgen und regelmäßig die Lage auszuwerten*.¹⁰⁶ Außerdem versagte das Innenministerium die Arbeit der Übersiedler in *für die Volkswirtschaft wichtigen Betriebsteilen* wie in den Viehzuchtbrigaden der Volkseigenen Güter (VEG) und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), des weiteren durfte dieser Personenkreis keine *betriebswichtigen*

101 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

102 Vgl. ebenda.

103 BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

104 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 23881

105 Vgl. ebenda.

106 BArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

Maschinen mehr bedienen oder andere Menschen erziehen und anleiten.¹⁰⁷ In den Bezirksheimen führten die zuständigen Sicherheitsorgane die in den Aufnahmeheimen begonnene Überprüfung *durch eine zielgerichtete Ermittlungstätigkeit zum Abschluß*.¹⁰⁸ In den Überprüfungen sollte ein *umfassender Aufschluß* über die Persönlichkeit des Übersiedlungswilligen gewonnen werden, dabei waren bei Rückkehrern die Gründe für das illegale Verlassen der DDR intensiv zu erforschen. Eine Zusammenfassung der verschiedenen Gründe sollte dann den staatlichen Organen Hinweise für vorbeugende Maßnahmen geben.¹⁰⁹

In einem Schreiben des stellvertretenden Innenministers Grünstein an den Leiter der Abt. Innere Angelegenheiten des Mdl Bergmann vom 21. April 1960 begründete er die Maßnahmen und gibt weitere Anweisungen, wie *feindliche Tätigkeit* gegen die DDR verhindert werden könnte. Bezirksheime, Einrichtung der Quarantäne und die weiteren Überprüfungsmaßnahmen der Übersiedler rechtfertigte er wie folgt: *Angesichts des relativ hohen Anteils von Rückkehrern und Zuziehenden an der Gesamtzahl der Verbrechen erweist es sich als notwendig, eine strengere, nach einheitlichen Grundsätzen festgelegte Überprüfung in den Aufnahmeheimen zu garantieren, mit dem Ziel, die Tätigkeit des Klassengegners noch erfolgreicher zu bekämpfen und unter allen Umständen zu verhindern, daß Personen mit feindlichen Zielen oder sonstige kriminelle Elemente, die die Sicherheit und Ordnung gefährdeten, in die DDR gelangen. Dabei ist stets auszugehen von dem Grundsatz, daß die Erfordernisse der Sicherheit des Staates gegenüber allen anderen Interessen Vorrang haben*.¹¹⁰ Daher wurde der Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit von den Aufnahmestellen in die Heime verlagert. Allerdings hatten die Aufnahmestellen nun täglich eine Liste mit allen eingereisten Personen dem Ministerium für Staatssicherheit zu übergeben. Die Errichtung der Quarantänestationen wurde mit der *umfassenden Ermittlung und zielgerichteten Bekämpfung der gegnerischen Tätigkeit* begründet. Ebenso, und so wurde dann auch die Quarantäne den Heimbewohnern erklärt, sollte sie der Verbreitung von Krankheiten vorbeugen. Mit dem Aufenthalt in der Quarantäne, so Grünstein, sei die *Aufnahme von Verbindungen* unter den Heimbewohnern zu verhindern. Der Aufenthalt der Neuankömmlinge betrug 24 Stunden, in denen die Volkspolizei erste Überprüfungen machte. Wie oben beschrieben, wurden mitgebrachte Materialien der Übersiedler intensiv geprüft. Zurück erhielten die Übersiedler nur noch Dokumente, die Auskunft

107 Vgl. ebenda.

108 Ebenda.

109 Vgl. ebenda.

110 BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 54135.

über die Person (wie Geburtsurkunde) und deren beruflichen und schulischen Werdegang gaben. Alle anderen Dokumente übergab die VP der Staatssicherheit.

Nach der Einweisung der Übersiedler sollten sie von den Kommissionen für Rückkehrer und Zuziehende in den VPKÄ überwacht werden, darüber war den gleichen Kommissionen bei den BDVP Bericht zu erstatten. Zum Beispiel war zu überprüfen, ob Übersiedler mehrfach den Wohnort wechselten. Man ging davon aus, dass *die Bestrebungen des Gegners, klassenfeindliche Elemente in der Republik untertauchen zu lassen* in einem mehrfachen Ortswechsel der Übersiedler Ausdruck fanden. Daher mussten die VPKÄ genau die Ursachen des Wohnungswechsels feststellen.¹¹¹ Solche Berichte wertete die Kommission für Rückkehrer und Zuziehende in der BDVP Magdeburg aus und zog Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit. Der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei hatte *in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Stellvertreter für Inneres beim Rat des Bezirkes und anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen für eine systematische Erfassung, Betreuung und Kontrolle der R/Z zu sorgen und regelmäßig die Lage auszuwerten*¹¹², so die Arbeitsordnung der Kommission für Rückkehrer und Zuziehende bei der BDVP Magdeburg. Die Kommission setzte sich aus fünf Mitgliedern (plus vier Vertreter) zusammen, darunter als Leiter der 1. Stellvertretende Chef der BDVP. Dazu kam je ein Mitglied aus den Abteilungen Paß- und Meldewesen und Kriminalpolizei, ein Vertreter der Bezirksverwaltung (BV) des MfS sowie ein Mitarbeiter der Abteilung für Innere Angelegenheiten des Rat des Bezirkes. Analog dazu bestanden in allen Volkspolizeikreisämtern ähnliche Kommissionen mit gleicher Besetzungsstruktur. Beschlüsse konnten nur bei Anwesenheit aller Kommissionsmitglieder getroffen werden. Der Abteilung Paß- und Meldewesen kam die Aufgabe zu, die *Bewegung* der Rückkehrer und Zuziehenden zu erfassen, dabei sollten *Konzentrationen* der Übersiedler festgestellt werden. Die Kriminalpolizei wiederum analysierte regelmäßig den Anteil der Rückkehrer und Zuziehenden an der Kriminalität und arbeitete dabei Schwerpunkte in den Straftatbeständen heraus. Die Arbeitsordnung billigte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und der Abt. Innere Angelegenheiten beim Rat des Bezirkes *gleiche oder ähnliche Aufgabenstellungen*¹¹³ zu, ohne sie jedoch konkret zu benennen. In Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Organe hatte die Kommission halbjährlich eine *analytische Auswer-*

111 Vgl. ebenda.

112 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 24, BDVP Magd. 1961-1975, Nr. 787.

113 Ebenda.

tung der Aufnahme und des Verlaufes der Eingliederung in das gesellschaftliche Leben unter besonderer Beachtung der Entwicklung der Kriminalität unter den R/Z, des Entstehens von Konzentrationen vorzunehmen, um dann *wirksame Maßnahmen zur Veränderung der Lage*¹¹⁴ herbeizuführen. In der Analyse sollten vor allem Konzentrationen von Rückkehrern und Zuziehenden in Betrieben und Wohngebieten, vor allem aber in *besonders zu sichern- den ökonomischen, militärischen und gleichgestellten Objekten*¹¹⁵ herausgearbeitet werden. Neben der Zusammenarbeit mit den Kreiskommissionen führte die Bezirkskommission ständig Gespräche mit dem Leiter der Arbeitsgruppe der Volkspolizei im Aufnahmeheim Barby. Dabei ging es vor allem um die Einweisung von Übersiedlern nach Magdeburg oder in das Grenzgebiet. Die Kommission bei der BDVP Magdeburg musste dabei vorher ihre Zustimmung zu solch einer Einweisung geben. Bei Fragen, *die im Zusammenhang mit der Sicherheit der Staatsgrenze in Verbindung*¹¹⁶ standen, wurden die Kommandeure der Nationalen Volksarmee in die Arbeit der Kommission einbezogen. Jährlich veranstaltete die Bezirkskommission eine *zentrale Dienstbesprechung*, an denen neben den Mitgliedern der Kommission auch der Leiter der Abt. Innere Angelegenheiten beim Rat des Bezirkes, dem Leiter der zuständigen Abteilung bei den Bezirksverwaltungen und den Kreisdienststellen (KD) der Staatssicherheit, den Leitern der Kreiskommissionen auch der Leiter der Arbeitsgruppe der VP im Aufnahmeheim Barby teilnahm.¹¹⁷

Die Arbeitsgruppe der Volkspolizei im Aufnahmeheim Barby setzte sich aus den Mitarbeitern vom Paß- und Meldewesen und der Kriminalpolizei zusammen, daneben arbeiteten im Heim noch Schutzpolizisten. Sie hatten den Schutz und die Sicherheit des Heimes zu gewährleisten sowie das *Entweichen von Heimbewohnern* zu verhindern, ebenso deren Kontaktaufnahme mit *außenstehenden Personen*. Des weiteren sorgten sie nach Anweisung des Leiters der Arbeitsgruppe der Volkspolizei im Heim für die *Transportbegleitung* vom und zum Heim.¹¹⁸

Doch mit der Arbeit der Sicherheitsorgane waren die obersten DDR-Behörden nicht immer zufrieden. So wies der Innenminister der DDR Maron in einem Schreiben vom 27. Mai 1963 nochmals auf die Einhaltung der Vorschriften hin. Bei jeder Aufnahme sei ein strenger Maßstab anzulegen: Bevor nicht eine *allseitige Prüfung der Personen und der Gründe für die Rück-*

114 Ebenda.

115 Ebenda.

116 Ebenda.

117 Vgl. ebenda.

118 Vgl. BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 32159.

kehr oder Übersiedlung erfolgt war, durfte eine Aufnahme in gar keinem Fall erfolgen.¹¹⁹

Ausdrücklich wies er darauf hin, dass die VPKÄ eine regelmäßige Beurteilung der gesellschaftlichen Eingliederung der Übersiedler zu geben hätten. Diese sorgten auch in Zusammenarbeit mit den Leitern der Kreisdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit und dem *Stellvertreter für Inneres des Vorsitzenden des Rat des Kreises* für eine Rückschleusung von Übersiedlern, die gegen die Aufnahmeverpflichtung verstoßen hatten, keiner *geregelten* Arbeit nachgingen, die Sicherheit der DDR gefährdeten oder *schwerwiegende kriminelle Delikte* begangen hatten.¹²⁰

Besonders großen Wert legte auch die Staatssicherheit auf die Überprüfung der Rückkehrer und Zuziehenden. Einem Schreiben der Bezirksverwaltung Magdeburg des MfS an die Leiter der Kreisdienststellen vom 12. 6. 1967 fügten die Magdeburger Mitarbeiter ihren Kollegen ein Schreiben des Chefs der BDVP Magdeburg an die Leiter der VPKÄ bei. (Dok. 6) Dieses Schreiben der BDVP bezog sich auf die „Aufklärung von Rückkehrern, Zuziehenden und Haftentlassenen“. Das MfS nahm Einfluss auf die BDVP, damit die VPKÄ in ihrer Arbeit mit den Übersiedlern besser angeleitet wurden. In dem Begleitschreiben der BV Magdeburg hieß es nämlich: *Diese Aufgabe (die Überwachung der Übersiedler; der Autor) wurde dem VPKA auf unsere Veranlassung gestellt, was jedoch dem VPKA nicht bekanntzugeben ist.*¹²¹ Die Leiter der Kreisdienststelle des MfS hatten Sorge zu tragen, daß eine *wirklich qualifizierte Aufklärung des genannten Personenkreises unter Einsatz aller der VP zur Verfügung stehenden Mittel und Methoden*¹²² erfolgte. Die Kreisdienststelle des MfS wurde angewiesen, zur Durchführung der Überwachung durch die VP *offiziellen und inoffiziellen Einfluß*¹²³ auf die Volkspolizei auszuüben und gleichzeitig deren Tätigkeit zu kontrollieren. Die „Überwacher“ der VP wurden also von den Mitarbeitern des MfS ebenso überwacht und angeleitet. Die Volkspolizei sollte die *Aufklärung* über die Übersiedler verbessern, weil in den Augen der BDVP zu diesem Zeitpunkt *die Aufrechterhaltung und weitere Erhöhung der Ordnung und Sicherheit in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik nicht allseitig gewährleistet*¹²⁴ war. Als Grund dafür benannte die BDVP, dass auf die *verstärkte Expansionspolitik der westdeutschen Kiesinger/Strauß-Regierung*

119 Vgl. BAArch Berlin, DO 1, 2.2., Nr. 61999.

120 Vgl. ebenda.

121 Landesarchiv Magdeburg -LHA- Rep. M 1, RdB/BT Magd., Nr. 16831.

122 Ebenda.

123 Ebenda.

124 Ebenda.

nicht angemessen reagiert wurde. Daher musste die Volkspolizei jetzt Aufklärungsberichte über Rückkehrer und Übersiedler anfertigen, die nach dem Bau der Berliner Mauer in die DDR übergesiedelt waren, und zwar von jenen Übersiedlern, die:

- a) *im Schutzstreifen wohnen und arbeiten,*
- b) *in der Sperrzone wohnen und arbeiten,*
- c) *an Objekten der NVA, der Sowjetarmee, der DVP u. des MfS wohnen oder in demselben arbeiten.*¹²⁵ Besonders intensiv sollten dabei jene überprüft werden, die in der Bundesrepublik der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, dem Zoll, der Polizei, der Fremdenlegion oder *halb-militärischen Organisationen* angehörten.¹²⁶

Die Aufklärungsberichte sollten Informationen u. a. zu folgenden Fragen enthalten:

- durch wen die Wohnungseinweisung an militärische Objekte erfolgte,
- ob eine *systematische Annäherung der Person* an diese Objekte geschah,
- ob sich die entsprechenden Personen selbst um die Wohnung gekümmert hatte,
- ob sich die Personen selbst um die Arbeit am oder in den Objekten bemüht hatten.¹²⁷

Außerdem erfolgte eine Beurteilung des Verhaltens der Rückkehrer und Zuziehenden im Wohngebiet und auf der Arbeit. Besonderen Wert wurde auf Feststellungen bezüglich der Familienverhältnisse, des Lebenswandels, *moralischer Verfehlungen*, häufigen Alkoholgenusses, der Arbeitsmoral, des Auftretens im Arbeitskollektiv, *Anzeichen von Asozialität* gelegt.¹²⁸ Untersucht werden musste auch, ob

- sich die Person häufig außerhalb des Wohnortes ohne ersichtlichen Grund aufhielt,
- eine Nebenwohnung bezogen hatte,
- Ausgaben getätigt wurden, die nicht im Verhältnis zum Verdienst standen,
- die Person Mitglied in einer gesellschaftlichen Organisation oder der Kampfgruppen war,
- durch negative Äußerungen und Hetze auffiel.¹²⁹

125 Ebenda.

126 Vgl. ebenda.

127 Vgl. ebenda.

128 Vgl. ebenda.

129 Vgl. ebenda.

Ebenso wichtig waren für die Sicherheitsorgane Kontakte in die Bundesrepublik, Westberlin oder andere westliche Staaten. Dabei wurde besonders untersucht, zu wem und auf welchem Wege die Kontakte erfolgten. Maßgeblich war hier, welche Stellung diese Personen in der Bundesrepublik/Westberlin hatten und welche Einstellung sie zur DDR einnahmen. Neben dieser Einzelfallüberprüfung verlangte die BDVP eine zahlenmäßige Aufstellung aller Übersiedler, die mit den entsprechenden Objekten, den Dienststellen der Polizei oder der NVA in Verbindung standen. Die Kontrolle erfolgte von Mitarbeitern der Abteilung Paß- und Meldewesen sowie den jeweiligen Abschnittsbevollmächtigten. Andere Angehörige der Polizei wurden bei Bedarf hinzugezogen.¹³⁰ Die Volkspolizei konnte aufgrund spezieller Dienstvorschriften (DV) bestimmte Personenkreise unter ständiger oder zeitweiliger Kontrolle halten, dazu zählten laut DV 031/70, welche eine vorhergehende DV von 1965 (IX/6) ablöste, *besonders gefährliche Rechtsbrecher*¹³¹, *gefährliche Rechtsbrecher*¹³² und *kriminell gefährdete Personen*¹³³. Wobei Rückkehrer und Zuziehende ebenso wie Staatenlose und Bürger aus nicht-sozialistischen Ländern in die Kategorie „gefährlicher Rechtsbrecher“ eingeordnet werden konnten, wenn *mit gegnerischer Tätigkeit gerechnet werden*¹³⁴ musste. Und diesen Verdacht erregten viele Übersiedler, denn die vorgeschriebenen Hinweise waren weit gefasst und interpretierbar. Verdächtig machte sich generell jeder, der Kontakte zu westlichen Geheimdiensten oder *verdächtige Verbindungen ins Ausland* hatte oder ehemaliger Angehöriger der Sicherheitsorgane der DDR war. Hinzu kamen solche Verdachtsmomente wie häufiges Übernachten außerhalb des Wohnortes, der Wohn- und Arbeitsort in der Nähe von wichtigen militärischen, ökonomischen oder polizeilichen Objekten oder *Staatsjagdgebieten*. Zur Kontrolle führte auch *asozialer oder unmoralischer Lebenswandel* und die *Nichteingliederung in das gesellschaftliche Leben*. Alles in allem also sehr dehnbare Kategorien, die eine leichte Anordnung der Kontrolle ermöglichte. Selbst wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben waren, standen die Übersiedler als potentiell *kriminell gefährde-*

130 Vgl. ebenda.

131 Dazu zählten: Personen, bei denen *Erziehungs- und Zwangsmaßnahmen unwirksam* waren, *Arbeitsscheue*, Rückfalltäter, Verbrecher aus *feindlicher Einstellung* zur DDR, *Triebtäter* oder die aus *niederen Beweggründen* straffällig wurden. Dazu zählten u. a. Mörder und Vergewaltiger. (Vgl. BStU Zentralarchiv, MfS-BdL, Nr. 011211, Blatt 5.

132 Zu dieser Kategorie zählten: Personen, die die *sozialistische Gesetzlichkeit* oder *gesellschaftliche Erziehungsmaßnahmen* missachtet oder Verbrechen gegen das private oder *sozialistische Eigentum* begangen hatten. (Vgl. ebenda.)

133 In diese Gruppe fielen alle *Trinker*, *Asoziale*, *Arbeitsbummelanten*, *illegale Quartiergeber*, Antragsteller auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland, straffällige Jugendliche oder jene, die mit solchen *verkehrten*, aber auch Personen, die durch einen *häufigen Arbeitsplatz- oder Wohnortwechsel* auffielen. (Vgl. ebenda.)

134 Ebenda, Blatt 6.

te Personen mindestens drei Jahre nach Aufnahme in die DDR unter Kontrolle durch die VP, wobei diese ja schon durch die Dienstvorschriften von 1965 und 1968 (IX/12 und IX/20) angeordnet war. Dabei konnte eine ständige oder zeitliche Kontrolle erfolgen, wobei während einer *besonderen Lage*¹³⁵ diese verstärkt und auch auf bisher nicht beobachtete Personen ausgedehnt wurde. Dabei setzte man vor allem ABV, aber auch Kriminalisten der jeweiligen VPKÄ ein. Deren Berichte wurden regelmäßig ausgewertet und daraus Konsequenzen gezogen. Aufgrund des Staatsbürgerschaftsrechtes konnte wie schon erwähnt jedem Rückkehrer oder Zuziehenden die DDR-Staatsbürgerschaft wieder aberkannt werden, wenn er gegen die entsprechenden Normen der DDR verstieß, die Kontrolle der Übersiedler konnte folglich auch dazu führen. Außerdem dienten diese Kontrollen dem allgemeinen Sicherheitsbedürfnis der DDR-Behörden. Der oben genannte Personenkreis sollte keine Chance erhalten, gegen die *sozialistische Gesetzlichkeit* zu verstoßen, um dies zu erreichen, wurden außerdem *gesellschaftliche Erziehungsmaßnahmen* wie Aussprachen, Ortsverweise und Aufenthaltsbeschränkungen eingesetzt.¹³⁶ Interessant ist die faktische Gleichstellung von Gesetzesbrechern und Übersiedlern. In den Augen der Behörden war allen Übersiedlern mit Misstrauen zu begegnen, begründet sicherlich in der Auffassung, dieser Personenkreis sei überdurchschnittlich kriminell. Letzteres wollte das MfS nachweisen. So wurden den MfS-Mitarbeitern während der Ausbildung an der Juristischen Hochschule Potsdam in einer Lektion die *Kriminalitätserscheinungen und Verhaltensweisen bei Rückkehrern und Zuziehenden* gelehrt. (Dok. 7, Auszug) Dabei stellte man die Übersiedler als überproportional kriminell oder kriminalitätsgefährdet dar. Bei einem Anteil von noch nicht einmal 2 Prozent an der Bevölkerung (Stand 1965) hätten die Rückkehrer und Zuziehenden 10 Prozent aller Straftaten begangen. Bei einigen Straftatbeständen seien die Übersiedler sogar besonders stark vertreten, wie bei den *Staatsverbrechen* Mord, Diebstahl und Verstößen gegen die Paß- und Zollgesetze, unerlaubter *Nachrichtensammlung*, Staatsverleumdung. Bei diesen Deliktategorien, so die Staatssicherheit, betrug der Anteil der Übersiedler an der Gesamtzahl zwischen 10 (Zollgesetze) und 40 Prozent (Nachrichtensammlung) und dies mit wachsender Tendenz. Einen Rückgang (wobei die Zahlen immer noch über dem Durchschnitt lagen) registrierte das MfS bei solchen Delikten wie Waffen- und Sprengmittelbesitz, fahrlässiger und versuchter Brandstiftung bzw. Körperverletzung. Offen bleibt in dieser Lektion an der JHS Potsdam auf welcher Quellenbasis diese Zahlen beruhten. Allerdings konnte die Staatssicherheit in dieser Lektion 1966 (beruhend

135 Zu den *besonderen Lagen* zählten u. a. gesellschaftliche Höhepunkte, internationale Messen, Spannungssituationen oder bedeutsame Veranstaltungen. (Vgl. Ebenda, Blatt 8.)

136 Vgl. ebenda, Blatt 5ff.

auf dem Stand von 1965) keine festen Strukturen und organisierte Verbindungen bzw. Aufträge von Geheimdiensten feststellen. Sie sah allerdings die Kriminalität in den *Einflüsse(n) und Ergebnisse(n) negativer oder rudimentärer ideologischer Grundhaltungen*¹³⁷, sprich in dem „kapitalistischen“ System der Bundesrepublik, begründet. Auch wenn das MfS keine festen und organisierten Strukturen feststellte, so vermutete es trotzdem hinter den Delikten der Übersiedler zum Teil die Tätigkeit von westlichen Geheimdiensten und engagierten Spionen, welche unter dem Deckmantel eines Rückkehrers oder Zuziehenden eingereist waren. Zu diesem Zeitpunkt waren, so wurde in den Lektionsmaterialien festgestellt, nur wenige Spione festgenommen worden. Man erwartete sie aber vor allem aus Oberursel (siehe nächster Abschnitt). Um das Einschleusen von *feindlichen Personen* und *Spezialkadern* zu verhindern, sollten die DDR-Sicherheitsorgane auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Eingliederung von Übersiedlern präsent sein und eine qualitätsvolle Arbeit vollbringen.¹³⁸ Mit den verstärkten Kontakten zwischen Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Rahmen des Entspannungsprozesses ab den 70er Jahren befürchtete das MfS immer größere Sicherheitsgefahren, denen es mit einer verstärkten Arbeit in den ZAH begegnen wollte. Die Übersiedler waren in den Augen der DDR Unsicherheits- und Unruhefaktoren. Bei vielen Übersiedlern seien *alte kapitalistische Lebens- und Denkgewohnheiten* zu verzeichnen, die dazu führten, dass diese *rücksichtslos ihre egoistisch-individualistischen Triebe*¹³⁹ durchsetzen wollten, daher wären Konflikte mit den gesellschaftlichen Normen der DDR zu erwarten. Vor allem bei Rückkehrern stellte das MfS eine *Bewußtseinsänderung* zum Negativen fest, bei ihnen hätte es eine *Degeneration ihrer sittlich-moralischen Qualitäten und Wertmaßstäbe*¹⁴⁰ gegeben. Den Grund dafür sah die DDR in der politischen Situation in der Bundesrepublik, dort würde Hetze gegen die DDR betrieben, welche die Menschen gegen den Arbeiter- und Bauernstaat aufwiegelte, außerdem ließe das kapitalistische System viele Menschen existentiell scheitern.¹⁴¹ Dies alles machte die Übersiedler zu einer Gefahrenquelle, die ständig beobachtet und kontrolliert werden musste. Daher führte das Ministerium für Staatssicherheit eigene und intensive Überprüfungen und Beobachtungen der Rückkehrer und Zuziehenden durch. Es konnte dabei Mittel und Methoden einsetzen, über welche die Polizei nicht verfügte, zum Beispiel IM in der Bundesrepublik.

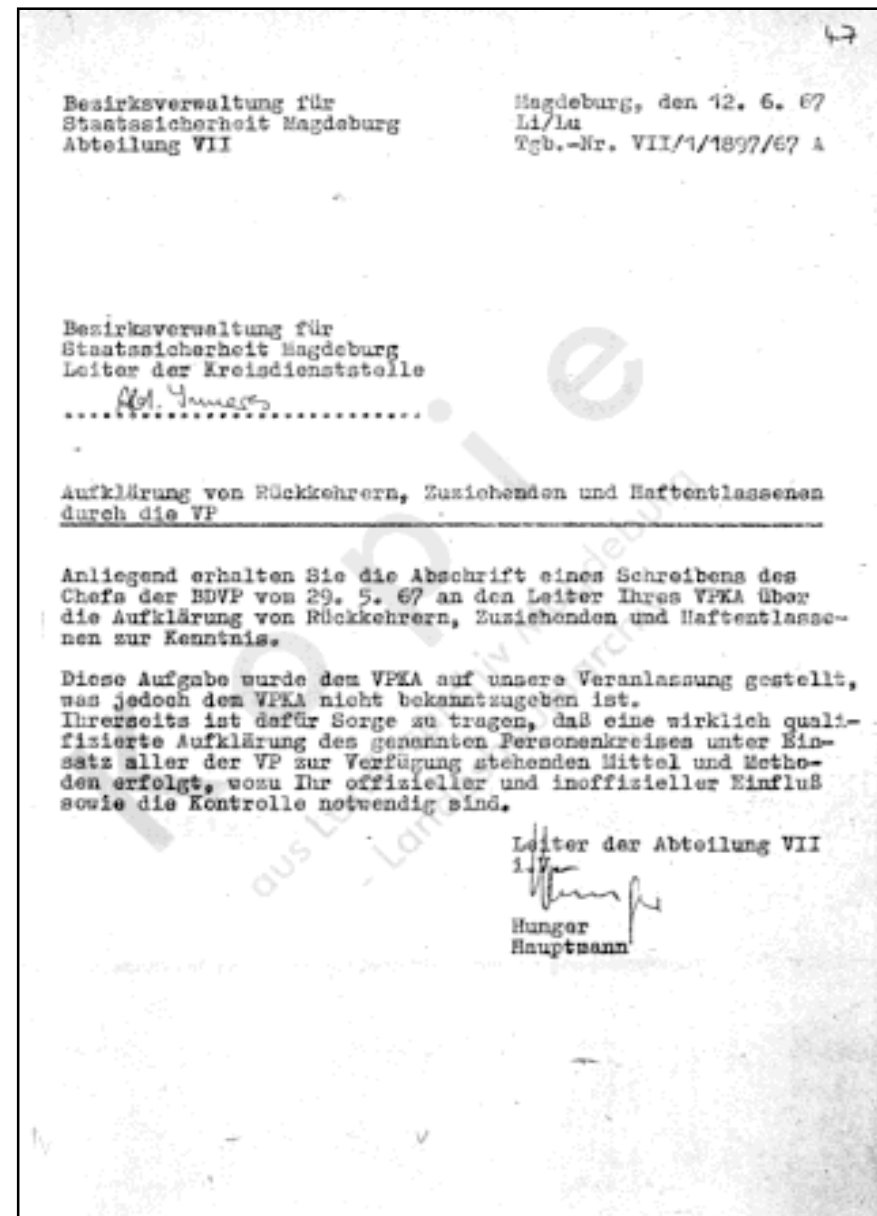
137 Ebenda, Blatt 6.

138 Vgl. Ebenda, Blatt 7ff.

139 Ebenda, Blatt 32.

140 Ebenda, Blatt 31.

141 Vgl. ebenda, Blatt 31ff.



Dokument 6: Landeshauptarchiv Magdeburg -LHA-, Rep. M1 Bezirkstag / Rat
des Bezirkes Magdeburg, Nr. 16831

A b s c h r i f t

Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei Magdeburg, den 29. 5. 67
Magdeburg
Der Chef

Leiter des
Volkspolizeikreisamtes

Bez. Veru. MfS

Aufklärung von Rückkehrern, Zuziehenden u. Haftentlassenen

Feststellungen im Bezirk haben ergeben, daß die Aufklärung des obengenannten Personenkreises nicht der gegenwärtigen politischen Situation entspricht.

Wesentliche Mängel in der Arbeitsweise und den Ergebnissen der Aufklärung zeigen, daß der verstärkten Expansionspolitik der westdeutschen Kiesinger/Strauß-Regierung nicht Rechnung getragen wurde.

Damit ist die Aufrechterhaltung und weitere Erhöhung der Ordnung und Sicherheit in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik nicht allseitig gewährleistet. Es ist deshalb erforderlich, daß die Aufklärung des genannten Personenkreises sofort allseitig verbessert wird.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit von einschleppenden operativen Maßnahmen weise ich Sie an, meinen 1. Stellvertreter bis zum 15. 8. 1967 über die nachstehend aufgeführten Kategorien von Rückkehrern, Zuziehenden und Haftentlassenen einen umfassenden Aufklärungsbericht unter Beachtung der genannten Gesichtspunkte in dreifacher Ausfertigung zu übersenden.

1. Die Aufklärungsberichte sind nur für Rückkehrer und Zuziehende zu erarbeiten, die seit dem 13. 8. 1961 in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik ansässig wurden und
 - a) im Schutzstreifen wohnen oder arbeiten,
 - b) in der Sperrzone wohnen oder arbeiten,
 - c) an Objekten der NVA, der Sowjetarmee, der DVP u. des MfS wohnen oder in denselben arbeiten.

-2-

- 2 -

Bei den an Objekten wohnenden R. und Z. sind nur diese R. und Z. aufzuklären, die unmittelbar Einsicht in das Objekt haben oder die an- und abfahrenden Fahrzeuge bzw. Personenbewegungen beobachten können.

Es ist besonders herauszuarbeiten, wenn diese Personen in der Vergangenheit Angehörige von

- Bundeswehr
- Bundesgrenzschutz
- Zollorgan
- Polizei
- Fremdenlegion
- halbamtlichen Organisationen in WD/RB

waren.

2. Die Aufklärungsberichte zu den Haftentlassenen müssen gefertigt werden, wenn diese mehr als zweimal rückfällig wurden oder Vorstrafen haben wegen

- Spionage
- Verbindungsaufnahme zu verbrecherischen Organisationen
- Sabotage
- Diversion
- Hetze
- Abwerbung
- Verstöße gegen das Paßgesetz
- Staatsgefährdende Gewaltakte
- illegalen Waffenbesitz
- Totschlag
- Raub
- Brandstiftung
- Notsuchtverbrechen
- schweren Diebstahl

und arbeits- und wohnraumäßig, wie in Punkt 1 von a - c aufgeführt ist, untergebracht sind.

-3-

50

- 3 -

3. Die Aufklärungsberichte müssen Angaben über folgende Fragen enthalten:

Durch wen erfolgte die Wohnungszuweisung des genannten Personenkreises an den militärischen Objekten:

- Erfolgte eine systematische Annäherung der Person an die Objekte durch mehrmaligen Wohnungswechsel?
- Haben sich die Personen selbst um eine Wohnung an den Objekten bemüht oder erfolgte die Zuteilung durch die zuständige Abteilung f. Wohnraumlenkung?
- Wurden die Personen durch die Kreiskommissionen gemäß DV IX/12 des MdI in die Wohnungen an den Objekten eingewiesen?
- Sind Personen, die an den Objekten wohnen, von anderen Bezirken zugezogen? Wie erfolgte die Erfüllung der Meldepflicht - durch Rückmeldung -?
- Haben sich die Personen zur Arbeit an den Objekten oder im Grenzgebiet selbst beeifert oder erfolgte eine Zuteilung durch die Abteilung Innere Angelegenheiten (Arbeitskräfteleitung)?
- Wurde von den Personen vor der Arbeitsaufnahme in den Objekten angegeben, daß sie Rückkehrer, Zuziehende oder Haftentlassene sind?
- In welchen Stellungen sind die Personen in den Objekten bzw. im Grenzgebiet tätig?

Welche Verhaltensweise zeigen die Rückkehrer und Zuziehenden bzw. Haftentlassenen?

- Das Verhalten der Personen im Wohngebiet und auf dem Arbeitsplatz:
 - Familienverhältnisse
 - Lebenswandel
 - moralische Verfehlungen
 - häufiger Alkoholgenuß in Gaststätten
 - Arbeitsmoral
 - Auftreten im Arbeitskollektiv
 - Anzeichen von Asozialität

- 4 -

51

- 4 -

- Wurde festgestellt, daß sich die Personen häufig außerhalb des Wohnortes aufhalten, obwohl dafür in beruflicher Hinsicht keine Gründe vorhanden sind?
- Haben die Personen des genannten Personenkreises eine Nebenwohnung bezogen? (Anschrift der Nebenwohnung)
- Sind von den Personen Ausgaben getätigt, die nicht im Verhältnis zum Verdienst stehen?
- Sind die Personen parteilich organisiert, wenn ja, welche Funktion bekleiden sie?
- Sind Bestrebungen vorhanden, daß die Personen versuchen, in bestimmte Funktionen zu gelangen?
- Sind die Personen Mitglieder von Kommissionen oder Aktiven?
- Sind die Personen Mitglieder von Kampfgruppen und welche Funktion üben sie dort aus?
- Treten die Personen durch negative Diskussionen bzw. durch Hetze in Erscheinung?

Welche Verbindungen unterhält der genannte Personenkreis nach Westdeutschland, Westberlin bzw. zum Kap. Ausland?

1. Welcher Art sind die Verbindungen:

- Durch gegenseitigen Briefverkehr und Austausch von Plaketen und Paketen,
- Durch einseitige Besuche bei den Personen in der DDR,
- Durch Zusammentreffen in der Hauptstadt der DDR,
- Durch Zusammentreffen in sozialistischen Ländern.

2. Mit welchen Personen stehen die Rückkehrer, Zuziehenden in Verbindung?

- mit Verwandten
- mit Personen, die die Rückkehr^{er} oder Zuziehenden in WR/VD oder in Kap. Ausland durch Arbeit Haftzeit, Lageraufenthalt, Urlaub u.a. kennengelernt haben.
- Mit Personen, die die DDR ungesetzlich verlassen haben.

3. Welche Stellung haben die Personen in WR, VD oder im Kap. Ausland inne und was ist über ihre Einstellung zur DDR bekannt?

- 5 -

- 5 -

Welche Verbindungen unterhalten die Rückkehrer, Zuziehenden u. Haftentlassenen in das sozialistische Ausland?

1. Welcher Art sind die Verbindungen?
 - durch gegenseitigen Briefverkehr und durch Austausch von Päckchen und Paketen
 - durch gegenseitige Besuche.
2. Mit welchen Personen stehen die Rückkehrer u. Zuziehenden bzw. Haftentlassenen in soz. Ausland in Verbindung?
3. Wann und wie oft waren die Rückkehrer, Zuziehenden u. Haftentlassenen in soz. Ausland und wo hielten sie sich auf?
 - Handelt es sich um Privat- oder Dienstreisen?
 - Wurden die Reisen allein oder mit weiteren Personen durchgeführt?
 - Ist eine periodische Reisetätigkeit erkennbar?
4. Darüber ist eine zahlenmäßige Aufstellung der in Ihren Kreis an den genannten Objekten wohnhaften und arbeitenden Rückkehrern, Zuziehenden u. Haftentlassenen sowie gem. der DV IX/6 oder DV IX/12 des MfI unter Kontrolle stehenden Personen zum gleichen Termin zu übersenden.
5. Die angewiesene Aufklärungstätigkeit ist durch folgende Kräfte vorzunehmen:
 1. Rückkehrer und Zuziehende, außerdem Personen, die unter Kontrolle nach der DV IX/6 stehen, von den Genossen der Abt. FM in Verbindung mit den ABV.
 2. Haftentlassene, außer denen, die ebenfalls unter Kontrolle gem. DV IX/6 stehen, von der Abt. K gleichermaßen auf alle Kommissariate u. Sachgebiete verteilt.
Es ist nicht statthaft, diese Tätigkeit schwerpunktmäßig auf die Arbeiterichtung I zu verlagern.
Zu beachten ist, daß die Arbeiterichtung Fehldung bei evtl. übergroßer Belastung durch die gem. DV IX/6 unter Kontrolle stehenden Rückkehrer und Zuziehenden sowie Haftentlassenen für die Terminerfüllung mit von allen Kriminalisten entlastet wird.
 3. Ist im Kollektiv der Amtsleitung, K-Leiter, Leiter der

-6-

- 6 -

Schutzpolizei und Leiter FM zu prüfen, inwieweit noch andere Angehörige des VPKA mit in die Erarbeitung der Aufklärungsberichte einbezogen werden können.

Ges. Wendt

Oberst der VP

Kopie
aus Landesarchiv Magdeburg
Landeshauptarchiv

2		
<u>Gliederung</u>	<u>Seite</u>	
1. Beobachtungen und Tendenzen der Kriminalität von Rückkehrern und Zustiehlern	3	
1.1. Kriminalitätsberechnungen bei Rückkehrern und Zustiehlern	3	
1.2. Die nachweisbare und mögliche Rolle der Rückkehrer und Zustiehlern im Gesamtgeschehen der gegen die DDR gerichteten Feindseligkeit	8	
2. Die Qualifizierung der operativen Kontrolle der Übersiedler	14	
2.1. Aktuelle Kenntnisse über die Befragung und Auswertung von Mürgen der DDR, die nach dem 13. 8. 1961 die DDR illegal überquerten - eine der Voraussetzungen für die Qualifizierung der operativen Kontrolle der Rückkehrer	15	
2.2. Das System der gesellschaftlichen Hinsichtnahme der Rückkehrer und Zustiehlern von Mürgen in der DDR bis zu ihrer Hinrichtung in die klassischen Kreise	25	
2.3. Bemerkungen zu festgestellten Verhaltensweisen der Rückkehrer und Zustiehlern	20	

Dokument 7: BStU, ZA, JHS MF z.-Tgb.-Nr. 333/66, Blatt 2ff.

- 4 -		
1. Bei einer größeren Anzahl von Delikten zeigt sich, auslag aus Gesamtrückgang kriminalisierter Delikte, auch ein Rückgang der durch Rückkehrer und Zustiehlern begangenen Straftaten. Im ist jedoch charakteristisch, daß bei keinem einzigen der vornehmsten Straftatbestände kein prozentualer Verfall zurück zu verzeichnen ist, die dem Anteil der Rückkehrer und Zustiehlern an der Gesamtbevölkerung (also 2 Prozent) entsprechen. Das bedeutet, daß trotz des offensichtlichen Rückgangs der Umfänge der Delikte bei einer größeren Zahl von Straftatbeständen der Anteil der durch Rückkehrer und Zustiehlern begangenen Straftaten noch immer höher liegt als bei der übrigen Bevölkerung der DDR.		
2. Bei einer weiteren Gruppe von Delikten blieb der Anteil der Rückkehrer und Zustiehlern im wesentlichen konstant, während er		
3. bei relativ wenigen Deliktarten sogar geringfügig ist.		
Hinsichtlich der oben genannten Klassifizierung ergibt sich bei den einzelnen Straftatbeständen folgendes Bild:		
- Ein echter Anstieg offenbart sich zunächst insgesamt bei Staatsverbrechen, bei denen 1964 ein Anteil von 12,2 % und 1965 ein Anteil von 17,4 % hinsichtlich der Übersiedler festzustellen ist.		
In einzelnen Fällen folgende Vergleichszahlen diesen Anstieg:		
§ 21 StGB	1963	1964
§ 19 StGB	19,6 %	2,1 %
	19,9 %	19,9 %
		16,2 %
§ 211 StGB (Mord)	12,7 %	12,0 %
§ 20 StGB (Diabetischer Schlaganfall)	11,9 %	12,4 %
§ 8 (Vergewaltigung)	15,7 %	18,4 %
§ 17 StGB (Diebstahl von Rückkehrern und Zustiehlern, die hier bei auffälligem, neben zwar bei diesen, nach Jahren gestaffelten Vergleich, nicht zu erwarten, welche durch die Untersuchungsabteilungen des MZ bearbeitet wurden, durch Rückkehrer begangene Straftatbestände waren.		
Eine Betrachtung des Anteils der Delikte gemäß § 14 StGB wird hier bewußt ausgeklammert, weil die relative hohe Zahl an Verurteilten wegen Deliktverbrechen ohne vorherige feste Verurteilung zu Gesamtdelikten zu Fehlentscheidungen führen könnte.		
Konstant blieb der Anteil der Anteil der Rückkehrer und Zustiehlern bei		
a) § 15 StGB (Schuldrechtlich - Vermögens)	1963	1964
	83,4 %	39,2 %
b) § 16 StGB (Verbindungsanfrage)		
	16,7 %	8,0 %
c) § 20 StGB (Schuldverletzung)		
	17,1 %	20,6 %
d) Vollstreckung/alle Fälle einschließlich § 12		
	11,4 %	10,0 %
e) MZ § 1, Absatz 1		
	8,2 %	2,7 %

4.2. Das Ministerium für Staatssicherheit

4.2.1. Struktur und Aufgaben der MfS-Tätigkeit

Die in den Heimen tätigen MfS-Mitarbeiter unterstanden der Magdeburger Bezirksverwaltung, Abteilung VII¹⁴², und hatten in erster Linie die Aufgabe, das *Einschleusen feindlicher Agenturen* (sprich westliche Geheimdienste) zu verhindern.¹⁴³ (Dok. 8) In der Arbeitsordnung für das Aufnahmeheim Barby, die sicherlich in gleicher oder ähnlicher Form auch für die anderen Zentralen Aufnahmeheime galt, hieß es, dass *nach der Festigung unserer Staatsgrenze am 13. August 1961*¹⁴⁴ der Gegner die Aufnahmeheime der DDR nutzen würde, um neue Agenten einzuschleusen oder seine Verbindungen aufrechtzuerhalten. Als Bestätigung fügte die Staatssicherheit hinzu, dass bereits solche Fälle bekannt waren.

Alle Mitarbeiter der Arbeitsgruppe der Staatssicherheit im Zentralen Aufnahmeheim hatten neben dem Verhindern feindlicher Tätigkeit:

- die *Aufklärung und Analysierung neuer Feindmethoden* zu betreiben und dadurch Rückschlüsse für die Organisation der einheimischen *Abwehrarbeit* zu ziehen und die in der DDR arbeitenden Agenten schnell zu *liquidieren*,
- Erkenntnisse über die *Kriegsvorbereitungen* in der Bundesrepublik Deutschland zu ziehen,
- Wissen über die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik (über die *Marktabichten der westdeutschen Konzerne* und deren *technisch-wissenschaftlichen Stand*) zu erlangen,
- die Sicherheit und Ordnung in den Aufnahmeheimen zu garantieren,
- und mit den anderen Organen des MfS, den anderen *bewaffneten Organen* (Volkspolizei – J. M.), *den weiteren staatlichen Institutionen* (Mdl, Rat des Bezirkes, Räte der Kreise – J. M.) *zusammenzuarbeiten*.¹⁴⁵ Der Systemunterschied zwischen DDR und Bundesrepublik diente dem MfS als Arbeitsgrundlage. Das Bild des MfS von der Bundesrepublik war gekennzeichnet von der Vorstellung, dass der andere deutsche Staat immer darauf be-

142 Die Abteilung VII beschäftigte sich mit der sogenannten Abwehrarbeit in Zusammenhang mit den Organen des Ministerium des Inneren/ Deutsche Volkspolizei.

143 So die „Arbeitsordnung über die politisch-operativen Aufgaben der Mitarbeiter der Abteilung VII-Aufnahmeheim Barby zur Verhinderung des Einschleusens feindlicher Agenturen und der ordnungsgemäßen Filtrierung, zur Verhinderung jeglicher feindlicher Tätigkeit“ vom 7. August 1967. (BStU, Außenstelle Magdeburg, BV Magdeburg, Nr. 526, Blatt 8.)

144 Ebenda, Blatt 10.

145 Ebenda, Blatt 10f.

dacht war, die DDR zu vernichten und zur Vorbereitung Spione einschleusen würde. Jeder Übersiedler war damit ein potentieller Agent, der beobachtet werden musste. Das Feindbild über die Bundesrepublik wurde so auf die Rückkehrer und Zuziehenden übertragen.

Die von 1966 bis 1979 gültige „Instruktion zur Organisation der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer/ Zuziehenden“ vom 15. November 1965 beschrieb drei große Aufgabenkomplexe für alle Dienst-einheiten, welche sich mit Rückkehrern und Zuziehenden beschäftigten: *innere Abwehrarbeit*, *offensive Abwehrarbeit* sowie die *Aufklärungsarbeit*. Wobei die *Aufklärungsarbeit* Informationen auf politischem, militärischem, wissenschaftlich-technischem sowie personellem Gebiet in der Bundesrepublik und Westberlin sammeln sollte. Die *innere Abwehrarbeit* hatte ihren Beitrag zur Erhöhung der inneren Sicherheit der DDR beizutragen, dazu zählten die Aufspürung von Übersiedlern mit *feindlicher Grundeinstellung*, das Verhindern von Schleusungen von DDR-Bürgern und Anschlägen auf die Grenze sowie von Untergrundgruppen und Staatsverbrechern. Hierzu gehörte auch die ständige Kontrolle des Personenkreises der Übersiedler¹⁴⁶. Wohingegen die *offensive Abwehrarbeit* auf die *Aufdeckung* von Plänen, Absichten, Methoden der gegnerischen Geheimdienste zielte. Dazu zählte das MfS auch die Aufklärung der Dienststellen und Personen westlicher Geheimdienste. Die *Aufklärungsarbeit*¹⁴⁷ hatte Material über die Verhältnisse in der Bundesrepublik und Westberlin zu sammeln, um damit die *offensive Politik unserer Partei und Regierung*¹⁴⁸ zu unterstützen. Diese Komplexe wurden in allen schriftlichen Normen des MfS fortgeschrieben und waren die leitenden Maßregeln auf dem Gebiet der Arbeit mit den Rückkehrern und Zuziehenden.

Aufgabenverteilung

Analog zum Innenministerium (Abteilung Innere Angelegenheiten) war das MfS mit der Hauptabteilung (HA) VII oberste Entscheidungs- und Normen-gebungsinstanz auf dem Gebiet der Arbeit mit den Rückkehrern und Zu-

146 Besonders unter Kontrolle standen ehemalige Angehörige der Bundeswehr, des BGS, der Fremdenlegion, der westlichen Besatzungsmächte sowie von Polizei und Zoll der Bundesrepublik Deutschland. (Vgl. BStU Zentralarchiv, MfS-BdL/Dok. Nr. 003349, Blatt 9.)

147 Politische Aufklärung bedeutete die Informationssammlung über Parteien, Verbände, staatliche und gesellschaftliche Institutionen und Organisationen, die militärische sollte die Vorbereitung und Durchführung militärischer Handlungen aufdecken, die wissenschaftlich-technische zielte auf den Stand der Entwicklungen auf diesem Gebiet und die personelle hatte schließlich *Angaben über Bürger aus dem Operationsgebiet in verantwortlichen Positionen* zu beschaffen. (Vgl. ebenda.)

148 Ebenda, Blatt 11.

ziehenden. In enger Zusammenarbeit mit DVP und dem Mdl (Abt. Innere Angelegenheiten – IA) sollte die Sicherheit der DDR erhöht, das *Einschleusen* von Agenten verhindert und die Übersiedler abgeschöpft werden, des weiteren strebte das MfS nach einer propagandistischen Ausnutzung der Übersiedler zur *Entlarvung des Bonner militaristischen Staates*¹⁴⁹. Innerhalb der HA VII bestand eine besondere Arbeitsgruppe „Rückkehrer/Zuziehende“, welche sich mit der Organisierung der Arbeit auf diesem Gebiet und der Koordinierung der Zusammenarbeit der einzelnen Linien des MfS und des Mdl beschäftigte. Getreu dem demokratischen Zentralismus kontrollierte die HA VII die Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen (plus zugehöriger Heime) und setzte die Beschlüsse des MfS durch. Außerdem oblag dieser Ebene die Bearbeitung *außergewöhnlicher bzw. politisch-operativ wichtiger Vorkommnisse*¹⁵⁰ auf dem Gebiet der Übersiedlung. Ähnliche Aufgaben kamen den jeweiligen Bezirksverwaltungen zu. Auch den Kreisdienststellen wurden spezielle Aufgabenbereiche zugewiesen, dabei ging es um die Kontrolle eingewiesener Übersiedler, Ermittlungen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens (z. B. Identitätsprüfungen) sowie Sicherung der Aufnahmestellen und Heime.¹⁵¹ Die unterste, aber wichtigste Ebene bildete analog zur Arbeitsgruppe der VP die des MfS in den jeweiligen Heimen.

Oberster Dienstherr der Arbeitsgruppen der Staatssicherheit in den Aufnahmeheimen war der jeweilige Leiter der Abteilung VII in den Bezirksverwaltungen des MfS. Er hatte dabei auf die Einhaltung der Gesetze und Weisungen der DDR-Regierung zu achten und leitete die Arbeitsgruppenleiter in den Heimen politisch und fachlich an. Außerdem koordinierte er die Zusammenarbeit mit anderen Dienstabteilungen der BV und den Kreisdienststellen des MfS.¹⁵² Der ihm direkt unterstehende Arbeitsgruppenleiter im Aufnahmeheim hatte im Rahmen der sozialistischen Administrationsprinzipien und nach sowjetischem Vorbild die *ihm unterstellten Mitarbeiter bei der Lösung der politisch-operativen Aufgaben, besonders für die Durchsetzung einer exakten Filtriertätigkeit unter Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit*¹⁵³ anzuleiten und zu kontrollieren. Er musste dabei zur Erzielung bestmöglicher Arbeitsergebnisse bei der Überprüfung der Übersiedler die Zusammenarbeit der im Heim befindlichen staatlichen Organe (Kriminalpolizei, Zivilangestellte) gewährleisten, hinzu kam die Zusammenarbeit mit dem Heim- und Kulturleiter sowie der K bei der Wahrung von Ordnung und Sicherheit im

149 BStU Zentralarchiv, JHS MF Z.-Tgb.Nr. 688/64, Blatt 4.

150 Ebenda, Blatt 5.

151 Vgl. ebenda, Blatt 7.

152 Vgl. BStU, Außenstelle Magdeburg, BV Magdeburg, Nr. 526, Blatt 12.

153 Ebenda, Blatt 13.

Aufnahmeheim. Dabei oblag ihm die Kontrolle über den Einsatz Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit und Inoffizieller Mitarbeiter sowie die Pflicht, bei Verdachtsmomenten und der Einleitung Operativer Vorgänge die *zuständigen Dienstseinheiten des MfS* zu informieren. In der Arbeitsordnung hieß es, dass der Arbeitsgruppenleiter *persönlich mit den wichtigsten IM und perspektivvollen Rückkehrern und Zuziehenden arbeitete*.^{153a} Die interessantesten und in den Augen des MfS wichtigsten IM und „OP-Vorgänge“ hatte dieser zu bearbeiten. Ihm kam somit eine wichtige Funktion bei der Überwachung der Übersiedler zu. Darüber hinaus war der Arbeitsgruppenleiter für die Koordinierung der Zusammenarbeit mit den Kreisdienststellenleitern von Schönebeck und Burg¹⁵⁴ verantwortlich. Dabei ging es um den Einsatz von Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) und IM in den Betrieben, in denen Rückkehrer und Zuziehende während des Heimaufenthaltes arbeiteten¹⁵⁵. Auch hier unterlagen die Übersiedler einer ständigen staatlichen Kontrolle, um *feindliche Tätigkeiten* zu erkennen und zu verhindern.¹⁵⁶

Zur *politisch-operativen Tätigkeit* standen dem Arbeitsgruppenleiter sogenannte *operative Mitarbeiter* zur Verfügung. Ihnen kam es zu, die oben skizzierten Aufgaben zu erfüllen. Dabei wurden den Sachgebieten, in denen diese tätig waren, bestimmte Gebiete in der Bundesrepublik zugeordnet. Sie hatten folglich Übersiedler aus diesen Gebieten zu bearbeiten und sollten zu den entsprechenden Territorien die gewünschten Informationen sammeln. Über die relevanten Fragestellungen geben die *Befragungsprotokolle* Auskunft, von denen im Laufe der Kapitel noch die Rede sein wird. Dabei hatte der Stellvertreter des Arbeitsgruppenleiters die Bearbeitung von Hamburg, Bremen und Schleswig Holstein durchzuführen. Der Hauptsachbearbeiter führte diese Tätigkeit für Niedersachsen und Westberlin aus. Hinzu kamen noch drei weitere „Sachgebiete“, einmal für das *westliche Vorfeld* (grenznaher Raum – J. M.), für das Land Nordrhein-Westfalen und schließlich für die restlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland und das Saarland.¹⁵⁷ Ein weiteres Sachgebiet wertete die gesammelten

153aEbenda.

154 Im Kreis Burg (Loburg) befand sich das Bezirksheim für den Bezirk Magdeburg, dies wurde 1969 auch nach Barby verlegt, so dass ab da nur noch die Zusammenarbeit mit der KD Schönebeck in diesem Punkt notwendig war.

155 Jeder im Bezirksheim befindliche erwachsene Bewohner musste während seines Aufenthaltes für seinen Unterhalt durch Arbeit sorgen. In den Zentralen Aufnahmeheimen wurde dies unterschiedlich gehandhabt. In den 70er Jahren durften die Übersiedler während ihres Heimaufenthaltes das Gelände des ZAH nicht verlassen.

156 Vgl. ebenda, Blatt 14f.

157 In der Arbeitsordnung hieß es statt Saarland lediglich *Saar*, es kann aber davon ausgegangen werden, dass damit das kleinste Flächenland der Bundesrepublik gemeint war. (vgl. ebenda, Blatt 16.)

Materialien und Informationen aus, dabei ging es nicht nur um eine Erfassung und Registrierung der Materialien, sondern auch um deren Analysierung, damit dann, der Aufgabenstellung entsprechend, Schlüsse gezogen werden konnten (so Rückschleusung aus der DDR, Festnahmen bei Verstößen gegen die DDR-Strafgesetzgebung). Dabei sollten u. a. die *Feindmethoden* erforscht, aber auch Schwächen im Grenzsicherungssystem der DDR (durch Befragung von Rückkehrern, die zuvor die DDR illegal verlassen hatten) erkannt und in der weiteren *Abwehrarbeit* (sprich Verhinderung feindlicher Agenten) beseitigt werden. Ergaben sich im Rahmen der Ermittlungen und Befragungen *operativ interessante Hinweise* auf einzelne Personen, so wurden diese an die einzelnen Abteilungen des MfS weitergeleitet.¹⁵⁸ dass dazu zum Beispiel die Abteilungen II und XV gehörten, lässt darauf schließen, dass in den ZAH gewonnene Informationen dazu benutzt worden sind, in der Bundesrepublik Agenten einzusetzen. Dabei sollten die Personen, auf die man im Aufnahmeheim aufmerksam geworden war, *im Operationsgebiet eingesetzt oder durch ihre Verbindungen genutzt werden*.¹⁵⁹ In den MfS-Akten über das ZAH Barby befinden sich entsprechende Quittungen, die auf solche Vorgänge hindeuten.

Arbeitsablauf

Die Überprüfung der Übersiedler begann, wie bereits beschrieben, in der Quarantänestation, doch fand hier durch die Arbeitsgruppe der Staatssicherheit lediglich eine *Vorprüfung* statt. Dazu hatte ein Mitarbeiter (täglich wechselnd) eine erste *Grobeinschätzung* der neu eingetroffenen Personen vorzunehmen. Er traf auch die Entscheidung, wer zuerst durch das MfS *bearbeitet* wurde. Das betraf jene Übersiedler, *die eine bestimmte Perspektive* (entweder kriminelle Absichten, Eignung zum IM, wichtig für Gewinnung von Informationen über die Bundesrepublik, der Autor) zeigten. Um die Arbeit des MfS so effektiv wie möglich zu gestalten, nahm der diensthabende MfS-Mitarbeiter diesbezüglich Einfluss auf die Arbeit der Volkspolizei, um diese zu beschleunigen oder auf deren Exaktheit zu achten. Des weiteren beeinflusste das MfS die Zimmerbelegung, um, so die Arbeitsordnung, *die inoffizielle Kontrolle zu organisieren*¹⁶⁰, d. h. ergaben die erste Überprüfung und *Erstbefragung* Anhaltspunkte für weitere Untersuchungen, so begann bereits

158 Darunter an die Abteilungen II (Spionageabwehr, Aufklärung von Organisationen, die im Ausland gegen die DDR arbeiteten), XV (Aufklärung und Spionage) XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen) und XX (Staatsapparat, Parteien, Massenorganisationen). (Vgl. ebenda, Blatt 17.)

159 Ebenda.

160 Ebenda, Blatt 20.

hier die intensive Überprüfung des entsprechenden Übersiedlers, darüber hinaus diente der IM-Einsatz der allgemeinen Informationsgewinnung. Jeweils am Ende des Dienstes wurde dem Arbeitsgruppenleiter Bericht erstattet, der daraufhin weitere Anweisungen treffen konnte.¹⁶¹

Die Hauptprüfung der Übersiedler begann mit einem Auskunftersuchen an den Zentralen Speicher des MfS in Berlin (Abt. XII) und in den Bezirksverwaltungen (z. B. im Archiv, in der Registratur, der Aktenverwaltung), zudem wurden die Arbeitsbücher der im Heim befindlichen Arbeitsgruppe überprüft, ob Informationen über den eingereisten Bürger vorhanden waren. Außerdem kontrollierte das MfS (wie auch die Polizei), ob der jeweilige Übersiedler in der DDR oder der Bundesrepublik Deutschland zur Fahndung aufgrund eines kriminellen Vergehens ausgeschrieben war. Ergaben diese Auskünfte Hinweise auf die zu überprüfende Person, so forderte die Arbeitsgruppe die entsprechenden Unterlagen an und informierte die involvierten Dienst-einheiten des MfS, dabei wurde das weitere Vorgehen mit diesen abgestimmt. Neben den Befragungen der Übersiedler führte das MfS bei Rückkehrern Ermittlungen (wie auch die Polizei) im ehemaligen Wohngebiet durch, um weitere Informationen über diese zu erlangen und sie auch gegebenenfalls mit Widersprüchen zu konfrontieren. Ergaben sich bei überprüften Personen Hinweise auf mögliche feindliche Tätigkeiten oder begangene oder geplante kriminelle Vergehen, so konnten schon vom Heim aus Möglichkeiten geschaffen werden, um diese Übersiedler bei einer Einweisung unter *operativer Kontrolle* zu halten. Entsprechend jedoch ein Übersiedler nach der Einschätzung des jeweiligen Bearbeiters nicht den *Aufnahmeanforderungen*, so erfolgte in *kürzester Frist* die Rückschleusung in die Bundesrepublik.¹⁶²

Eines der wichtigsten Instrumente der MfS-Arbeitsgruppe waren die Befragungen der Rückkehrer und Zuziehenden, dabei hatte sie festgelegten *Befragungsprogrammen* zu folgen und die Erstbefragung spätestens nach drei Tagen durchzuführen. Um einen höchstmöglichen Nutzen der Befragungen, gemessen an den Aufgaben der Arbeitsgruppe, zu erreichen, hatten die Vernehmer folgende Punkte herauszuarbeiten:

- *Grund, Vorbereitung und Weg der Flucht* (bei Rückkehrern – J. M.);
- *Werdegang, Entwicklung in WD* (Westdeutschland – J. M.) *bzw. WB* (Westberlin – J. M.), *besonders welche Geheimdienste durchlaufen, kennen gelernt, welche Angaben gemacht, Personen getippt und charakterisiert usw.;*

161 Vgl. ebenda.

162 Vgl. ebenda, Blatt 21.

- welche Verbindungen zu Feinddienststellen unterhalten, mit welcher Dienststelle in Verbindung;
- welche Personen sind bekannt, die mit Feinddienststellen in Verbindung stehen bzw. bei wem besteht der Verdacht;
- welche hauptamtlichen Mitarbeiter der Feindzentralen sind bekannt, wo wohnhaft, welche charakterlichen Merkmale besitzt er;
- welche Angaben können über militärische, wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische oder politische Zentren und Institutionen gemacht werden;
- welche Angaben können über Marktabsichten der Konzerne, wissenschaftlich-technische Neuerungen und Erfindungen gemacht werden;
- welche Personen sind bekannt, die für die weitere Arbeit des MfS von Bedeutung sind;
- welche Personen, Spezialisten, Facharbeiter können in die DDR nachgezogen werden,
- welche Personen sind geeignet, Angaben zu machen, die pressemäßig, durch Funk oder bestimmte Foren ausgewertet werden können.¹⁶³

Die Befragungen¹⁶⁴ erfolgten im Rahmen der Bearbeitung des Aufnahmeverfahrens. Dabei hatte eine *umfassende Aufklärung* der entsprechenden Person zu erfolgen, dazu mussten vorhandene Widersprüche herausgearbeitet werden, um den Befragten damit zu konfrontieren. Ziel war es, mögliche *feindliche Tätigkeiten* gegen die DDR nachzuweisen. Den „Befragungsprogrammen“ lagen umfangreiche Erfahrungen der Vernehmer zugrunde, welche die bisherigen Befragungen standardisiert hatten, um einen *relativ einheitlichen Informationsfluß*¹⁶⁵ zu erreichen. Die *Befragungsprogramme* orientierten sich an bestimmten Schwerpunkten, an denen die DDR besonderes Interesse hatte. Dabei konnten je nach Aussagekraft des Übersiedlers auch mehrere Programme angewendet werden, falls dieser zu verschiedenen Bereichen Auskunft geben konnte. Die entsprechenden Erkenntnisse waren zu dokumentieren und an die Bezirksverwaltungen und das MfS in Berlin weiterzuleiten.¹⁶⁶ Das hier vorliegende Programm wurde 1969 in Bar-

163 Ebenda, Blatt 22.

164 Die *Befragungsprogramme* wurden in einem Katalog zusammengefasst, der für alle Zentralen Aufnahmeheime und Bezirksheime gültig war. Er wurde von der Berliner Hauptverwaltung VII/3 und der entsprechenden Abteilung der Bezirksverwaltung Magdeburg (vertreten durch die Arbeitsgruppe im Aufnahmeheim Barby) erarbeitet und galt in der hier behandelten Fassung ab dem 31. März 1969 und wurde 1976 überarbeitet. Der Vorläufer galt von 1959 bis 1969. (vgl. BStU, Außenstelle Magdeburg, BV Magdeburg/ Abt. VII, Nr. 527, Blatt 3ff.)

165 Ebenda, Blatt 7.

166 Vgl. ebenda, Blatt 7f.

by erstellt und galt auch für die anderen Aufnahmeheime, bereits des Vorgängerprogramm erstellten zehn Jahre zuvor die Mitarbeiter des MfS im ZAH Barby.

Den Vernehmern standen 29 vorgefertigte *Befragungsprogramme* zur Verfügung, wobei es im Ermessen des MfS-Mitarbeiters stand, ob er alle Fragen anwendete. Sechs Programme richteten sich an den Erkenntnisdrang über bestimmte Personen, wobei dies nicht nur den Rückkehrer oder Zuziehende betraf, sondern auch Menschen, die noch in der Bundesrepublik lebten oder DDR-Bürger. So versuchte die DDR herauszufinden, wo Lücken in ihrem Grenzsicherungssystem bestanden, in dem sie die Rückkehrer intensiv befragte, die das Land nach dem Mauerbau illegal verlassen hatten. Denjenigen Rückkehrern, die in der DDR zuvor bei der DVP, dem Zoll oder der Zivilverteidigung gearbeitet hatten, galt ein weiteres *Befragungsprogramm* um herauszufinden, ob Einzelheiten des Dienstes in den Sicherheitsorganen an westliche Geheimdienste verraten worden waren. Im Gegensatz dazu, hofften die Sicherheitsorgane aber auch, dass Übersiedler Einzelheiten aus ihrem Dienst in der Bundeswehr verrieten. An solchen Überläufern war die DDR immer besonders interessiert, ebenso an Informationen über die *imperialistischen Geheimdienste*. Drei weitere *Befragungsprogramme* zielten auf dieses Themengebiet. Neben den Geheimdiensten interessierten auch die Notaufnahmelager¹⁶⁷ in der Bundesrepublik und die Befragungsstellen. Zwei weitere Themenkomplexe befassten sich mit militärischen¹⁶⁸ und ökonomischen Objekten¹⁶⁹ in der Bundesrepublik. Ebenso sollten Informationen über staatliche und politische Objekte und Institutionen (damit waren jegliche Behör-

167 In den Notaufnahmelagern wurden DDR-Bürger untergebracht, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelten, dort wurde ihre Aufnahme in die Bundesrepublik vorbereitet. Dabei kam es auch zu Befragungen durch den Bundesnachrichtendienst. Auch nach der Einweisung in Wohnraum konnten solche durch *Befragungsstellen* durchgeführt werden. Die DDR interessierte besonders, welche Informationen eventuell weitergegeben wurden, aber auch, wie die entsprechenden Einrichtungen arbeiteten, welche Personen dort arbeiteten, welche Fragen gestellt wurden.

168 Zu den militärischen Objekten zählten zum Beispiel Flugplätze und Raketenbasen. Darüber hinaus wurden auch Fragen nach Art und Umfang der Bewaffnung und Ausrüstung, nach Umfang der Ausbildung, Truppenstärke, Lage wichtiger Objekte, ranghohen Mitarbeitern, Bewachung, Militärischen Abschirmdienst etc. gestellt. (vgl. ebenda, Blatt 72ff.)

169 Zu den ökonomischen Objekten zählten u. a. rüstungswichtige Betriebe, Zentren der *Forschung, Entwicklung und Produktion von Atomwaffen*, darüber hinaus jedwede Einzelheit über den Betrieb, in dem der Übersiedler zuvor gearbeitet hatte oder über den er sonstige Informationen besaß. Außerdem stellte die Staatssicherheit Fragen zur politischen Einstellung der Arbeiter im Betrieb, zur Arbeit der (verbotenen) KPD. Von Interesse waren auch Erkenntnisse, ob die Betriebe beabsichtigten, mit den sozialistischen Ländern in Kontakt zu treten oder ob das Unternehmen gar *volkswirtschaftliche Ergebnisse* dieser Länder nutzte (sprich Industriespionage). Dabei versuchte die DDR scheinbar auch, einen Informationsvorsprung für mögliche Verhandlungen mit westlichen Unternehmen zu erlangen. (vgl. ebenda, Blatt 92ff.)

den der Bundesrepublik gemeint, aber auch Parteien, Vereine etc.) gesammelt werden. Besonderes Augenmerk lag dabei auf Einrichtungen und Organisationen, die der DDR *feindlich oder negativ* gegenüberstanden. Dazu zählte das MfS:

- Stiftung „Ärzte helfen Ärzten“
- Hartmann-Bund
- Deutsche Kinemathek sowie „Freunde der Deutschen Kinemathek e. V.“
- Institut für Filmkunde
- Freier Deutscher Autorenverband
- Spitzenorganisation der Filmwirtschaft
- Deutsches PEN-Zentrum
- Ausbildungsstätten künstlerischen Nachwuchses für Theater, Film und Fernsehen
- Mitarbeiter in Verlagen und Redaktionen kultureller Zeitschriften und Buchverlage, die Interesse am Verleg von DDR-Autoren haben könnten
- Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehanstalten
- Deutscher Sportbund, Institut für Sportwissenschaft Köln, NOK, Institut für Leistungsmedizin, BMI/ Abt. Sport
- Kirchliches Außenamt der Evangelischen Kirche, CVJM, Evangelische Akademikerschaft, Evangeliums Rundfunk, „Gustav-Adolf-Werk“, Christlicher Missionsbund, Zeugen Jehovas, etc.
- *Exil-CDU und Ostbüro der CDU*
- „Gesamtdeutsche Arbeit“ der FDP beim Parteivorstand
- Otto-Benecke-Stiftung
- Jugendorganisationen
- *linksextremistische und pro-maoistische Studenten- und Emigrantenorganisationen*
- *Ost- und DDR-Forschungseinrichtungen* der Universitäten Erlangen, Gießen, München, Hamburg und Berlin.¹⁷⁰ Hinzu kamen Organisationen sogenannter Landsmannschaften sowie das „Kuratorium unteilbares Deutschland.“

Des weiteren versuchte die DDR, alle möglichen Hinweise über die Arbeit von Polizei und Strafvollzug in der Bundesrepublik zu sammeln, außerdem

¹⁷⁰ Ebenda, Blatt 115ff.

über infrastrukturelle Einrichtungen wie Straßen- und Schienennetz, Organisation des Personennah- und Fernverkehrs etc. Abgerundet wird der Katalog durch Komplexe, die sich mit der Sicherung der *Staatsgrenze der DDR* und militärischer sowie ökonomischer Objekte in der DDR befassten.¹⁷¹ Aus den Befragungen zog das MfS Rückschlüsse zur Organisierung der *Abwehrarbeit*, sprich der Verhinderung „feindlicher Tätigkeit“ durch die Bundesrepublik oder anderer westlicher Staaten. Da die Befragungen in den Augen des Staatssicherheitsdienstes nicht ausreichten, um solch eine komplexe Aufgabe zu lösen, setzte dieser noch weitere Methoden zur *Abwehrarbeit* wie den Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter ein. Daneben diente dies auch dazu, ein genaueres Bild von den Übersiedlern zu gewinnen, damit diese, wenn sie den gesellschaftlichen Normen der DDR nicht genügten, gar nicht erst in den „Arbeiter- und Bauernstaat“ aufgenommen wurden. Politische und persönliche *Aufklärung* gingen so Hand in Hand. Neben der *Abwehrarbeit* stand gleichwertig die *Aufklärungstätigkeit*, wie anhand der militärischen Befragungsprogramme beispielhaft verdeutlicht werden soll. Dabei richtete sich ein Programm speziell an Deserteure, sprich ehemalige Bundeswehrangehörige, ein weiteres diente zur Befragung all jener, die Kenntnisse von militärischen Angelegenheiten der Bundeswehr oder anderer westlicher Armeen hatten (z. B. Mitarbeiter in Rüstungsfirmen oder in den Standorten der Bundeswehr). Dabei erwartete die Staatssicherheit von den Soldaten umfangreiche Aussagen über den persönlichen und militärischen Werdegang, wie Truppenteil, Dienstgrade, Auszeichnungen, Spezialausbildungen, Teilnahme an Manövern und Übungen. Wichtiger waren aber sicherlich die Komplexe: Organisationsfragen (Lage, Ausstattung der Dienstseinheiten und Übungsplätze, Lagerung der Ausrüstung etc.), Ausbildung (Grundausbildung, Wachen, Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Truppendiensten, Gefechtsausbildung, Herstellung der Gefechtsbereitschaft, Alarmfälle und selbst das Essen in den Unterkünften) und *materiell-technische Sicherstellung der Militärangehörigen* (wie Bezahlung, Versorgung der Angehörigen und auch die *Zeitdauer für das Tragen von Uniform, Schuhwerk*).¹⁷² Diese eher persönlichen Fragen über das „Soldatenleben“ wurden ergänzt durch das Befragungsprogramm zu *militärischen Objekten im Operationsgebiet*. Neben Lage und Ausstattung, Grundrissen, Versorgungsleitungen sollte auch die Bewachung der Objekte (z. B. Kasernen) ergründet werden. Hinzu kamen Fragen zur Belegung und Bewaffnung bzw. Ausrüstung der einzelnen Objekte (unterteilt z. B. nach Waffengattungen, Fahrzeugarten). Von Interesse waren natürlich auch Angaben zur Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)

¹⁷¹ Vgl. ebenda, Blatt 122ff.

¹⁷² Vgl. ebenda, Blatt 40ff.

innerhalb und außerhalb der verschiedenen Bundeswehreinrichtungen, sowie zu den Führungsdienstgraden. Auch oder gerade im Zeichen der Ost-West-Konfrontation stand als Ergänzung dazu ein Befragungskomplex zu *Raketenbasen und Raketeinheiten* in der Bundesrepublik, natürlich wieder mit den Fragen nach Ort, Ausstattung, Waffenart, Einsatzplänen, dabei war dem MfS wichtig: *maßstabgerechte Skizzen, Fotos, ... Originallagepläne, Angaben über Abschuß-, Feuerleit- und Unterkunftsbereiche* zu erhalten.¹⁷³ Insgesamt zielten die Fragen darauf, bis in die kleinsten Details die einzelnen militärischen Bereiche *aufzuklären* und für die eigene Landesverteidigung (und den Warschauer Pakt) Schlüsse zu ziehen.¹⁷⁴

Bei den Befragungen hatten die Mitarbeiter des MfS sich zuvor eine Taktik zurechtzulegen, diese beruhte auf einer intensiven inhaltlichen Vorarbeit. Ganz besonders achteten die Vernehmer auf die psychologischen Aspekte einer Befragung. Angeraten wurde der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zu dem *Beschuldigten*, dieses Vertrauen fördere die Aussagebereitschaft, so Meier/Pönitz 1968 in einer Diplomarbeit an der JHS Potsdam über die *spezifischen Aspekte der Vernehmung*. Psychologische Kenntnisse, Menschenkenntnis, Lebenserfahrung und Einfühlungsvermögen der Vernehmer steigerten die Chancen einer psychologischen und erzieherischen Beeinflussung des Befragten. Stets sollten Sachlichkeit, Ruhe und Objektivität gewahrt werden. Meier/Pönitz: *Jegliches Aufbrausen und Anschreien der Beschuldigten ist deshalb grundsätzlich zu vermeiden*.¹⁷⁵ Und fast zum Hohn all jener, die andere Erfahrungen mit der Staatssicherheit machen mussten, hieß es weiter, dass man so nicht das Bild (*angeblich vorherrschende, unmenschliche, unkorrekte, durch Anwendung psychologischen und physischen Druckes gekennzeichnete Arbeitsweise*¹⁷⁶) des MfS in der Bundesrepublik bestätigen wollte. Gegebenenfalls sollten Vergünstigungen die Aussagebereitschaft fördern. Falls es dennoch zu einer Verweigerung des Befragten kam, hatte der Vernehmer die Gründe¹⁷⁷ aufzudecken und einzugreifen. Als Varianten zur „Lockerung der Zunge“ setzte das MfS u. a. auf die psychologische Schiene, so hätten die Vernehmer die *politisch-moralische Verwerflichkeit* des Befragten aufzuzeigen, verbunden mit dem Hinweis, man könne

173 Ebenda, Blatt 83.

174 Vgl. ebenda, Blatt 72ff.

175 BStU Zentralarchiv, JHS MF VVS 93/68, Blatt 41.

176 Ebenda.

177 Als Gründe für die Verweigerung der Aussage benannten Pönitz/Meier: Angst vor strafrechtlicher Verantwortung, Furcht vor Repressalien westlicher Geheimdienste und Rückweisung in die Bundesrepublik, Instruktionen vom *Gegner*, die Annahme, das MfS habe keine Beweise, *feindliche Grundeinstellung oder Schuldgefühle* gegenüber der Bundesrepublik oder der DDR. (Vgl. ebenda, Blatt 44.)

Fehler wieder gutmachen oder der Möglichkeit einer Strafaussetzung. Und selbst wenn keine Beweise gegen den Befragten vorlagen, durfte man sich das nicht anmerken lassen, da z. T. durch „Vortäuschen“ von (*korrekte als auch unkorrekt gehaltene Andeutungen*¹⁷⁸) Tatsachen Sachverhalte zum Vorschein kämen. Fast schon illusorisch setzte das MfS darauf, dass der Rückkehrer oder Zuziehende die *Perspektivlosigkeit und den gesetzmäßigen Niedergang des in Westdeutschland bestehenden staatsmonopolistischen Herrschaftssystems*¹⁷⁹ erkennen und so mit der Staatssicherheit zusammenarbeiten würde. Doch dürfe man sich darauf nicht verlassen, so Pönitz/Meier, denn *alle Lebensbereiche* seien in der Bundesrepublik durch *antikommunistische Propaganda seitens der Zentren der politisch-ideologischen Diversion*¹⁸⁰ durchdrungen und man müsse vor allem bei Rückkehrern prüfen, inwieweit sich die *kapitalistischen Lebensverhältnisse* auf den Befragten ausgewirkt hätten, denn die politischen, ideologischen, ökonomischen und militärischen Verhältnisse beeinflussten jeden Menschen anders. Um dies festzustellen, sollten sich die Vernehmer ein möglichst exaktes *Persönlichkeitsbild* des Übersiedlers machen. Dies, so Meier/Pönitz, könne auch einen Beitrag zur Zerschlagung von Legenden dienen.¹⁸¹ Dabei wurde der Befragte *mehrfach mit gleicher Zielstellung in verschiedenen Abständen zu bestimmten Umständen und Details vernommen, dabei (war) jeweils eine anderslautende Fragestellung in Anwendung zu bringen*.¹⁸² Diese Tatsache haben auch mehrere Übersiedler bestätigt (siehe Kapitel 5 und 6). Alles in allem hatten die Befragungen nie schematisch, sondern immer an den einzelnen Übersiedler orientiert zu erfolgen, wobei jedoch die Ziele identisch waren (siehe Aufgaben). Zur Vorbereitung und Durchführung der Bearbeitung der Rückkehrer und Zuziehenden nutzte die Arbeitsgruppe die umfangreichen Dienste der einzelnen Linien des MfS und, wie es hieß, *alle tschechischen Mittel und Methoden*, also auch Inoffizielle Mitarbeiter.

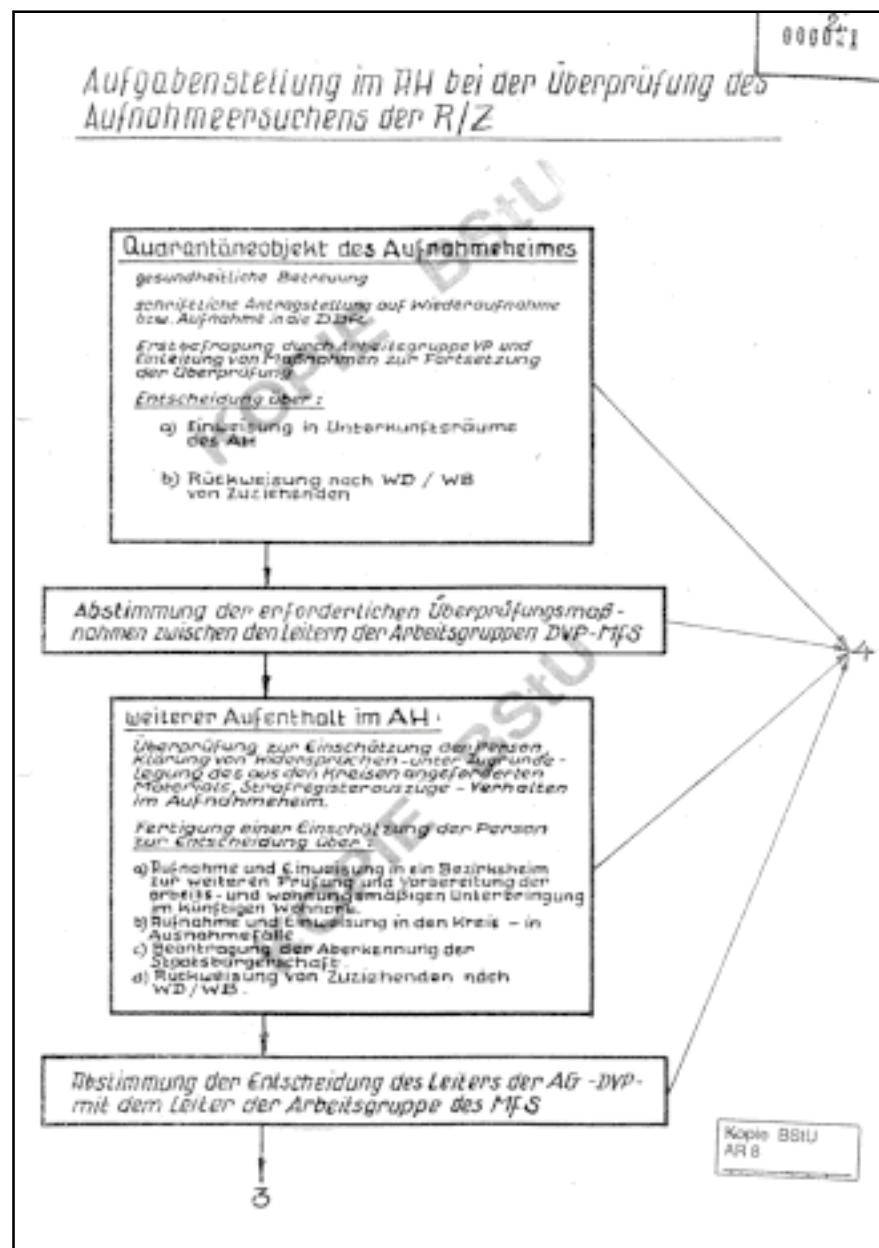
178 Ebenda, Blatt 48.

179 Ebenda, Blatt 47.

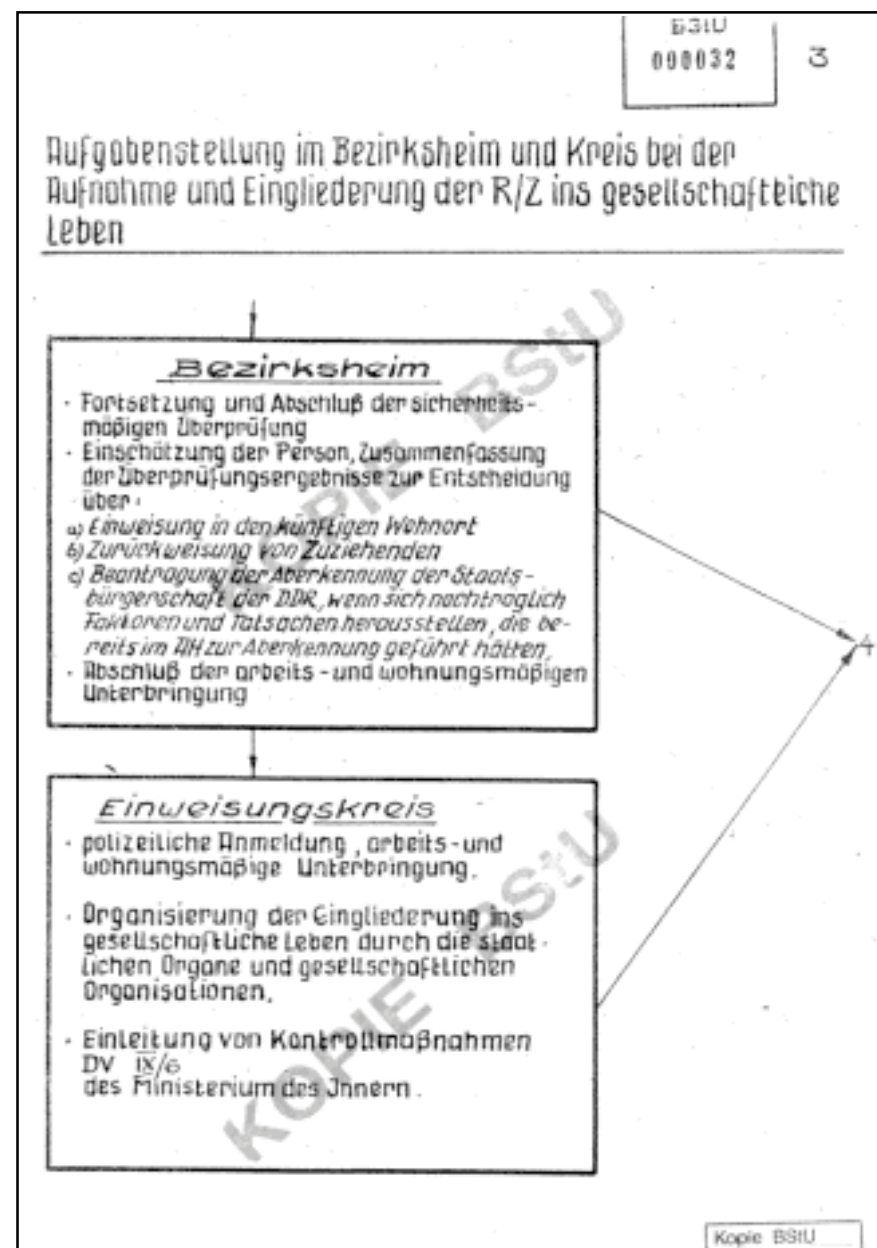
180 Ebenda, Blatt 43.

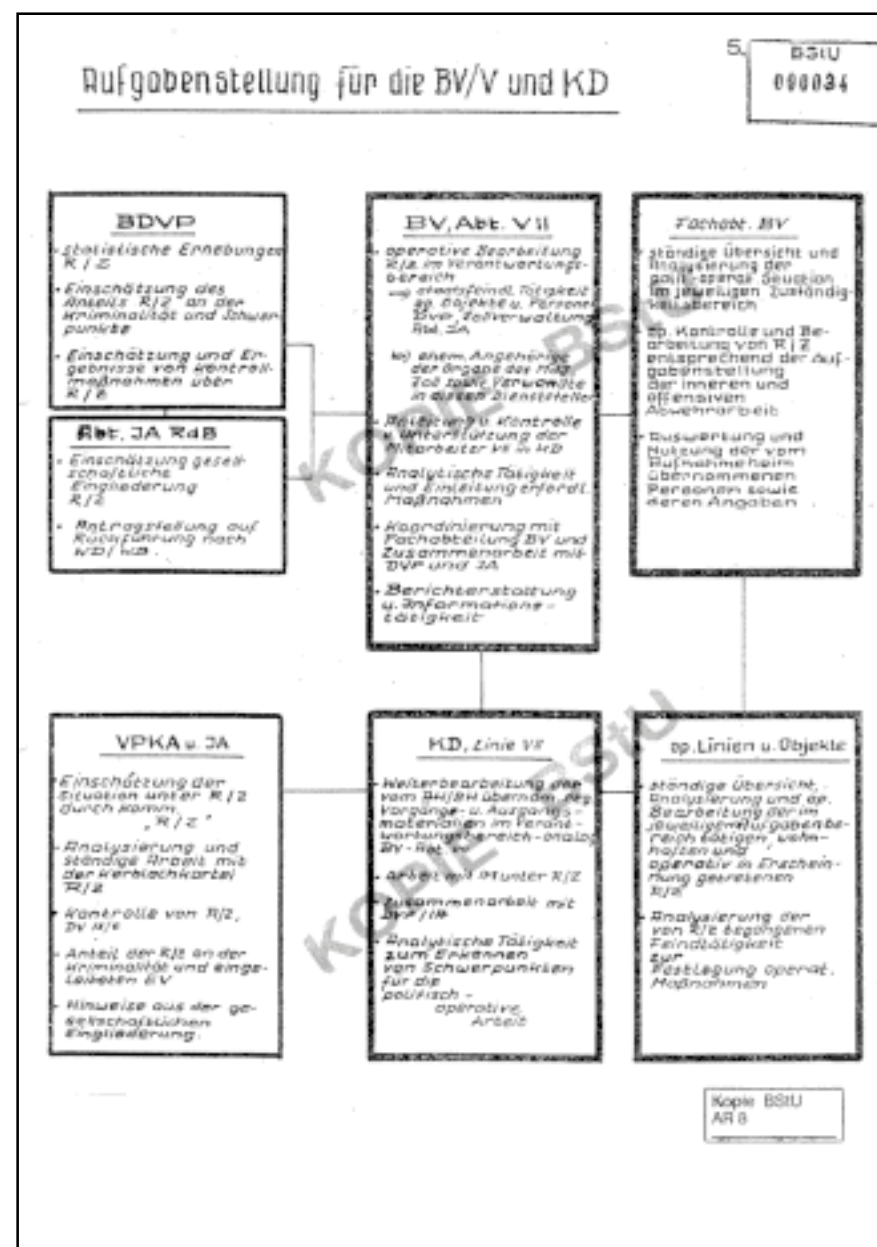
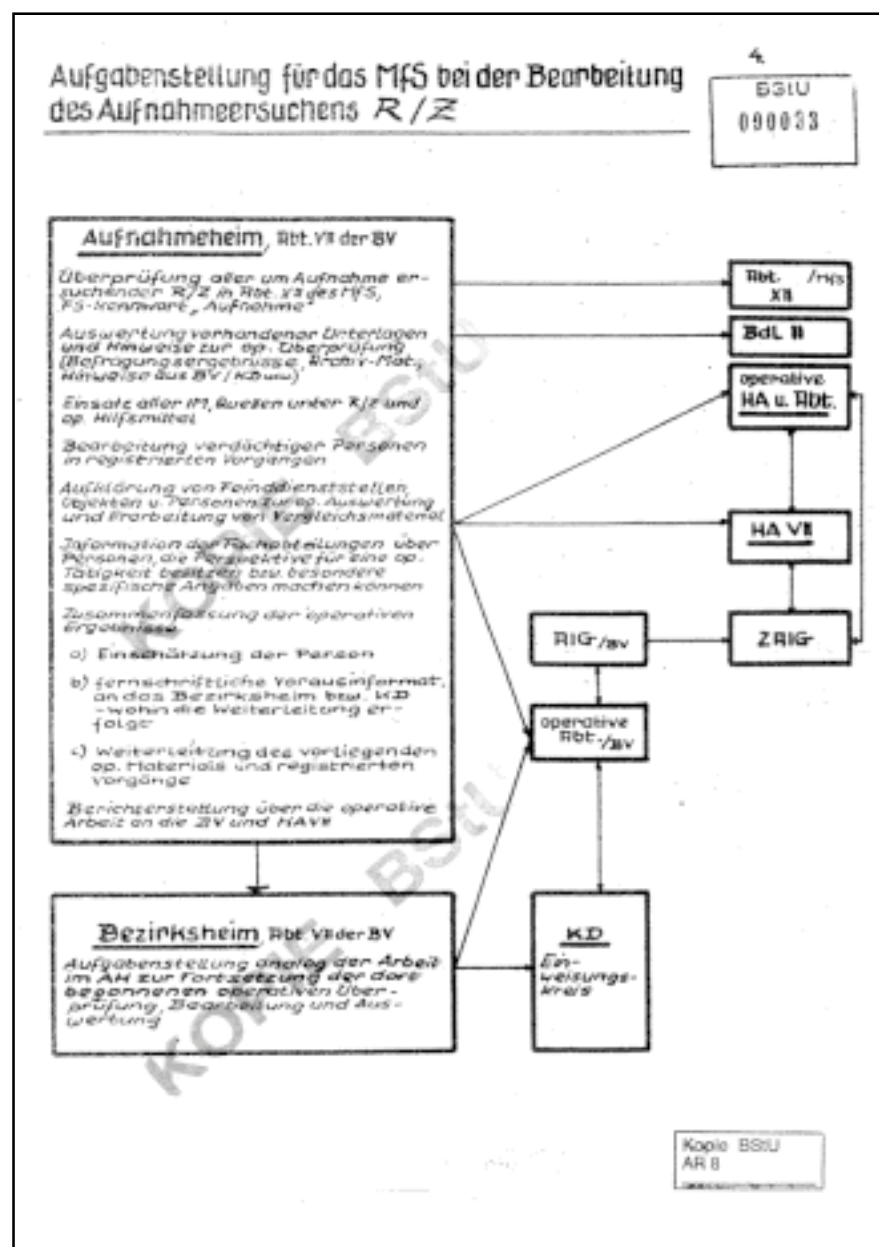
181 Vgl. ebenda, Blatt 40ff.

182 Ebenda, Blatt 51.



Dokument 8: BStU, ZA, MFS-BdL, Nr. 003349, Blatt 31ff.





4.2.2. Abwehr- und Aufklärungsarbeit und der Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter

Eine Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit war es, wie schon beschrieben, das Eindringen *feindlicher Agenturen* oder das Wirken solcher in die DDR zu verhindern. Das Feindbild der DDR über die Bundesrepublik ging von einem aggressiven Gegenüber aus, welches stets darauf bedacht war, die DDR zu vernichten. Die Sicherheitsorgane sahen die Aufnahmeheime als einen möglichen Einfallsort feindlich gesinnter Unternehmungen und setzten so in den Heimen eine intensive Abwehrarbeit an. Dabei sollte dies auch, wie es die Arbeitsordnung der ZAH vorsah, *mittels zielstrebigter und kluger inoffizieller Maßnahmen* ¹⁸³ erfolgen, was den Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter in den Heimen und die Gewinnung solcher auch für eine Tätigkeit nach der Einweisung in die DDR bedeutete. Es wurden u. a. jene Rückkehrer und Zuziehenden als *Vorlauf-IM* erfasst und registriert, die *im Aufnahmeheim und nach der Einweisung am Wohnort an feindlich verdächtige Personen angesetzt* ¹⁸⁴ werden konnten.

Die MfS-Mitarbeiter wählten die IM-Kandidaten bereits in der Quarantäne-Station aus, ohne natürlich die avisierten Personen davon in Kenntnis zu setzen. Dabei hatte jeder Mitarbeiter der Arbeitsgruppe mit 4-6 IM(-Kandidaten) zu arbeiten. Zuvor mussten umfangreiche Vorarbeiten getroffen werden, um ein genaues Bild vom Kandidaten zu gewinnen. Dazu gehörte die obligatorische Untersuchung in den Zentralen Speichern und den jeweiligen Karteien und Archiven, ein Strafregistrauszug, die intensive Befragung des Übersiedlers, aber auch der Einsatz bereits vorhandener IM im Heim (unter den Angestellten oder unter den anderen Übersiedlern), um den Kandidaten besser einschätzen zu können. Die gewonnenen IM oder IM-Vorläufe wurden, wenn sie im ZAH nicht mehr gebraucht wurden, in die jeweiligen Bezirksheime zur weiteren Verwendung eingewiesen, falls durch Dienstseinheiten des MfS andere Interessen bestanden, konnte davon auch abgesehen werden. Die Staatssicherheit war dabei bestrebt, vor allem solche Übersiedler zu gewinnen, die folgende Möglichkeiten bieten:

- *Möglichkeiten des Eindringens in die feindliche Konspiration;*
- *Möglichkeiten des Einsatzes zur Bearbeitung von Schwerpunkten;*
- *Möglichkeiten zur Bearbeitung laufender Vorgänge, Vorläufe und Anfangsmaterialien auf Bezirksebene, besonders in der Richtung Spionage und Untergrundtätigkeit;*

¹⁸³ BStU, Außenstelle Magdeburg, BV Magdeburg, Nr. 526, Blatt 23.

¹⁸⁴ Ebenda.

- *Möglichkeiten der Bearbeitung der negativ und feindlich eingestellten Kreise unter der Jugend;*
- *Möglichkeiten des Einsatzes in Konzentrationen und dem Feind nahestehenden Personenkreisen;*
- *an militärischen Objekten, Schwerpunkten der Volkswirtschaft, wesentlicher Objekte, Verbindungswege West-West (Westberlin-Bundesrepublik Deutschland – J. M.);*
- *Möglichkeiten der Bearbeitung verdächtiger Personen im Aufnahmeheim Barby selbst, dem Bezirksheim Loburg¹⁸⁵ und den zeitweiligen Arbeitsstellen der Rückkehrer und Zuziehenden während ihres Heimaufenthaltes¹⁸⁶ zu haben.*

Die Gewinnung von Inoffiziellen Mitarbeitern zielte folglich nicht nur auf die Zeit nach der Einweisung in die DDR, sondern bereits schon auf die Bspitzelung im Heim selbst, denn die Abwehrarbeit begann aus bereits beschriebenen Gründen hier. Der Einsatz der IM richtete sich *auf die Suche und Liquidierung des wirklichen Feindes*, wobei die IM auf strikte Konspiration eingeschworen wurden. Wie Quittungen beweisen, wurde die Erfüllung der in die IM gesetzten Erwartungen mit finanziellen und materiellen Zuwendungen belohnt. Die IM wurden im Heim auf, in den Augen der Sicherheitsorgane, verdächtige Personen angesetzt. Dabei wurden diese bereits in solche Zimmer gelegt, *wo IM liegen, damit eine relativ schnelle Kontaktaufnahme gewährleistet* ¹⁸⁷ war. Der IM war auf die verdächtige Person vorzubereiten, bevor diese in den Hauptteil des Heimes verlegt wurde. Ihm wurde mitgeteilt, zu welchem Themenbereich er Informationen über den Verdächtigten zu sammeln hatte. ¹⁸⁸ Hier orientierte sich die Staatssicherheit auch am Strafgesetzbuch (StGB) der DDR, um die vermeintlichen Vergehen einstufen zu können. Neben allgemeiner krimineller Vergehen richtete sich die Tätigkeit der Sicherheitsorgane auf: Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Hochverrat, Spionage, Nachrichtensammlung, landesverräterischen Treubruch, staatsfeindliche Verbindungen, Terror, Diversion, Sabotage, staatsfeindlichen Menschenhandel, staatsfeindliche Hetze und Gruppenbildung, Gefährdung der internationalen Beziehungen, ungesetzlichen Grenzübertritt, Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung und Militärstraftaten. ¹⁸⁹ Wobei die einzelnen Kategorien einen Definitions-

¹⁸⁵ Ab 1969 ebenfalls in Barby.

¹⁸⁶ Ebenda, Blatt 24f.

¹⁸⁷ Ebenda, Blatt 31.

¹⁸⁸ Vgl. ebenda.

¹⁸⁹ Ebenda, Blatt 7.

spielraum besaßen, so dass viele „Vergehen“ dort einsortiert werden konnten.

Neben dem Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter zur Überprüfung der verdächtigten Personen und der Recherche in den Karteien und Archiven des MfS, der BV und KD im Heimatort des Rückkehrers und durch die Volkspolizei unterzog man den Übersiedler einer *intensiven, etappenweisen Befragung* durch Mitarbeiter der Arbeitsgruppe der Staatssicherheit. Die gewonnenen Angaben des Verdächtigten und der inoffiziellen Quellen unterzog die Staatssicherheit einer ständigen Überprüfung, um so schnell wie möglich festzustellen, ob der Verdacht gerechtfertigt war. Denn die Staatssicherheit war bestrebt, noch während des Heimaufenthaltes die verdächtige Person zu *entlarven*. Zur Bearbeitung des entsprechenden Falles wandte die Staatssicherheit alle *operativen Möglichkeiten* (wie Überwachung Post, IM-Einsatz, kriminaltechnische Untersuchungen etc., – J. M.) *unter Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit und Rechtspflegebeschlüsse* ¹⁹⁰ an, wobei es in der Arbeitsordnung für die Aufnahmeheime hieß, dass *ständig nach neuen Methoden* zur Überprüfung zu suchen sei. Dabei arbeitete die Arbeitsgruppe im ZAH auch mit weiteren Dienstseinheiten des MfS, der Bezirksverwaltung Magdeburg sowie der anderen Bezirke und Kreisdienststellen, aber auch mit der VP, der Abt. Inneres und der Heimleitung zusammen. ¹⁹¹ Regelmäßig führte die Arbeitsgruppe der Staatssicherheit Beratungen mit dem Arbeitsgruppenleiter der VP sowie mit diesem und dem Heimleiter durch, um die Arbeit im Heim besser zu organisieren und über Rückschleusungen zu beraten. Darüber hinaus nahm die Stasi Einfluss auf die Befragungen der Übersiedler durch die Kriminalpolizei, auf die Zimmereinweisung und die Einschätzung der eingereisten Personen durch die Organe der Volkspolizei, um die *Wahrnehmung der Interessen des MfS* zu gewährleisten. Die Staatssicherheit fühlte sich stets veranlasst, der Heimleitung und der Volkspolizei Hinweise zu geben, damit diese ihre Tätigkeit in den Augen und im Interesse der Stasi verbesserten. ¹⁹² Die Staatssicherheit zeigte sich oft für gute Zusammenarbeit materiell und finanziell erkenntlich, so wurden z. B. die Küchenfrauen im ZAH Barby mit Kaffee für *Hinweise über Heimbewohner und Heimangestellte* belohnt. ¹⁹³ (Dok. 10)

Einen besonderen Schwerpunkt bildete der Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern in der Bundesrepublik, wobei es sich dabei um Bürger der Bundes-

¹⁹⁰ Ebenda, Blatt 31.

¹⁹¹ Vgl. ebenda, Blatt 33.

¹⁹² Vgl. ebenda, Blatt 33f.

¹⁹³ BStU, Außenstelle Magdeburg, BV Magdeburg, Objektvorgang 1800/60, Nr. 648/7, Blatt 232.

republik oder DDR-Bürger handeln konnte. Der Einsatz eines IM schien dem MfS dann notwendig, wenn die Motive der Übersiedlung unklar waren, ebenso die Arbeits- und Familienverhältnisse, berufliche und politische Laufbahn, aber auch, ob der Übersiedler Straftaten gegangen hatte. Dabei sollten u. a. Namen, Adressen, Fahrzeugnummern überprüft oder ermittelt werden. Dies diente der Abwehrarbeit, d. h. dem Herausfiltrieren von vermeintlichen Spionen oder sonstigen, nicht den Anforderungen entsprechenden Übersiedlern. Dem IM waren dabei alle notwendigen Informationen für seinen Einsatz im „Operationsgebiet“ (Stasi-Jargon für Bundesrepublik), welche im Rahmen des Aufnahmeprozesses gesammelt wurden, bereitzustellen, damit eine kurze und erfolgreiche Durchführung des Auftrages erfolgen konnte. Der jeweilige Auftrag sowie die Legendierung (sprich Geschichte des IM, damit er glaubwürdig erschien) übermittelte die Staatssicherheit per Funk in die Bundesrepublik. An solche IM stellte das MfS höchste Anforderungen, er hatte allseitig geschult und qualifiziert zu sein, wobei nach IM aus der Bundesrepublik und der DDR unterschieden wurde, galten doch für beide unterschiedliche Ausgangslagen. Wobei der Einsatz von Bundesbürgern als besonders günstig erschien, weil jene *mit dem kapitalistischen Regime aufs engste vertraut* ¹⁹⁴ waren. Sie besaßen eine echte berufliche Stellung, die überprüfbar war, kannten, so das MfS, die Mentalitäten und Eigenheiten der dortigen Bewohner und waren über die Tätigkeit von Verwaltungen, das *Geschäftsgebahren*, rechtliche Bestimmungen, Traditionen und Gewohnheiten bestens informiert. Besonders kamen für diese Arbeit Vertreter von Meinungsforschungsinstituten, Angestellte im Außendienst, von Kreditinstituten und Versicherungsanstalten infrage, da sie ohne Alibi auf andere Menschen zugehen und unter diesem Deckmantel die notwendigen Ermittlungen führen konnten. Insgesamt also gute Voraussetzungen für *vielseitige Ermittlungen* im Auftrage des MfS zur Überprüfung von Übersiedlern. Als Problem sah man allerdings, dass der jeweilige IM einer ständigen *ideologischen Beeinflussung* ausgesetzt war und so einer besonderen ideologischen *Stärkung* durch MfS-Mitarbeiter bedurfte. ¹⁹⁵

Der Einsatz von IM aus der DDR in der Bundesrepublik schien in den Augen der Staatssicherheit riskanter, so zumindest die hier ausgewertete Fachschulabschlussarbeit an der JHS Potsdam von 1975 (Autor: Dieter Degenhardt, HA VII/Abt. 3). Nur, wenn kein Kontakt zu staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen aufgenommen werden musste, bestände eine nur geringe Gefahr der Dekonspiration des IM. Besonders schwierig galt der Einsatz eines „DDR-IM“, wenn nur geringe Zeit der Vorbereitung blieb oder die Aus-

¹⁹⁴ BStU Zentralarchiv, JHS MF GVS 125/75, Blatt 21.

¹⁹⁵ Vgl. ebenda, Blatt 21f.

gangsinformationen lückenhaft waren. Der IM hatte sich durch besondere Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit auszuzeichnen. Besonders notwendig war auch, dass er sofort abkömmlich war, d. h. er musste an solchen Stellen arbeiten, an denen sein Fehlen/Verreisen nicht auffiel. dass er das Feindbild von der Bundesrepublik in sich aufgenommen haben musste, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Seine Ermittlungen führte der IM in der Regel durch direktes Ansprechen der jeweiligen Familienangehörigen des zu überprüfenden Übersiedlers durch. Dabei gab er sich als Bekannter des Übersiedlers aus Militär- oder Studienzeit aus oder als Gläubiger, Arbeitskollege, Liebesverhältnis, dadurch konnte sofort eine *gute Beziehung* zu den Befragten hergestellt und zahlreiche Informationen abgeschöpft werden. Die Staatssicherheit stattete ihn wiederum mit dem notwendigen Vorwissen aus, um diese *persönlichen Verhältnisse* herzustellen, der IM nutzte dabei das persönliche Verhältnis zwischen Befragten und Übersiedler zur Informationsgewinnung aus, dabei setzte das MfS auch auf Hass, Spannungen oder Sympathien zwischen diesen Personen.

Im Vergleich zwischen IM aus der DDR und aus der Bundesrepublik Deutschland kehrten sich die Vor- und Nachteile um. Der DDR-IM konnte intensiv ideologisch beeinflusst und logistisch vorbereitet werden. Allerdings verfügte er nicht über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ideologischen, politischen und räumlichen Vorkenntnisse wie sein bundesdeutscher „Kollege“.¹⁹⁶ Insgesamt erschien dem MfS jedoch diese Form der inoffiziellen Überprüfung als schwierig, *da die dafür erforderliche inoffizielle Basis nicht ausreichend*¹⁹⁷ war. Daher war das MfS stets bemüht, diese Basis zu erweitern und nutzte dabei auch Übersiedler, welche mit speziellen Aufträgen zurückgeschickt wurden.¹⁹⁸ In den Augen des MfS war der Einsatz von IM aber höchst wichtig und gerechtfertigt, konnten doch allein im Jahre 1974 in Barby zehn Übersiedler (was 2,2 Prozent aller männlichen Übersiedler entsprach) als *Spione* festgenommen werden, d. h. bei diesen war in den Augen des MfS eine Arbeit für einen westlichen Geheimdienst nachgewiesen. Von den zehn hätten gar sieben eine *mehrmonatige Ausbildung in Geheimdienstzentren*¹⁹⁹ der Bundesrepublik erhalten, wobei besonders Rückkehrer *gefährlich* seien, da diese im Rahmen des Notaufnahmeverfahrens Kontakte

196 Vgl. ebenda, Blatt 24ff.

197 Ebenda, Blatt 11.

198 Der Bundesnachrichtendienst bestätigte in einer e-mail an den Autor, dass *zumindest einige Übersiedlungswillige aus der Bundesrepublik Deutschland für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit vom Ministerium für Staatssicherheit zurückgeschickt wurden*. Eine genaue Quantifizierung sei aber nicht möglich. (Vgl. e-mail des BND vom 14. Juli 2000 an den Autor, befindet sich in seinem Archiv.)

199 BStU Zentralarchiv, JHS MF GVS 125/75, Blatt 12.

zu Geheimdiensten hätten. Hinzu kam auch, dass das MfS durch den Einsatz von IM im *Operationsgebiet* weitere *negative Elemente* herausfiltern wollte. So erhielt die Staatssicherheit auf diese Weise Kenntnis davon, dass rund ein Fünftel aller männlichen Übersiedler 1974 im Barbyer Heim vorbestraft gewesen waren.²⁰⁰ Auch dies rechtfertigte in den Augen des MfS den Einsatz von IM in der Bundesrepublik.

Während des gesamten Aufnahmeverfahrens in der DDR waren Inoffizielle Mitarbeiter tätig. In den Heimen wurden nicht nur IM für die spätere Nutzung geworben, sondern auch intensiv genutzt zur Überprüfung von Übersiedlern, Heimangestellten und Mitarbeitern der Arbeitsgruppe der Volkspolizei im Heim. Vorhandene Diplomarbeiten an der JHS Potsdam lassen darauf schließen, dass ab den frühen 70er Jahren ein verstärkter Einsatz von IM erfolgte. So beschrieb 1974 der Hauptmann des MfS, Eberhard Henke (HA VII, Abt. 3), dass sich die *politisch-operative Lagebedingung* in der Abwehrarbeit geändert habe und nun eine hohe Wachsamkeit, Intensität und Qualität der Arbeit der Sicherheitsorgane erforderlich sei. Vor allem nutze der *imperialistische Gegner* die Möglichkeit, über die ZAH *beauftragte Personen* einzuschleusen oder sie auch dort wirken zu lassen. Neben diesen Übersiedlern, die von westlichen Geheimdiensten beauftragt waren, kämen auch im zunehmenden Maße *Asoziale, Faule, Kriminelle* in die DDR, wobei allerdings, so Henke, die Arbeit der Geheimdienste am gefährlichsten sei. Er benennt insgesamt drei Gruppen von Übersiedlungswilligen, wobei die beiden letzten unter besonderer Kontrolle und Beobachtung zu halten waren: 1. Personen mit dem *ehrlichen Willen*, sich im Sozialismus ein neues Leben aufzubauen, 2. Personen mit *spekulativen Absichten*, die sich nicht in das Gesellschaftssystem einordnen werden sowie 3. Personen im Auftrage westlicher Geheimdienste.²⁰¹ Zur *Erarbeitung des tatsächlichen Persönlichkeitsbildes* der Übersiedlungswilligen sollten alle *tschekistischen Mittel und Methoden*²⁰² angewendet werden, darunter auch und besonders der Einsatz von IM. Der Autor der hier vorliegenden Diplomarbeit, Hauptmann Henke, forderte einen intensiveren Einsatz der Inoffiziellen Mitarbeiter. Da es sich um eine theoretische Arbeit handelt, kann nicht gesagt werden, ob diese Anregungen auch in die Realität umgesetzt wurden, aber sie können dennoch zeigen, wie das MfS stets bestrebt war, das Spitzelsystem auszubauen. Henke forderte bereits den Einsatz von IM an der Grenze, in den Aufnahmestellen, um schon dort einen ersten Eindruck vom Rückkehrer oder Zuziehenden zu erlangen. Henke

200 Vgl. ebenda.

201 Vgl. BStU Zentralarchiv, JHS MF VVS 566/74, Blatt 6.

202 Ebenda, Blatt 8f.

schlug vor, dass bereits während des Transportes von der Aufnahmeestelle zum Aufnahmeheim einer der beiden Polizisten ein IM zu sein hatte, dabei sollte dieser bereits in einer belanglosen Unterhaltung mit dem Übersiedler erste Erkenntnisse sammeln.²⁰³

Haupteinsatzort war und blieb jedoch das Aufnahmeheim. Henke bemängelte, dass bisher vor allem Heimpersonal oder Angehörige der VP als IM eingesetzt worden, zu diesen hätten aber die Übersiedler wenig Vertrauen. Besser wäre der Einsatz von *eingeschleusten IM*, dies sollten Personen sein, die mit der Legende des Übersiedlers von Heim zu Heim reisten und so eine schnelle Vertrauensbasis zu anderen (*normalen*) Übersiedlern herstellen konnten. Diese IM sollten als *Gleiche unter Gleichen* angesehen werden. Gegenüber solchen IM bestünde eher die Chance, dass Dinge geäußert werden, die bei den Vernehmungen nicht gesagt wurden. Um seine Aufgaben erfüllen zu können, legte das MfS ein besonderes Anforderungsmaßstab fest. Der IM musste zu jeder Zeit für sechs bis zwölf Wochen abkömmlich sein und psychisch und physisch belastbar. Die einzelnen Anforderungen seien kurz zusammengefasst: kontaktfreudig, ausgeglichen, beweglich, mit Einfühlungsvermögen und gutem Allgemeinwissen, Einschätzungs- und Reaktionsvermögen, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit. Vor allem durften weder Polizei noch die anderen Übersiedler merken, dass es sich bei dem IM nicht um einen echten Rückkehrer oder Zuziehenden handelte, eine exakte Kenntnis seiner Legende (meist als Zuziehender, da Rückkehrer durch die Polizei besonders überprüft wurden) und der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik (*Regimekenntnisse*) war also unabdingbar sowie eine psychische Belastbarkeit, damit er die Vernehmungen durch die Polizei *durchstehen* könne. Problematisch für das MfS war allerdings, dass jeder dieser IM höchstens zweimal ein Heim durchlaufen konnte²⁰⁴, da sonst die Gefahr der Dekonspiration bestand, demzufolge brauchte die Staatssicherheit ein großes Reservoir an IM, die dann auch in anderen Bereichen einsetzbar waren. Laut Henke könnten diese IM u. a. aus dem Bereich der Bereitschaftspolizei, der Kriminalpolizei kommen oder Wehrpflichtige sein.²⁰⁵

Insgesamt standen durch den Einsatz von IM (egal ob IM im *Operationsgebiet*, IM unter den Heimangestellten oder in der VP oder aus *Übersiedler-IM*) drei Personenkreise unter Kontrolle: zum einen der gesamte Kreis der Übersiedler, dann speziell ausgewählte Rückkehrer oder Zuziehende, bei

203 Vgl. ebenda, Blatt 9ff.

204 Nach Aussagen von Übersiedlern hat es solche IM tatsächlich gegeben, meist waren sie aber nach kurzer Zeit wieder verschwunden. So M. St. im Gespräch mit dem Autor.

205 Vgl. BStU Zentralarchiv, JHS MF VVS 566/74, Blatt 25ff.

denen Verdachtsmomente bestanden sowie das Stammpersonal des Heimes (Volkspolizisten und Heimangestellte). Henke schrieb selbst, dass bei einer *sehr breite(n) Skala von politisch-operativen Aufgaben* der Einsatz von IM ein *unablässiges Erfordernis*²⁰⁶ sei. Die IM sollten bei der Überwachung des Stammpersonals auf Unterhaltungen und Kontakte dieser Personen zu Übersiedlern achten sowie Unterhaltungen/ Diskussionen unter den Polizisten und Heimangestellten feststellen (siehe auch Kapitel 6 IM „Anton“). Die Überprüfung von Wachsamkeit, Einhaltung von Vorschriften, Bestechlichkeit und Ehrlichkeit ergänzte die Anforderungen im Bezug auf diesen Personenkreis. Bei der Überwachung der Übersiedler ging es der Staatssicherheit um die *Vervollständigung des Persönlichkeitsbildes* (wie Aussagen über das Leben und Verhalten des Einzelnen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Notaufnahmелagern etc.) des Rückkehrers oder Zuziehenden, dazu hätten die IM Reaktionen nach Vernehmungen und politisch/kulturellen Veranstaltungen sowie das Verhalten unter den Übersiedlern festzuhalten. Außerdem bediente sich das MfS der IM, um konspirative Durchsuchungen in den Unterkünften der Übersiedler durchzuführen. Zum Teil ging es sogar darum, zwischen IM und Übersiedler so eine feste Vertrauensbeziehung aufzubauen, dass der Kontakt auch nach der Einweisung in die DDR oder der Rückweisung in die Bundesrepublik bestehen blieb, um den Übersiedler abschöpfen zu können.²⁰⁷

Schwierig ist die Frage zu beantworten, welche Konsequenzen die Arbeit des MfS in den Zentralen Aufnahmeheimen hatte, sprich, welche Arbeitsergebnisse der intensive Einsatz aller möglichen Methoden und Mittel der Staatssicherheit hervorbrachte. Um ein korrektes Fazit zu ziehen, müsste die Aktenlage vollständiger sein. Aus den 20 Jahren des Barbyer Aufnahmeheimes liegen aber nur sehr lückenhaft Berichte über die Tätigkeit des MfS vor, dennoch sollen im folgenden einige Beispiele genannt werden, ohne sie zu verallgemeinern. Schon gar nicht sollen die Beispiele die Arbeit des MfS in den Heimen rechtfertigen, sie sind nur ein Beleg für die umfangreiche Arbeit der Staatssicherheit. So erzählt ein Bericht über das Vorgängerheim Barbys (in Schönebeck-Salzellen) vom 1. Mai 1956, dass der Verdacht bestand, Schönebeck-Salzellen würde als *Anlaufstelle* westlicher Geheimdienstzentralen benutzt, dabei wurde sogar vermutet, dass Heimangestellte mit diesen zusammenarbeiteten. Der Berichterstatter mutmaßte, wöchentlich kämen zwei bis drei westliche Agenten über das Heim in die DDR, meist seien die Personen zwischen 25 und 30 Jahren alt, unverheiratet, oft mit technischen Berufen, obwohl gerade diese in der Phase der *Hochkonjunktur*

206 Ebenda, Blatt 21.

207 Vgl. ebenda, Blatt 19ff.

dort gebraucht wurden. Als Beleg wurde dann noch ein Beispiel eines verhafteten Agenten angefügt, der die Thesen des Berichtes stützen sollte. Wie später auch, forderte man eine stete Verbesserung der Arbeit in den Heimen, wie zum Beispiel durch den Einsatz von *Agenten* im Heim. Auch durch die späteren Berichte zieht sich immer die Forderung nach einer Verschärfung der Vorgehensweise der Staatssicherheit gegenüber den Übersiedlern, mit der Begründung, es würden immer mehr *Spione* oder sonstige *negative* Personen festgestellt.²⁰⁸ Auch ein Bericht von 1961 liegt auf dieser Wellenlinie, er (von der HA VII erstellt) berichtet von insgesamt 663²⁰⁹ in den ZAH festgenommenen Übersiedlern durch Polizei und MfS. Dabei beschreibt er Fälle von festgenommenen Rückkehrern oder Zuziehenden, wie eines Rückkehrers, den man in Barby festgenommen hatte, weil er für den amerikanischen Geheimdienst arbeitete und in Oberursel darauf vorbereitet worden war. Auch seien mehrere Übersiedler mehrmals unter falschem Namen in die DDR eingereist, ebenso negativ beschrieb die HA VII die Arbeit mit den Übersiedlern in den Kreisen, oft wäre dort schlampig gearbeitet worden, so dass diese Personen *negativ* in Erscheinung traten. Auch hier diente diese Fehleranalyse zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der westdeutschen Übersiedler.²¹⁰ Auf der Ebene der Bezirksverwaltung Magdeburg wurde 1967 die Analyse der Arbeit auf diesem Gebiet durch eine *nichtstrukturelle Arbeitsgruppe* in der Bezirksverwaltung institutionalisiert, geleitet hat diese Arbeitsgruppe der stellvertretende Leiter Operativ, ihr angehörten ebenfalls die Leiter der Abteilungen M, AIG (Auswertungs- und Informationsgruppe), II, IX und einzelner Kreisdienststellen wie aus Schönebeck, Magdeburg und Wernigerode. Hinzugezogen wurden auch Mitarbeiter aus den Abteilungen IX, XVIII, XIX, VI der BV Magdeburg und natürlich auch Vertreter der Abteilung VII/3. Ziel war es, neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der Übersiedler zu sammeln und neue Methoden des Gegners auszuwerten und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Außerdem beabsichtigte die AG, Mängel und Probleme im ZAH Barby zu beseitigen. Dies schien den Mitarbeitern der BV auch notwendig, denn, so Teilnehmer der Runde, die *Qualität* der Übersiedler hätte sich immer mehr verschlechtert, so dass kaum IM unter ihnen zu finden seien.²¹¹ Auch in den nächsten Jahren konnte immer wieder die Klage über die vermeintlich schlechte Qualität der Übersiedler vernommen werden. Wie schon in den 60er Jahren (siehe Kapitel zuvor) stellte man

208 Vgl. BStU, Außenstelle Magdeburg, AOP 190/59, Blatt 51ff.

209 Die Polizei nahm 350 Personen und das MfS 313 Personen fest. (Vgl. BStU Zentralarchiv, JHS MF Z.-TgbNr. 820/61, Blatt 5.)

210 Vgl. ebenda, Blatt 1ff.

211 Vgl. BStU, Außenstelle Magdeburg, Abt. VII, Nr. 528, Blatt 185ff.

einen hohen Anteil von R/Z an der Gesamtkriminalität in der DDR fest, auch eine gestiegene Agententätigkeit verzeichneten die Berichte der *nicht-strukturellen Arbeitsgruppe*, trotz der stetig sinkenden Übersiedlerzahlen.²¹² Das MfS verzeichnete den Aufbau von Agentengruppen²¹³ durch Übersiedler²¹⁴ mit *spezieller Aufgabenstruktur* sowie mit militärischen Vorkenntnissen. Diese Gruppen dienten in den Augen der Staatssicherheit der Vorbereitung von Spannungssituationen in der DDR. Der Feind, so das MfS, habe *in der Vergangenheit verstärkt Rückkehrer und Zuziehende zur Organisierung seiner subversiven Tätigkeit in die DDR eingeschleust*.²¹⁵ Aber nicht nur unter den Übersiedlern fand bzw. suchte die Staatssicherheit nach „schwarzen Schafen“, auch die Heimangestellten sowie die Polizisten standen unter ständiger Kontrolle. Dabei stellte das MfS am 23. Juli 1976 fest, dass sich *eine Routine und Sorglosigkeit entwickelt hat, die im krassen Widerspruch zu den erhöhten Sicherheitsbedürfnissen unseres sozialistischen Staates standen*.²¹⁶ (Dok. 9) Diese Mängel würde der Feind für sich ausnutzen, dies veranlasste die Staatssicherheit, gegen Heimangestellte Operative Personenkontrollen (OPK) einzuleiten. 1977 zum Beispiel standen von 72 Heimangestellten²¹⁷ sieben unter Kontrolle wobei mindestens drei Angestellte nach Abschluss der OPK entlassen wurden, darunter ein Kriminalist, der 1976 seiner *Wahlpflicht* nicht nachgekommen war sowie Mitglieder der Staats- und Parteiführung *verächtlich* gemacht hatte, allerdings warb das MfS auch zwei kontrollierte Angestellte als GMS. Die Kontrolle und das Sicherheitsbedürfnis der Staatssicherheit war also allumfassend und beschränkte sich nicht nur auf Übersiedler.²¹⁸

212 So verzeichnete der Bericht vom 11. November 1970 für das Jahr 1969 einen Rückgang der Übersiedlerzahlen um 28,9 Prozent und für das 1. Halbjahr 1970 gar von 37,2 Prozent, allerdings bei gleichzeitig stark ansteigenden Rückweisungszahlen (1969 71,7 Prozent, 1. Halbjahr 1970 79,3 Prozent), der größte Teil der Antragsteller entsprach nicht den *Aufnahmebedingungen*. (Vgl. ebenda, Blatt 349ff.)

213 Der Bericht vom 11. Oktober 1972 beschreibt den Fall eines Rückkehrers, welcher im Harz im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes eine Agentengruppe aufbauen hätte sollen und sich zuvor zur Verschleierung als IM durch das MfS hatte werben lassen. (Vgl. ebenda, Blatt 295.)

214 Die vermeintlichen Agenten seien in der Regel junge, unverheiratete, sportliche Männer mit *unauffälliger beruflicher Tätigkeit*, guter Allgemeinbildung und technischen Kenntnissen, welche sich zum Teil auch zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärt hatten. (Vgl. ebenda, Blatt 296.)

215 Ebenda, Blatt 300.

216 Ebenda, Blatt 264.

217 Das MfS fasste unter diesen Heimangestellten (laut Bericht vom 19. April 1977) sowohl die zivilen Kräfte als auch die Polizisten zusammen. Von den 72 Angestellten arbeiteten 36 im zivilen Bereich, 15 im BS-Kommando (Betriebsschutz) und 21 bei der K oder im PM. (Vgl. ebenda, Blatt 235.)

218 Vgl. ebenda, Blatt 235ff.

Abteilung VII/3 Magdeburg, den 23. 07. 76

BSU
000244

Berichterstattung

Über die erreichten Ergebnisse im ZAH Barby und die gesammelten Erkenntnisse über Methoden des Feindes bei der Abschöpfung und möglicher Kontaktierung von Personen, die das Gebiet der DDR ungesetzlich verlassen haben bzw. mit staatlicher Genehmigung in das nichtqualitative Ausland übersiedelten

Im Berichtszeitraum vom 01. 07. 1975 bis zum 30. 06. 1976 wurden auf der Grundlage der Instruktion des 1. Stellvertreters des Genossen Minister für Staatssicherheit zur Organisation der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der Rückkehrer und Zuziehenden die Anstrengungen erhöht, um noch allseitiger und konsequenter die gestellten Aufgaben zu realisieren.

Noch allseitiger wurden die Befehle 40/72 und 54/72; die Aufgabenstellung zur Bekämpfung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels (YVB 1132/73) bei der Bearbeitung der R/Z beachtet. Es wurde besser verstanden die DV IX/20 des Gen. Minister des Innern und Chefs der DVP, durch eine höhere politisch-operative Wirksamkeit unseres Organes unter Beachtung von Schlussfolgerungen aus dem Inkrafttreten der Verträge zwischen der DDR und der BRD sowie den Ergebnissen der Helsinki Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, qualitativ in der gemeinsamen Arbeit mit der Arbeitsgruppe der DVP im ZAH Barby umzusetzen.

Deshalb wurden kontinuierlich die Forderungen und Hinweise des stellv. Operativ, Gen. Oberstleutnant Hille und die festgelegten Schlussfolgerungen aus der Beratung der nichtstrukturellen Arbeitsgruppe R/Z der BV Magdeburg vom 01. 08. 1975 zur Erhöhung der Qualität und Quantität der politisch-operativen Arbeit zum Gegenstand der täglichen pol.-op. Arbeit gemacht.

Durch die regelmäßige und systematische Anleitung und Vermittlung von Erfahrungen seitens der HA VII/3 wurden die politisch-operativen Prozesse auf der Linie VII/3 so unterstützt, daß sich gegenüber dem Berichtszeitraum 1974/75 eine weitere Qualitätsverbesserung abzeichnete.

Im nachfolgenden wird dargestellt, wie die einleitenden Feststellungen sich in konkreten Arbeitsergebnis widerspiegeln.

- 2 -

BSU
000245

So wurden in Zeitraum vom 01. 07. 1975 bis zum 30. 06. 1976 im ZAH Barby 774 ~~774~~ Rückkehrer und Zuziehende einschließlich Kinder von unserer Dienststelle filtriert.

Von dieser Gesamtzahl wurden 226 R/Z einschließlich Kinder - 22,0% - 307/774 in die DDR aufgenommen.

Wurden im Vergleichszeitraum 1974/75

- 1 Vorlauf-op. ("Fische" Reg.-Nr. [redacted]) zur Einleitung einer U-Vorgangsführung an die Untersuchungsabteilung unserer BV sowie
- 1 OFK an die KD Burg
- 1 OFK an die Abteilung XI unserer BV

sur weiteren politisch-operativen Bearbeitung übergeben, so erfolgte im Berichtszeitraum die Bearbeitung von 2 Vorlauf-op. und 3 OFK die wie folgt zur Realisierung gelangten:

Der Vorlauf-op. "Luzug" Reg.-Nr. [redacted] (§ 97) wurde mit Unterstützung der Untersuchungsabteilung unserer BV mit der Inhaftierung von 2 Personen abgeschlossen. Bei einer Person erfolgte die Inhaftierung aus dem Kreis der Heimbewohner, die andere Person wurde aus dem Bezirk Halle inhaftiert.

Der Vorlauf-op. "Seemann" Reg.-Nr. [redacted] (§ 97) wurde von unserer DE in Verbindung mit der HA Kader und Schulung des MFS bearbeitet.

Aus bestimmten politisch-operativen Gründen wurde vom Gen. Minister die Realisierung in den Bezirk Karl-Marx-Stadt vorlegt, wo kurze Zeit nach der Einweisung des Verdächtigen dessen Inhaftierung erfolgte. Nach vorliegenden Informationen haben sich die Verdachtsgründe nach § 97 StGB voll bestätigt.

Die OFK [redacted] wurde, nachdem die Untersuchungsabteilung unserer BV durch eine qualifizierte Vernehmung herausgearbeitet hat, daß der [redacted] zwar nicht an Kriegsverbrechen in Rhodesien beteiligt war, jedoch auf Grund seiner Gesamtpersönlichkeit als Unsicherheitsfaktor für unsere DDR eingeschätzt werden muß, mit der Rückweisung am [redacted] 76 in die BRD und Veranlassung der Einreiseperrre abgeschlossen.

- 3 -

BSIU
000246

Der KD Leipzig-Land wurde am 19. 07. 76 die OPR zur weiteren politisch-operativen Bearbeitung übergeben. Die OPR wurde angelegt und bearbeitet, da der eingereiste Verdächtige und dessen Verlobte im Bezirk Leipzig widersprüchliche Verhaltensweisen zeigten, wobei u. a. Abstimmungsmethoden zum persönlichen Kennenlernen und andere Zusammenhänge festgestellt wurden. Bei der Verlobten handelt es sich um eine Geheimnisträgerin.

Die angelegte OPR, deren Zielstellung auf die Klärung von bestimmter Umstände seiner Einreise und Prüfung auf operative Nutzung durch unser Organ gerichtet war, wurde am 30. 07. 76 auf der Grundlage einer Abstimmung mit dem Leiter der KD Staßfurt mit der Verbund als IMS abgeschlossen.

Weiterhin zeigte die politisch-operative Praxis, daß die Bearbeitung der R/Z im ZAH Barby erfolgversprechender ist, wenn in durchgängiger Form unter diesen Personenkreis Überprüfte und erfahrene inoffizielle Mitarbeiter arbeiten, die sich das Vertrauen dieser Personen erwerben können. Die unter den Angehörigen des MAI befindlichen IM/QMS können zu den R/Z nur allgemeine Feststellungen treffen.

Durch den mit unserer DE abgestimmten und praktisierten Einsatz solcher inoffizieller Mitarbeiter seitens der MA VII/3 und der MA I wurde diese Notwendigkeit bei der Bearbeitung der genannten Materialien eindeutig bewiesen. So wurden immer wieder durch die Rückkehrer und Zuziehenden diese inoffiziellen Mitarbeiter festgestellt, daß sich im ZAH Barby allseitig absichern und nach Personen suchen, die mit den Sicherheitsorganen zusammenarbeiten könnten.

Gleichzeitig konnte durch den mit unserer DE abgestimmten Einsatz von IM der MA VII/3 und MA I diese höhere politisch-op. Form der Arbeit im ZAH Barby eindeutig herauskristallisiert werden, daß sich über viele Jahre hinweg in der Arbeitsweise der Arbeitsgruppe der DVP, des BS-Kommando und der Zivilangestellten des ZAH Barby, eine Routine und Sorglosigkeit entwickelt hat, die im krassem Widerspruch zu den erhöhten Sicherheitsbedürfnissen unseres soz. Staates steht. Es wurde herausgearbeitet, daß durch die Leiter der verschiedensten Bereiche im ZAH Barby das politische Anliegen unserer Partei- und Staatsführung im Zusammenhang mit der differenzierten Behandlung der R/Z und deren Betreuung völlig ungenügend verstanden wurde. Das der Feind derartige ernsten Mängel und Unterlassungen ausnutzt, beweisen zum Teil die in der Westpresse erschienenen Hetzartikel gegen die Aufnahmezone der DDR, unter anderem auch gegen das ZAH Barby.

Aber auch die ersten Feststellungen aus den Untersuchungsvorgang "Boemann" lassen erkennen, daß der Beschuldigte die Sorglosigkeit bei einer Vielzahl von Angestellten des ZAH Barby für seine Feindschaft ausnutzte, indem er durch geschickte Gesprächsführung die Regimeverhältnisse im ZAH Barby versuchte aufzuklären.

- 4 -

BSIU
000247

Es zeigte sich, daß über Jahre hinweg die politisch-op. Arbeit mit den IM/QMS nicht immer in den erforderlichen Hauptrichtungen und Schwerpunkten zielstrebig durchgeführt und der kontinuierlichen Überprüfung der inoffiziellen Mitarbeiter und deren politisch-technischen Erziehung ungenügende Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Um die notwendigen Veränderungen mit nachhaltiger Wirkung in allen Richtungen durchzusetzen und die politisch-op. Ergebnisse unserer DE weiter zu erhöhen - wünschenswert wären 4 OPR zu Heilmannstellte und DVP angelegt - müssen die praktischen Formen der politisch-op. Arbeit durch die MA VII/3 und MA I Gegenstand der Arbeitsweise unserer Dienststelle werden. Gleichzeitig ist der Einsatz weiterer operativer Mitarbeiter im ZAH Barby dringend erforderlich, um die Vielfältigkeit der operativen Prozesse noch exakter und tiefergründiger bewältigen zu können. Diese Notwendigkeit zeigt sich u. a. auch in Zusammenhang mit den weiteren Arbeitsergebnissen, Feststellungen und Entwicklungstendenzen.

So wurde analysiert, daß im Berichtszeitraum jeder 8. R/Z um Aufnahme in die DDR ersuchte, weil eine Eheschließung beabsichtigt war. In vielen Fällen wurde herausgearbeitet, daß vor der Einreise Überlegungen gestanden haben, inwieweit der Ehepartner in der DDR Bereitschaft zur Übersiedlung in die BRD bzw. nach Westberlin zeigte. Oft sind die Darlegungen der R/Z zu dieser Problematik wenig glaubhaft, obwohl keine Flutung, Vorbereitung oder Versuchshandlung für eine Straftat im Sinne der §§105 oder 213 StGB bewiesen werden konnte.

Zum Teil ergab sich ein kompliziertes und zeitbindendes Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen, da bei einer Aufnahme bzw. Rückweisung vielseitige Probleme beachtet werden müssen. (Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD bzw. nach Westberlin, Aufnahme von Unsicherheitsfaktoren) In diesem Zusammenhang ist zukünftig mit zu beachten, inwieweit zum Teil neue Methoden zur Anwendung kommen können, wie z. B. Heirat in der DDR und dann zum späteren Zeitpunkt gemeinsamen Übersiedlungsanträge zur Familiensammenführung u. d.

Im 1. Halbjahr 1976 wurde auch ersichtlich eine neue Tendenz sichtbar, indem die Aufnahme von R/Z durch die Androhung von Übersiedlungsanträgen erzwungen werden sollte. Hierzu wurden zum Teil Eingaben an das MAI gefertigt und die Aufnahme der sich im ZAH Barby befindlichen Person gefordert, weil andernfalls sonst die Antragstellung auf Übersiedlung in die BRD erfolgt. In ähnlicher Form wurde auch die Leitung im ZAH Barby angesprochen. In allen Fällen ergeben sich neue und erhöhte Anforderungen an unsere DE und den zuständigen Dienststellen in deren Verantwortungsbereich die betreffenden Personen wohnhaft sind.

Eine ansteigende Tendenz widerspiegelt sich in der Rückkehr von Personen, die aus den Strafvollzugsanstalten in die BRD bzw. nach Westberlin übergesiedelt wurden. In der Regel geben diese Personen an, daß sie mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen in der BRD bzw. WB nicht stonkommen bzw. ihre persönlichen Erwartungen und Spekulationen nicht in Erfüllung gingen.

- 5 -

BSU
000248

Bei der Auswertung der Befragungsergebnisse zu diesen Personen zeigte sich, daß s. B. die aus Strafvollzugsanstalten in die BRD entlassenen Personen ausnahmslos in das Lager Gießen eingewiesen wurden.

Im Mittelpunkt des Interesses des Gegners standen bei den Befragungen die Straftaten der Personen, der Aufenthalt und die Behandlung in den Strafvollzugsanstalten sowie Angaben zu Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, als auch die Suche nach inoffizielle Mitarbeiter des MfS.

Auch bei Personen, die eine Genehmigung zur legalen Übersiedlung in die BRD oder WB zur Familiengemeinschaftführung u. ä. erhielten, ist eine Blockiertendenz festzustellen. Diese Personen wurden zum Teil zeitweilig im Lager Gießen und Marienfelde untergebracht.

In Einzelfällen wurde das sogenannte Notaufnahmeverfahren schriftlich über das Lager Gießen durchgeführt.

Neben den Dienststellen im Lager Gießen wurden derartige Personen in der

Hauptstelle für Befragungswesen
Zweigstelle Helmstedt
Leibnitzstr. 10

befragt.

Bekannt wurde in einem Einzelfall die Bearbeitung durch ein bisher nicht näher bekanntes

Amt für Übersiedlungen
Hannover
Henschelstr. 30

Vorladungen erfolgten auch zur

Befragungsstelle	Lübeck
Polizeipräsidium	Bielefeld
Polizeidienststelle	Berlin/West, Tempelhofer Damm
Polizeidienststelle	Münster
Kriminalpolizei	Offenbach

Bei den Polizeidienststellen, die nicht näher bezeichnet werden können, wurde ausschließlich Interesse für Informationen aus der DDR gezeigt.

Festzustellen ist jedoch, daß diese Personen über ihren Aufenthalt bei den Dienststellen und Behörden in der BRD bzw. WB sehr unvollständige Angaben machten und sich darauf berufen, Einzelheiten nicht mehr in Erinnerung zu haben.

Wie die Erfahrungen aus dem Vorlauf-op. "Seemann" zeigen, besteht die reale Möglichkeit, daß sich unter diesen Rückkehrern und Zurückkehrenden Personen befinden, die mit einer feindlichen Zielstellung einreisen.

- 6 -

BSU
000249

Im kameradschaftlichen Zusammenwirken mit den Genossen der Arbeitsgruppe der DVP (Kriminalpolizei) wurden

181 Informationen (siehe Anlage)

teils, mit umfangreichen Charakter erarbeitet, die an andere Dienststellen anderer und anderer Bezirke übergeben wurden.

Diese Informationen beinhalteten im wesentlichen die Aufklärung von Objekten und Personen im Operationsgebiet sowie Probleme der inneren Abwehr.

So wurden beispielsweise umfangreiche Dokumentationen über Objekte der US-Armee in Westberlin erarbeitet und an die Abteilung IV übergeben.

Oder solche umfangreiche Befragungen durchgeführt, wie in Falle G., wo u. a. bei 4 ehemalige DDR-Bürger festgestellt wurde, daß sie vor ihrer Übersiedlung in die BRD vor 10 Jahren in der DDR wegen Staatsverbrechen hohe Zuchthausstrafen verbüßt haben.

Diese Personen gehören heute einer Vereinigung ehemaliger Straftäter in der BRD an, besitzen Kontakte zu feindlichen Dienststellen und reisen in verschiedene Bezirke der DDR ein. Den betreffenden Bezirken wurden die entsprechenden Informationen zur Einleitung weiterer Maßnahmen zugeleitet.

So eingeschlossen

22 Rückkehrer/Zurückkehrende

wurden umfangreiches politisch-operatives Ausgangsmaterial erarbeitet und dem zuständigen DE übergeben, um in vorbeugender Hinsicht besser wirksam zu werden. Aus Informationen einzelner Dienststellen ist ersichtlich, daß in mehreren Fällen daraus ODK entwickelt wurden.

In weiteren

42 Fällen

wurden die erarbeiteten Handakten zur operativen Auswertung und Einleitung geeigneter operativer Maßnahmen den zuständigen Dienststellen überhandt.

- 7 -

BSU
000250

Schlussfolgerungen

- Die Planungs- und Leitungstätigkeit ist mit aller Konsequenz auf die Durchsetzung der Qualifizierung und Intensivierung der politisch-operativen Arbeit mit den inoffiziellen Mitarbeitern in den erkannten Hauptrichtungen und den Schwerpunkten zu konzentrieren.
- Im Zusammenwirken mit den anderen Referaten der Abteilung sind die von der RA VII/3 praktisierten Formen der Einschleusung von IMs in den Personenkreis der M/Z und die daraus gewonnenen Erfahrungen, zum Gegenstand der Vorbereitung von IMs und deren Einsatz in der Barby aus den Volumen der Abt. VII und anderer DE zu machen.
- Die Filtriertätigkeit ist so zu qualifizieren, daß erkannte Schwerpunktpersonen und bedeutsame pol.-op. Sachverhalte ausschließlich durch Mitarbeiter unserer DE befragt bzw. bearbeitet werden, um dadurch eine noch höhere Qualität und allseitigere Konspiration durchzusetzen.
- Durch noch gründlichere und allseitigere Analyse und Einschätzung der inoffiziellen und offiziellen Feststellungen zu den M/Z sowie anderen Personen, ist die Anlage und Bearbeitung von Ausgangsmaterialien für Op. Vorgänge veretbakter in den Mittelpunkt der politisch-op. Arbeit zu stellen.
- Der bereits über Schlüsselpositionen eingeleitete und praktisch begonnene Veränderungsprozeß in der Arbeitsweise der Arbeitsgruppe der DVF (Kriminalpolizei) insbesondere auf den Gebieten der Durchsuchungspraxis, Methodik und Taktik der Vernehmungen, Abschöpfungsarbeit, Ermittlungstätigkeit sowie Variabilität bei den notwendigen Rückführungen ist mit aller Konsequenz weiter zu forcieren.
- In Verbindung mit geeignete inoffizielle Mitarbeiter im Bestand der Heimgestellten ist dafür zu sorgen, daß die Prinzipien der Wachsamkeit konsequent verwirklicht werden. Ist zu sichern, daß die Betreuung der M/Z so erfolgt, daß damit allen Anforderungen der erhöhten Ordnung und Sicherheit Rechnung getragen sowie gleichzeitig das Ansehen unseres sozialistischen Staates gestärkt wird.

Leiter der Abteilung VII

Wolsky
Major

- 14 -

Barby, den 3. Juli 1967

Quittung

- Hiermit bestätige ich, vor einem Offizier der Univ. f. Nachrichtensicherheit 50.-Jah für die Aufklärung "Zündwerke und NATO-Verbände" Stelle zu haben.

BSU
000294

Barby, den 3. 7. 6

Bestätigung

Hiermit wird bestätigt, daß der [REDACTED] für die Erhebung von Material über die BW u. NATO 50.-JAH ausgehandelt wurden.

Reg. Nr. DV 1800/60

Paul Lohr richtiger
Korrek. Lohr

[Signature]
Wolfsky

248/67 L.

-23- Barby den, 7. Dez. 67.

Quittung

Hiermit bestätige ich, von einem Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit für die Durchführung von Aufträgen ins Westdeutschland 50,- DM (fünfundzig) erhalten zu haben.

[REDACTED]

BSU
BR 281

Abt. VII/3 Barby, den 7. 12. 67

Bestätigung

Hiermit wird bestätigt, daß dem IM-Kandidaten [REDACTED] für die Beschaffung von Fotoaufnahmen von GHD-Mitgliedern im Lügen und Halben sowie für Stadtplan und Telefonbücher 50,- DM (fünfundzig) ausgehändigt wurden. Reg. Nr. 1800/60

Loph. v. d. L. Klemm, L. H.

439/67
11.12.67
P. L.

BSU - 12 - 13. 12. 1967
000232

Quittung

Am heutigen Tage wurde anlässlich des Weihnachtsfestes dem Personal der Küche des Aufnahmehauses ein Päckchen Kaffee im Werte von zwanzig (20,- DM) übergeben, da sie in der Vergangenheit mehrfach die Gen. des HfS durch Hinweise über Kleinbrotbaker und Kleingewerbetätigkeiten unterstützen. Außerdem sollten sie während eines Einsatzes mehrerer Mitarbeiter zur Lösung eines Schwerpunktes kostenlos im Rahmen der Beförderung. Reg. Nr. 1800/60

KONSUM
Gesellschaft m. b. H.

Reg. Nr.	Ort	Werk	W. St. Nr.
Ans.	Werk	Beförderung	MDV
21	P. Kaffee	10,-	20
14 33 137 3302 Barby El-Zahl: 50, 60 Wd: Barby 3302			
No. 1800/60 der Staatssicherheit			
P8 226 11-7			
MDV 1964 AG 2143 DGB 1300 608			

Lorenz, U. H.

4.2.3. Besonderer Tätigkeitsschwerpunkt: „Camp King“

Das „**Camp King**“ in Oberursel/Taunus sah die Staatssicherheit als Tätigkeitsort des amerikanischen Geheimdienstes „315th Intelligence Gruppe“ an. Diese Dienststelle sei nach ihrer Überzeugung auf die *Registrierung und Ausnutzung aus der DDR flüchtiger Personen* gerichtet. Die DDR hatte Angst, dass die westlichen Länder, insbesondere die Bundesrepublik, die Annexion der DDR vorbereiteten und ihre Tätigkeit auch gegen die anderen östlichen Länder richteten. Diese *imperialistische Globalstrategie* würde sich auch darin äußern, dass die westlichen Geheimdienste ehemalige DDR-Bürger benutzten und wieder in den *Arbeiter- und Bauernstaat* zur Spionage zurückschickten. Dabei waren die ZAH und Bezirksheime der DDR nach Erkenntnis der DDR-Spionageabwehr (HA II des MfS) Einschleusungspunkte solcher Agenten. Aus einem Maßnahmenplan der Abt. VII/3 der BV Magdeburg vom 13. September 1967 geht hervor, dass das MfS im dortigen „Camp King“ Informanten gehabt haben musste. Die Staatssicherheit im ZAH war bestrebt, in Zusammenarbeit mit Kriminalpolizei sowie der Abt. II des MfS und den Grenzübergangsstellen alle Übersiedler herauszufiltern, die *im Camp King gewesen ... , in Oberursel wohnhaft waren oder andere Hinweise auf diese Fakten* ²¹⁹ bestanden. Dabei wurden neben den Aussagen der Rückkehrer und auch Zuziehenden *Hinweise wie Ausstellung des West-Personalausweises in Oberursel, zeitweilige Wohnanschrift in Oberursel sowie andere Hinweise wie Quittungen, Ansichtskarten, Fahrkarten* ²²⁰ beachtet. Wurde durch die GÜST oder die Kriminalpolizei im Heim festgestellt, dass ein Übersiedler aus Oberursel oder dem Camp kam, so startete die Staatssicherheit sofort eine intensive Bearbeitung der entsprechenden Person, die von *hoher Qualität* zu sein hatte, so der Maßnahmenplan. Dabei wurden alle mitgeführten Dokumente des Übersiedlers kriminaltechnisch und inhaltlich analysiert, selbst Dinge wie Zeitungen, Photos, Briefe, Bücher sichergestellt und ausgewertet. Des weiteren überprüften die Sicherheitsorgane mitgebrachte technische Geräte *auf ihre Verwendung zur Feindtätigkeit*.²²¹ Ergaben die Untersuchungen Anhaltspunkte auf Personen in der DDR oder der Bundesrepublik, so veranlasste die Staatssicherheit die Kontrolle ihrer Post. Um den Verdächtigen besser unter Kontrolle zu halten, nutzte die Stasi natürlich auch wieder *inoffizielle Quellen* (IM), nahm Einfluss auf die Zimmerbelegung, um die Spitzel platzieren zu können. Allerdings setzte man auch IM unter dem Personal des Heimes zur Beobachtung der entsprechenden Per-

²¹⁹ BStU, Außenstelle Magdeburg, BV Magdeburg, Nr. 526, Blatt 37.

²²⁰ Ebenda.

²²¹ Ebenda, Blatt 39.

son ein.²²² Die Befragung des vermeintlichen Spitzels hatte wiederum nach dem dafür vorgesehenen *Befragungsprogramm* zu erfolgen. Ergaben die Ermittlungen, dass der eingereiste Übersiedler aus der Sicht des MfS für einen westlichen Geheimdienst arbeitete, so hatte die Festnahme zu erfolgen.

²²² Vgl. ebenda, Blatt 39ff.